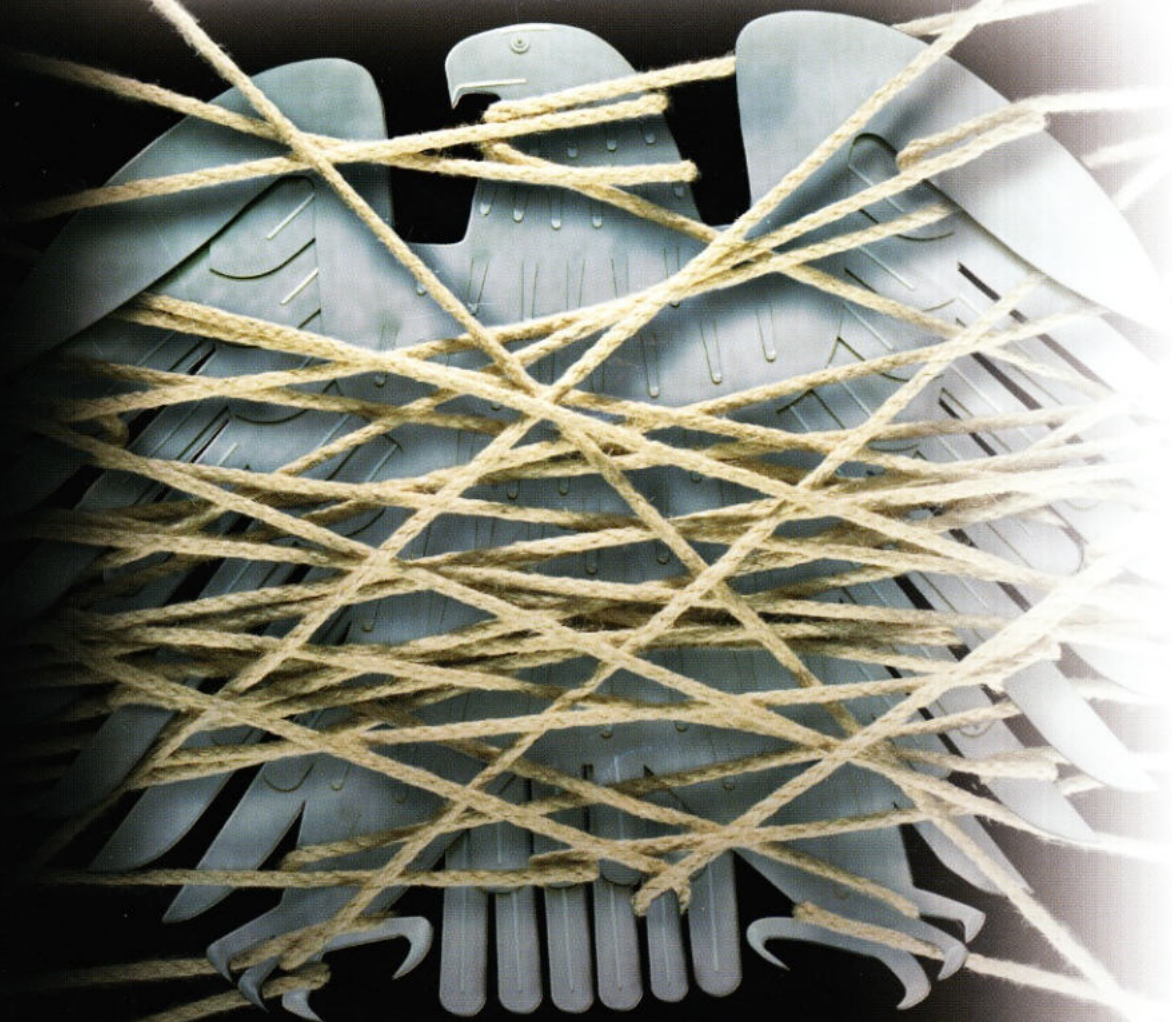


Informationen für Energieverbraucher



Deutschland in den Fängen der Energielobby

Die Strippenzieher

Protest gegen überhöhte Gas- und Strompreise

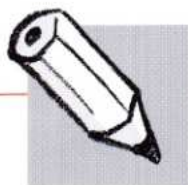
Sieg nach Punkten für Verbraucher

Verbraucher gegen Flüssiggasversorger

Triumph vor dem Bundesgerichtshof

Vereinbarung wichtig

Sonnenkraft für Mietwohnungen



Liebe Leserinnen und Leser,

die kühle Jahreszeit ist da. Grund zur Freude für alle, die es in gut gedämmten Häusern trotz geringen Verbräuchen mollig warm haben. Einspartipps zur Jahreszeit finden Sie auf Seite 36.

Wer mit Gas heizt, hat weniger Grund zur Freude. Denn die stark steigenden Bezugspreise sind nicht nur ärgerlich, sondern auch schmerzlich teuer. Viele mutige Verbraucher wehren sich mit Erfolg dagegen und lassen sich nicht einschüchtern. Die Verbraucher gewinnen an Selbstbewusstsein und auch an Macht. Ein schöner Erfolg auch für uns. Vor zehn Jahren wäre ein solch breiter und mächtiger Protest noch undenkbar gewesen. Einen aktuellen Bericht über den Stand der Dinge finden Sie auf Seite 8. Damit lohnt sich die Lektüre der Energiedepesche auch finanziell für Sie. Wer die geforderte Preissteigerung nicht zahlt, braucht um seinen Gasversorger nicht zu bangen: Auch vor der Erhöhung waren die Gaspreise so kalkuliert, dass die Gasversorger locker auch die derzeit höheren Bezugskosten damit decken können. Wer moralische Bedenken über eine Zweiklassengesellschaft der Gaskunden hegt – günstig versorgte Protestkunden und bravdumme Alleszahler – sei beruhigt: Denn der Protest bremst den Preisauftrieb auch für die vorsichtig abwartende Mehrheit. Die Protestler haben sich damit ihre Prämie in Form geringerer

Preise mehr als verdient. Auch beim Ölpreis haben die coolen Käufer Recht behalten, die trotz Preissteigerung auf die kommende Preissenkung gewartet haben. Hinterher ist man immer klüger.

Die Strompreise werden ihren Anstieg weiter fortsetzen. Die Politik hat weitgehend versagt bei dem Versuch, den Preisanstieg wirksam zu begrenzen. Wer angesichts der Über-, ja Allmacht der vier Energieriesen von einem freien Markt phantasiert, der hat wohl nur einen getrüben Blick auf die Wirklichkeit. Der Kanzler der Bosse hat die Weichen gestellt. Wie eng Wirtschaft und Politik verzahnt sind, zeigen Cerstin Gammel und Götz Hamann in ihrem neuen Buch. Auszüge daraus finden Sie ab Seite 12. Auch Rechtsanwalt Peter Becker fragt: „Wer ist der Gesetzgeber?“ (Seite 15).

Der Bundesrat hat die Genehmigungspflicht aller Strom- und Gasnetztarife und die Anreizregulierung in letzter Minute noch ins neue Energiewirtschaftsgesetz gehandelt. Was wird Chefregulierer Matthias Kurth aus diesem Instrument machen? Dieser Mann hat es immerhin geschafft, die Telefonkosten für alle Deutschen auf einen Bruchteil des früheren Preises zu senken.

Wer es ernst meint mit dem Wettbewerb, der muss die Strom- und Gasnetze neutralisieren. Eine saubere Lösung der

Netzmonopole bringt erst deren Verstaatlichung. Missbrauch von Marktmacht wird damit nicht mehr prämiert. Dieses Kapitel liegt noch vor uns. Das Thema wird auf den Seiten 32 und 33 vertieft.

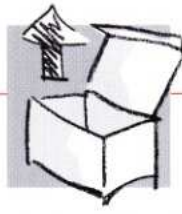
Ganz praktische Informationen verspricht der Beitrag von Klaus Michael zu den neuen Hausgeräten auf Seite 38. Nur wenige Käufer sind sich im Klaren über die Folgekosten ihrer Anschaffung: Die Strom- und Wasserrechnung. Und noch weniger Käufer wissen, dass sich diese Folgekosten bei einem guten und einem schlechten Gerät dramatisch unterscheiden. Diese Unterschiede liegen deutlich über den Anschaffungskosten des Gerätes.

Bedauerlich, dass der Anschluss von Wasch- und Spülmaschinen ans Warmwassernetz von den Herstellern nicht ernst genommen wird. Wie man sich behelfen kann, beschreibt Oliver Stens (Seite 18). An Gerätehersteller richtet er zudem den Aufruf, das Warmwasserdebakel abzustellen (Seite 19).

Frohe Festtage und viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr

Arbet Pöhr



Nr 4 Dezember 2005

www.energie-depesche.de

19. Jahrgang



Seite 8: Energiepreisrebell in Aktion



Seite 28: Sonne auch für Mieter



Seite 34: In Jühnde wächst Energie auf dem Feld

Editorial	2
Aktuelles	4
Gaspreis-Protest: Der aktuelle Stand	8
Die Strippenzieher	12
Wer ist der Gesetzgeber?	15
Leserbriefe	16
Waschen mit Warmwasser	18
Warmwasser marsch	19
Der Energiepass: Ihren Ausweis bitte!	20
Flüssiggas: Triumph vor dem Bundesgerichtshof	22
Aktuelle Klimadaten	23
Öl/Gas aktuell	24
Strom aktuell	26
Solaranlagen in Mietshäusern	28
Solar aktuell	29
Film: Wärmedämmung als Altersvorsorge	30
Ihr gutes Recht	31
Netze verstaatlichen	32
Jühnde:	
Ein komplettes Dorf heizt mit Gülle	34
Impressum	35
Tipps zum sparsamen Heizen	36
Sparsame Hausgeräte	38
Intern	40
Service	41
Vor-Ort-Energieberater	42
Staatliche Fördergelder	43
Literatur und Veranstaltungen	43



Regulierung

Zwei-Klassen-Gesellschaft?

Bis zum 1. November 2005 mussten alle Stromversorger bei der Regulierungsbehörde einen Antrag auf Genehmigung ihrer Netznutzungsentgelte stellen. Darüber hinaus mussten sie einen Bericht nach § 28 der Stromnetzentgeltverordnung abliefern. Die gesetzlichen Anforderung sind hoch gesteckt: „Die Angaben ... müssen einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzen, ohne weitere Informationen

faktisch unterlaufen. Verbraucher und Landespolitiker sollten deshalb kritisch hinterfragen, wie und wann ihre Landesregulierungsbehörde ihren in § 54 EnWG aufgezählten Aufgaben nachkommt.

Bis zum 1. November mussten alle Strom- und Gasversorgungsunternehmen als Grundlage für die Vergleichsmarkt- und Anreizregulierung (EnWG § 21 und § 21 a) der Bundesnetzagentur fast 700 Einzeldaten über ihr Unternehmen abliefern.

Die Anträge mit den Daten für den Netzentgeltantrag Gas müssen bis 30. Januar 2006 abgeliefert werden. Von den gut 700 Gasnetzbetreibern überwacht die Bundesnetzagentur 73 Gesellschaften.

Viele Versorgungsunternehmen müssen nun erstmalig exakt ihre Kosten ermitteln und auf ihre einzelnen Tätigkeiten und Produkte aufteilen. Viele Unternehmen waren damit schlicht überfordert. Selbst namhafte Beratungsunternehmen haben sich mit Blick auf die Haftungsrisiken geweigert, den Bericht nach § 28 Strom-NEV zu erstellen.

IEA

Fragwürdige Prognose

Die Internationale Energieagentur IEA hat ihre jährliche Energieprognose veröffentlicht (World Energy Outlook 2005).

Bis 2030 wird dort ein Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs um 37 Prozent erwartet, der ganz überwiegend durch fossile Energiequellen zu decken sei. Deshalb müssten die großen Förderländer ihre Investitionen verdoppeln. Bis zum Jahr 2030 rechnet man mit einem Ölpreis von 39 Dollar je Barrel.

Der schweizer Nationalrat Rudi Rechsteiner kritisiert die Studie: „Damit wird die Serie der völlig unrealistischen Prognosen fortgesetzt: Bereits heute liegt der Ölpreis deutlich hö-

„The oil supply projections of this Outlook are derived from aggregated projections of oil demand ...

Opec conventional oil production is assumed to fill the gap.“

World Energy Outlook 2005, page 95

her. Und eine Ausweitung der Öl- und Gasförderung im prognostizierten Ausmaß erscheint genauso unrealistisch.“

Erneuerbare Energien

Preise erstmals gesunken

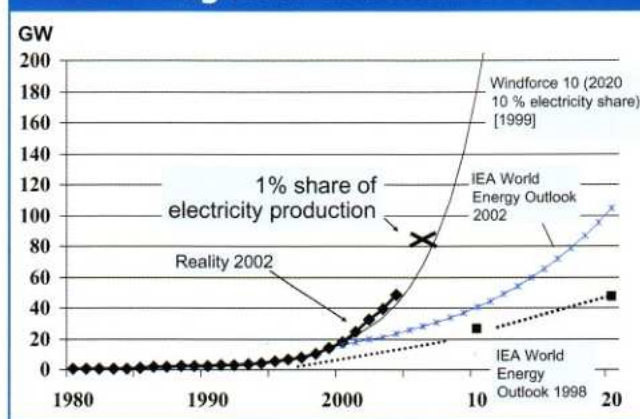
Die Kosten für Strom aus Erneuerbaren Energien sind in diesem Jahr erstmals gesunken. Ihr Anteil am Energiemix ist hingegen in der gleichen Zeit um mehr als 20 Prozent gewachsen. Das geht aus einem aktuellen Papier des Bun-

desumweltministeriums hervor. Danach kostete die Förderung für Strom aus Erneuerbaren Energien in diesem Jahr 58 Millionen Euro weniger als 2004. Insgesamt beläuft sich die Förderung Erneuerbarer Energien auf 2.422 Millionen Euro. Damit hat sich der Anteil des Stroms, der nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergütet wird, in den vergangenen zwölf Monaten von 8,48 Prozent auf voraussichtlich 10,68 Prozent erhöht.

Mit diesen Angaben widerlegt das Bundesumweltministerium die Behauptungen des Lobbyverbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), der von steigenden Kosten für EEG-Strom ausgeht.

Es ist damit absehbar, dass Erneuerbare Energien die Verbraucher bald entlasten werden. Dafür spricht auch, dass Strom aus Windenergie – er hat den größten Anteil am EEG-Mix – im Jahr 2005 um 300 Millionen Euro günstiger geworden ist, wie der Bundesverband Windenergie kürzlich bekannt gab. Heimische Erneuerbare Energien haben in diesem Jahr Öl-, Kohle- und Gasimporte im Wert von drei Milliarden Euro unnötig gemacht.

IEA-Prognosen und Wirklichkeit



IEA-Prognosen der weltweiten Windkraftkapazitäten: Die Erneuerbaren werden systematisch unterschätzt.

Weitere Kurzmeldungen unter SOLAR aktuell auf Seite 29, GAS aktuell auf Seite 24/25 und STROM aktuell auf Seite 26/27

die Ermittlung der Netzentgelte vollständig nachzuvollziehen“ (§ 28, Abs. 4 Strom-NEV). Die Bundesnetzagentur hat in einem Katalog zusammengestellt, welche Daten ein solcher Bericht enthalten muss.

Die Bundesnetzagentur ist aber nur für 98 der insgesamt über 900 Stromnetzbetreiber zuständig. Die Regulierungsbehörden der Länder überwachen Stromnetzbetreiber mit bis zu 100.000 angeschlossenen Kunden, die in einem einzigen Bundesland liegen. Die Länderbehörden waren bislang nachgiebiger als die Bundesnetzagentur und wollen auf Antrag Fristverlängerung gewähren. Es zeichnet sich damit eine Zweiklassengesellschaft ab: Die großen von der Bundesnetzagentur streng überwachten Netzbetreiber einerseits, und die Mehrzahl der kleinen Netzbetreiber, die mit dem Wohlwollen der Landesbehörden rechnen können. Es steht zu befürchten, dass die Landesbehörden die Entgeltkontrolle

Stromausfall

RWE muss für Schäden haften

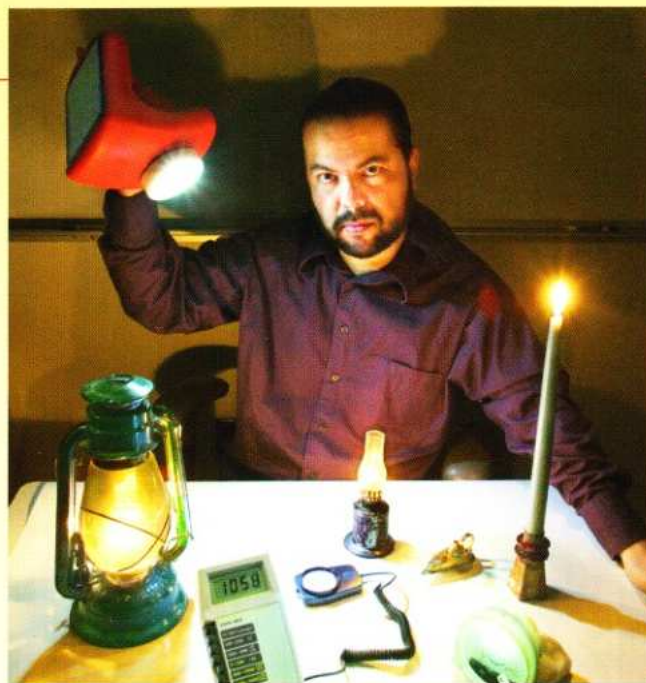
„Wer das Geschäft macht, darf sich bei der Haftung nicht drücken“ kritisierte der Bund der Energieverbraucher. Im Münsterland mussten etwa 250.000 Personen über ein Wochenende ohne Strom auskommen. Das RWE lehnte jede Haftung für Schäden ab.

Während die RWE-Gewinne in Milliardenhöhe an die Aktionäre gehen, bleiben die Kunden bei Stromausfällen auf ihren Schäden sitzen. Schuld ist eine Regelung in

den „Allgemeinen Versorgungsbedingungen“. Sie beschränkt die Haftung auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz.

Das Bundeswirtschaftsministerium will auch künftig die Stromwirtschaft weitgehend von der Haftung freistellen. Das sieht ein Verordnungsentwurf vor, der gerade allen beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet wurde. „Die Verbraucherbelange werden vom Wirtschaftsministerium sträflich vernachlässigt“, kritisiert der Verbraucherverband. „Gewinne sollen privatisiert und Kosten von der Allgemeinheit getragen werden“.

In der Vergangenheit hat die Versorgungswirtschaft ihre Investitionen in das Stromnetz Jahr für Jahr reduziert. Sie betragen nur etwa zehn Prozent der Netzerlöse. Seit 1998 haben die Stromversorger ihre Reinvestitionsquote von 2,5 auf teilweise unter ein Prozent des Wiederbeschaffungswertes im Jahr gesenkt. Eine unabhängige Untersuchung kritisiert denn auch die „ereignisorientierte Instandhaltung“. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit müssten



Ein-Watt-Leuchtdioden-Lampe mit integrierten Solarmodul mit Erfinder Evan Mills (Kontakt: Emills@lbl.gov)

präventive Maßnahmen in den Vordergrund rücken (ew 2005,

stiegen (Energiesparlampe: circa 80 Lumen pro Watt). Eine

„Mittelspannungsfreileitungen auf dem Prüfstand“).

Der Bund der Energieverbraucher hatte bereits vor kurzem die mangelhafte Netzqualität kritisiert.

Energieeffizienz

Kampf den trüben Funzeln

Etwa 1,3 Millionen Barrel Öl brennen täglich weltweit in Petroleum-Lampen in Entwicklungsländern. Das entspricht der gesamten Ölförderung von Indonesien oder Libyen (Weltölförderung: täglich etwa 77 Milliarden Barrel).

Weltweit zwei Milliarden Menschen leben ohne Stromanschluss nach Sonnenuntergang im Dunkeln, 67 Prozent der ländlichen und 23 Prozent der städtischen Bevölkerung in Entwicklungsländern.

Evan Mills vom Lawrence Berkeley National Laboratory ist sicher, dass weiße Leuchtdioden (LED's) die kostengünstigste Lösung des Problems bieten. Die Effizienz von LED's ist seit den 90er Jahren von fünf Lumen pro Watt auf über 100 Lumen pro Watt ge-

stiegen (Energiesparlampe: circa 80 Lumen pro Watt). Eine Petroleum-Lampe leuchtet dagegen nur mit 0,1 Lumen pro Watt.

Solarbetriebene 1-Watt-LED's können ohne Subventionen für 25 Dollar verkauft werden. Für den Treibstoff von Petroleumlampen werden monatlich zwischen einem und zwölf Dollar monatlich ausgegeben. Kerosinlampen erzeugen viel Ruß. Die LED-Lampen sind nicht nur sauber, sondern haben in Vergleich dazu die dreifache Lichtausbeute.

Die Firma Ignite Light hat eine solche Lampe als Prototyp auf den Markt gebracht. Das integrierte Solarmodul (Foto) lädt die Batterien in vier Stunden vollkommen auf. Die Lampe ist wasserfest.

Neue Wilo-Pumpe

Klein aber Fein

Wilo hat eine neue und hoch effiziente Pumpe auf den Markt gebracht: die Stratos ECO. Sie hat eine minimale Leistungsaufnahme von nur 5,8 Watt.

Ein Frequenzumrichter steuert das Magnetfeld. Außerdem hat Wilo den Wirkungs-

grad der Wicklung stark verbessert und so die Verluste verringert.

Integrierte Leistungsregelung und optimierte Hydraulik sparen im Vergleich zu einer Standardpumpe bis zu 80 Prozent Energie – je nach Größe des Hauses: jährlich zwischen 70 und 90 Euro.

Weitere Merkmale der Stratos ECO: Die Pumpe lässt sich in kurzer Zeit installieren. Über den „roten Knopf“ kann man wie gewohnt die Basis-einstellungen schnell und einfach ändern. Zum Standardprogramm gehört auch der automatische Absenkbetrieb (Autopilot).



Das Sparwunder Stratos ECO

Das Sparwunder hat allerdings auch seinen Preis: 1.444 Euro empfohlener Endkundenpreis. Da ist ja die schweizer Sparpumpe, die Biral MC 10 mit 572 Euro geradezu günstig.

Energiekosten

Haushalte zahlen 6,8 Milliarden mehr

Die gestiegenen Preise für Benzin, Diesel, Erdgas und lüchtes Heizöl belasten die privaten Haushalte in Deutschland 2005 mit etwa 6,8 Milliarden Euro zusätzlich, meldet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Das bedeutet rechnerisch, dass jeder Privathaushalt dieses Jahr 176 Euro mehr zahlen musste als im Vorjahr.



2,5 Milliarden Euro entfallen davon aufs Heizöl, 1,3 Milliarden Euro auf Erdgas und drei Milliarden Euro auf Kraftstoffe. Mit 6,8 Milliarden Euro fällt die Mehrbelastung der Haushalte viel stärker aus als im Vorjahr, in dem die Haushalte für Gas und Öl 1,9 Milliarden Euro mehr als 2003 zu berappen hatten.

Für 2005 ergebe sich ein durchschnittlicher Preisanstieg von knapp acht Prozent für Benzin, 14,6 Prozent für Diesel, 9,1 Prozent für Erdgas und 34,1 Prozent für leichtes Heizöl, so das Amt.

Im Vorjahr waren die Preise für Erdgas gegenüber 2003 stabil geblieben und die Heizölpreise mit elf Prozent vergleichsweise moderat gestiegen.

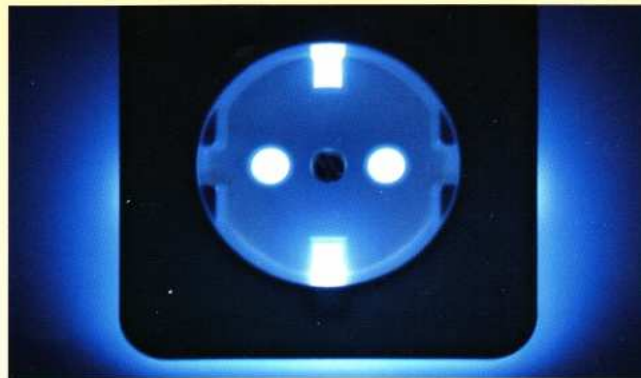
Atomkraft

EU-weite Ablehnung

Nach einer Umfrage der EU-Kommission lehnt eine deutliche Mehrheit der Europäer die Kernenergie ab.

Das ergab eine Umfrage bei knapp 25.000 EU-Bürgern, die das Institut TNS Opinion & Social zwischen Februar und März 2005 für das Eurobarometer durchführte. Danach lehnen 55 Prozent AKW-Strom ab. Nur 37 Prozent befürworteten die Stromerzeugung mit Kernkraftwerken.

Am stärksten ist die Ablehnung in Österreich mit 88 Prozent Gegnern zu 8 Prozent Befürwortern. Ähnlich groß ist die Skepsis in Griechenland mit 86 zu 9 Prozent und Zypern mit 81 zu 10 Prozent. Es folgen Irland mit 70 zu 13 Prozent, Spanien mit 71 zu 16 Prozent, Polen mit 66 zu 26 Prozent, Dänemark mit 66 zu 29 Prozent und Italien mit 66 zu 30 Prozent. Eine Mehrheit



Eine neue Studie hat den Stand-by-Verbrauch unter die Lupe genommen

der Gegner gibt es auch in Deutschland mit 59 zu 38 Prozent.

62 Prozent aller Befragten stimmten der Aussage zu, Kernenergie helfe bei der Diversifizierung der Energiequellen. 61 Prozent bejahten die Aussage, dass Kernenergie die Abhängigkeit Europas von Öl verringern könne, und 62 Prozent, dass Kernkraft weniger Treibhausgase produziere als andere Energieträger.

Neue Studie

Stromfresser kennzeichnen

Allein im vergangenen Jahr verschleuderten elektrische Geräte in deutschen Haushalten

und Büros 18 Milliarden Kilowattstunden Strom im Stand-by-Zustand, fand das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) aus Karlsruhe in einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium heraus.

Dies entspreche fast der gesamten Stromerzeugung aus Windenergie in Deutschland. Alle Verbraucher sollten daher ihre Geräte ausschalten, wenn sie diese nicht benötigen. Außerdem plädieren sie dafür, dass Hersteller den Leerlaufverbrauch von Druckern, Computern, Fernsehern oder Kaffeemaschinen künftig in Watt ausweisen müssen.

Bei vielen Geräten der Unterhaltungselektronik liege der Stand-by-Anteil am Stromver-

brauch bei über 50 Prozent. Eine Set-Top-Box, die man künftig in jedem Haushalt braucht, um Digital-Fernsehen zu empfangen, verbraucht im Stand-by-Modus rund acht Watt, ermittelte die Studie. Umgerechnet auf ein Jahr seien dies pro Haushalt rund 54 Kilowattstunden. Bei knapp 60 Millionen Fernsehern multipliziert sich der sinnlose Verbrauch auf über drei Milliarden Kilowattstunden.

An den enormen Stromverlusten aus dem Stand-by-Betrieb wird sich nach der Prognose der Forscher in den nächsten zehn Jahren wenig ändern. Zwar seien viele Geräte wie Computer oder Fernseher technisch verbessert worden. Steigende Gerätezahlen gleichen Einsparungen aber nahezu aus.

EU

Kritik am Wettbewerb

Europas Strom- und Gasmärkte seien noch weit entfernt von einem funktionierenden freien Wettbewerb, so das Fazit zweier Berichte der EU-Kommission zum Stand der Marktöffnung und zum Wettbewerbsverhalten der Energieversorger. **414***

Sowohl Energiekommissar Andris Piebalgs als auch Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes sehen den Wettbewerb ernsthaft gestört und weisen auf die immer stärker werdende Marktdominanz von Ex-Monopolisten hin. Sollten die EU-Staaten keine Gegenmaßnahmen treffen, droht Piebalgs mit rechtlichen Schritten oder schärferen Gesetzen.

Kroes sieht die Marktstruktur im Vergleich zu der vor der Energieliberalisierung unverändert: Die ehemaligen staatlichen Versorger hätten ihre

+++ Bombenrisiko Atomenergie +++

Atomenergie fördert die Verbreitung von Atomwaffen

Die Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten Atombomben entwickelt und genutzt haben, hatten zunächst ein ziviles Atomprogramm. Die zivilen Programme waren aber oft nur eine Tarnung für das eigentliche militärische Interesse. Sie verschafften diesen Staaten den Zugang zu den erforderlichen Technologien und dem Know-how zum Bau von Atomwaffen. Das zeigt: Der Export und die weitere Verbreitung von Atomtechnologie erhöht erheblich das Risiko der Verbreitung von Atomwaffen.

Atomkraftwerke abschalten.
Initiative supported by the Heinrich Heine Foundation - German Section
 c/o: 10-11887 Berlin, Germany, International Campaign: www.heinrichheinefoundation.org

Wie haltlos die Prophezeiungen der Atomindustrie sind, zeigt die Homepage www.facts-on-nuclear-energy.info mit einer Serie von acht Plakattmotiven.

Macht beibehalten oder sogar ausgebaut. Mit einigen wenigen Ausnahmen hätten die drei größten nationalen Unternehmen einen Marktanteil von über 75 Prozent sowohl bei Strom als auch bei Gas. Neue Konkurrenten könnten daher nur schwer Fuß fassen, da die etablierten Konzerne die Preise beeinflussen.

Die Argumente wie steigende Kosten und technische Ursachen für die starken Preiserhöhungen im laufenden Jahr weist die Kommission zurück: Diese erklärten die Preisanstiege nicht vollständig, die Gründe dafür lägen in Wettbewerbshindernissen.

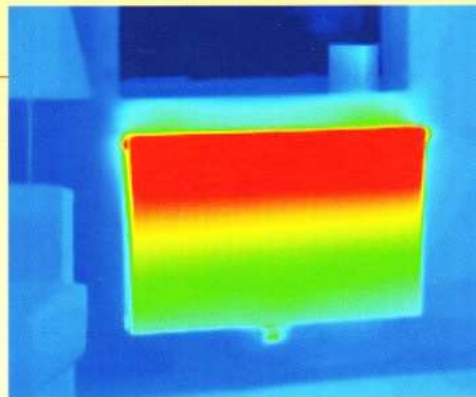
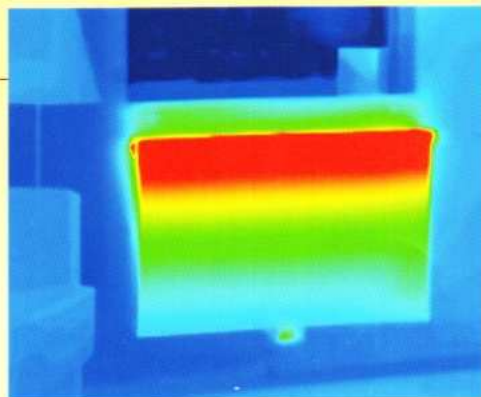
Konzessionsverträge

Auf Ausschreibung achten

Gemeinden übertragen die Strom- und Gasversorgung meist an Versorgungsunternehmen, etwa beim Strom. Dafür zahlen die Unternehmen an die Gemeinden die so genannte Konzessionsabgabe. Konzessionsverträge regeln die Details der Beauftragung. Diese Verträge werden für höchstens 20 Jahre abgeschlossen. Sie geben den Gemeinden wesentliche Einflussmöglichkeiten auf die künftige Gestaltung der Energieversorgung. Gemeinden sollten deshalb auf jeden Fall neue Verträge ausschreiben und intensiv diskutieren.

In den kommenden fünf bis acht Jahren laufen nach Angaben von trendresearch der Großteil der heutigen Konzessionsverträge aus. Viele Kommunen verhindern einen Wettbewerb durch lokal beschränkte Bekanntmachung oder vorzeitige Verlängerung.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz schreibt vor (EnWG



Die Wärmeverteilung in einem konventionellen und einem neuen X2-Heizkörper: Die vordere Platte wird wärmer. Ein höherer Anteil an Strahlungswärme senkt den Verbrauch.

§ 46), dass Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf von Konzessionsverträgen das Vertragsende durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger bekanntgeben müssen. Will die Gemeinde den Konzessionsvertrag vor dessen Ablauf verlängern, so sind die bestehenden Verträge zu beenden und die vorzeitige Beendigung sowie das Vertragsende öffentlich bekannt zu machen. Neue Verträge dürfen frühestens drei Monate nach der Bekanntgabe der vorzeitigen Beendigung erfolgen. Dies gilt auch für Eigenbetriebe von Gemeinden.

Schweden

Unabhängigkeit von Fossilen bis 2020

Schwedens Ministerpräsident Göran Persson hat in einer Rede vor dem Parlament einen verstärkten Ausbau der regenerativen Energien angekündigt. Bis 2020 soll Schweden unabhängig von fossilen Brennstoffen sein. Dazu soll der Anteil der Stromgewinnung aus regenerativen Energien bereits in den nächsten zehn Jahren um 15 Milliarden Kilowattstunden zunehmen.

Persson kündigte den Ausbau der Windenergie und der Energiegewinnung aus Biomasse an. Steuervergünstigungen sollen die Besitzer von Ölheizungen dazu anregen, auf alternative Heizsysteme umzustellen. Persson will zudem zu-

sätzliche Mittel für die Forschung bereitstellen und ein nationales Programm zur Erhöhung der Energieeffizienz präsentieren.

Heizkörper

Neue Konstruktion spart

Durch neu konstruierte Heizkörper lassen sich sechs Prozent Energie einsparen. Bislang strömt das Wasser in Heizkörpern mit mehreren Platten immer parallel von oben nach unten. Beim neuen Heizkörper Therm X2 der Firma Kermi fließt das Wasser zuerst durch die Frontplatte und erst anschließend durch die hinteren Platten. Die Vorderfront des Heizkörpers wird dadurch wesentlich schneller warm. Nach 200 Sekunden war ein normaler Heizkörper 43,5 Grad warm, der neue Heizkörper hatte nach dieser Zeit schon 50 Grad (Foto).

Dadurch steht mehr und schneller Strahlungswärme zur Verfügung. Die neuen Heizkörper haben die gleiche Leistung und die gleichen Abmessungen wie die bisherigen Modelle. Gerade für gut gedämmte Häuser ist es wichtig, dass der Heizkörper schnell reagiert und einen hohen Anteil an Strahlungswärme hat.

EU

Öko-Design-Richtlinie verabschiedet

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben EU-Rat und Kommission am 6. Juli 2005 eine neue Richtlinie erlassen. Sie betrifft die Verbesserung der Energieeffizienz „energiebetriebener Produkte“ (außer Verkehrsmittel).

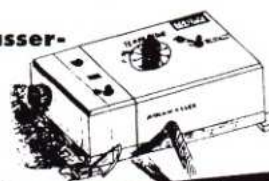
Die EU-Richtlinie muss von jedem Mitgliedsstaat bis zum 11. August 2007 in nationales Recht umgesetzt werden. 1557*

Energiesparen leicht gemacht

mit dem Einsatz eines

Waschmaschinen-Warmwasser-Steuergerätes WWS 300

- erlaubt den Anschluß von Warmwasser an jede Haushaltsmaschine
- einfache Nutzung von Solarenergie
- mit Temperatur- und Zeitprogramm
- spart bis zu 300 kWh Strom pro Jahr
- 3 Jahre Garantie



€ 229,90

inkl. Porto und Verpackung

Stemberg Solar- und Gebäudetechnik

Im Seelenkamp 7 · 32791 Lage
Telefon: (0 52 32) 70 27-0 · Fax: (0 52 32) 70 27-29
info@stemberg-solar.de · www.stemberg-solar.de

Sieg nach Punkten

Mindestens 500.000 Verbraucher protestieren gegen die Gaspreiserhöhungen und weigern sich, die unzulässigen Erhöhungen zu zahlen. Ein kurzer Überblick über die aktuelle Situation.

Wissenschaftler der Uni Leipzig ermittelten kürzlich in ihrer Wortschatzuntersuchung das Wort „Gaspreis“ als „Wort des Tages“. Das Thema ist aktuell wie nie und hat – zumindest für aufmerksame Verbraucher – mittlerweile einen revolutionären Charakter. Denn es findet eine harte und intensive Auseinandersetzung statt zwischen denen, die Gas beziehen und bezahlen müssen und denen, die daran verdienen wollen. Für sie geht es um Verdienstspannen, die übliche Renditen deutlich übersteigen und überdies von Monopolisten verlangt werden. Der Staat

kontrolliert weder die Gaspreise, noch hat er die Gebietsmonopole de facto aufgebrochen. Die „Strippenzieher“ (vgl. Seite 12) in der Politik haben das erfolgreich über Jahre zu verhindern gewusst. Der Bürgerzorn entzündet sich nicht nur an den steigenden Preisen, sondern auch daran, dass Konzerne die Situation ausnutzen, um ihre Gewinne zu erhöhen. Das bringt das Fass der Verbraucherunzufriedenheit zum Überlaufen und schärft den Blick auf das korrupte Gaspreissystem.

Bisher glaubten die Gasversorger, dass ihnen die Ölpreissteigerung eine dauerhafte und unstrittige Rechtfertigung für künftige Gaspreissteige liefern würde. Doch diese Ausrede gilt nicht länger. Denn die Ölpreisbindung wurde von der Gaswirtschaft zur eigenen Gewinnsteigerung in einem Ausmaß missbraucht, dass ihre Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in Frage gestellt hat.

Die ständige Gewinnsteigerungen der Gasversorger, die deutlich geringeren Gaspreise im europäischen Ausland, die enormen Preisunterschiede zwischen günstigen und teuren Gaslieferanten, die lächerlich geringen Gaspreise für Großabnehmer und Kraftwerke und der angeblich hohe Anteil örtlicher Wertschöpfung. All diese Anzeichen machen nicht nur die Verbraucher misstrauisch, sondern auch die Gerichte.

Triumph der Protestler

Bundesweit schätzungsweise 500.000 Gaskunden verweigern derzeit die Zahlung der Gaspreiserhöhung. Sie haben der Erhöhung schriftlich widersprochen und zahlen lediglich den alten Bezugspreis von September 2004. Die Gasversorger reagieren mit frechen und drohenden Briefen, in denen sie Verbrauchern das Recht auf die Zahlungsverweigerung absprechen.

Faktisch jedoch akzeptieren die Gasversorger die Zahlungsverweigerung:

- Sie versorgen die Protestler weiterhin mit Gas und
- sie verklagen die Protestler nicht.

Ganz vereinzelt drohen die Anbieter jedoch, die Versorgung einzustellen. Die betroffenen Verbraucher konnten sich aber in allen Fällen erfolgreich dagegen wehren. Sie untersagten dem Anbieter den Zutritt zu ihren Wohnräumen, erwirkten einstweilige Verfügungen (Köln, München, Frankfurt, Berlin) und schalteten erfolgreich die Kartellbehörden ein (Bayern, Nordrhein-Westfalen). **1570***

Bundesweit gibt es zwei Gerichtsverfahren gegen protestierende Gaskunden, die sich voraussichtlich noch über Jahre hinziehen werden.

Fazit: Faktisch akzeptieren die Gasversorger den Zahlungsprotest überall. Bisher hat sich diese Form des Protests bewährt.

Verbalattacken

Die Gasversorger schüchtern protestierende Bürger durch Briefe mit falschen Behauptungen und Drohungen ein: Es gebe kein Recht auf Zahlungsverweigerung, die Ansprüche würden gerichtlich geltend gemacht etc. Viele Verbraucher gaben verängstigt nach und zahlten den überhöhten Gaspreis. Doch wer diese Taktik durchschaut, reagiert umso empörter. Einige Verbraucherzentralen erwägen rechtliche Schritte gegen die gezielten Fehlinformationen der Versorger. Eine andere Strategie schlugen die Stadtwerke Bonn ein. Bei der Berechnung der Abschlagszahlungen „verrechneten“ sie sich bei zahlreichen Kunden und stellten 45 Prozent zuviel in Rechnung (General-Anzeiger vom 3. Oktober 2005). Andere Versorger kündigten gültige Tarifvereinbarungen.

Protestbewegung

Erst waren es vereinzelte Proteste. Mittlerweile haben sich viele Betroffene zusammengeschlossen. Eine Protestbewegung ist entstanden. Bürgerversammlungen informieren über den Missstand. Musterbriefe zur Zahlungsverweigerung werden den Veranstaltern aus der Hand gerissen. Selbst ganze Kommunen kürzen

Frage

Ich sitze gerade über meiner Gasabrechnung. Dabei stellt sich mir folgende Frage: Bis zu welchem Zeitpunkt kann ich die unbilligen Gaspreiserhöhungen der letzten Zeit rückrechnen und anpassen? Kann ich auch noch die Erhöhungen des vergangenen Jahres mit einbeziehen?

Monika Koops, Hamburg

Antwort

Weil Sie auch Zahlungen auf unbillig überhöhte Energiepreisforderungen als ungerechtfertigte Bereicherung des Versorgers innerhalb der dreijährigen Verjährung zurückverlangen können, können Sie auch ebenso noch Widerspruch gegen die Preiserhöhungen der Vergangenheit einlegen, soweit im Vertrag nichts anderes bestimmt ist. Deshalb können Sie auch heute noch zum Beispiel auf die Preise Stand 09/2004 zurück gehen. Kürzen dürfen Sie jedoch immer nur für die Zukunft, nachdem der Einwand der Unbilligkeit gegen die Preiserhöhungen – etwa mit Musterbrief wirksam erhoben wurde, insbesondere beim Versorger zugegangen ist.

Rechtsanwalt Thomas Fricke, Jena



Demonstration gegen Gaspreiserhöhung am 16. November 2005 in Bremen

ihre Gasrechnungen, so zum Beispiel die Gemeinden Jever. Die Gemeinde Rhau-derfehn (Landkreis Leer) und die Stadt Schortens (Landkreis Friesland) weigerten sich, die um 14,2 Prozent gestiegenen Gaskosten an den Energiedienstleister EWE zu zahlen. Unterstützung erhalten sie vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund. Auch alle Verbraucherzentralen helfen mit eigenen Informationen, Musterbriefen auf ihren Internetseiten und gezielter Beratung der Verbraucher. Allein im Oktober 2005 wurde der Musterprotestbrief des Bundes der Energieverbraucher über 30.000-mal abgerufen.

Beim Landgericht Bremen haben sich so viele Richter persönlich dem Protest angeschlossen, dass es schwer fiel, drei „unbefangene“ Amtsinhaber zu finden. Die Gaswirtschaft reagiert auf diese Protestbewegung hilflos und mit hektischem Aktionismus.

Bürgerklagen

Weil viele Verbraucher Sicherheit über ihre Rechtslage gewinnen wollen, hat eine Reihe von ihnen aktiv gegen die Preiserhöhung geklagt – auch weil sich die Gasversorger weigern, selbst gegen Verbraucher zu klagen. Zunächst vertrat die Gaswirtschaft die Ansicht, diese Klagen seien unzulässig. Der Verbraucher müsse zunächst den geforderten Preis zahlen und sein Geld anschließend zurückklagen. Dieser Ansicht sind die Gerichte nicht gefolgt. In einigen Prozessen haben Verbraucher von den Gerichten bereits Recht

bekommen: Die Preiserhöhungen waren überhöht und sind nichtig (Amtsgericht Heilbronn, AG Karlsruhe). Die Versorger sind gegen diese Urteile in Berufung gegangen. **1497***

Verbraucher haben mittlerweile auch die ersten Rückforderungsprozesse gewonnen (AG Bad Neuenahr, LG Mühlhausen, beide rechtskräftig). Zahlreiche weitere Klagen sind gegen Versorger anhängig, teilweise Sammelklagen von 500 Verbrauchern, unterstützt von Verbraucherzentralen. Diese Verfahren werden sich noch über Jahre hinziehen und das Thema in den Schlagzeilen halten.

Wer sich gegen überhöhte Preise wehren will, braucht nicht aktiv zu klagen. Es reicht, gegen die Erhöhung schriftlich unter Berufung auf die fehlende Billigkeit zu protestieren und hernach nur einen geminderten Preis zu überweisen.

Offenlegung der Zahlen

In zahlreichen Gerichtsurteilen bis hin zum Bundesgerichtshof ist anerkannt, dass der Versorger seine Kosten- und Gewinnkalkulation offenzulegen hat, um seine Preisforderung zu begründen. Die Gaswirtschaft hat das beharrlich in allen Verfahren verweigert und entsprechende Niederlagen eingesteckt. Nicht einmal die öffentliche Richterschelte des früheren Bundesverteidigungsministers Ruppert Scholz (vgl. „Die Strippenzieher“, Seite 12) hat dies ändern können. Gasversorger haben eine Offenlegung der Kalkulationen angekündigt.

Die Strom- und Gasversorger müssen auch den Regulierungsbehörden nach § 28 StromNEV beziehungsweise GasNEV einen Bericht über die Ermittlung der Netzentgelte abliefern (vgl. Seite 4), für Strom bis 31. Oktober 2005 und für Gas bis 31. Januar 2006: „Die Angaben ... müssen einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzen, ohne weitere Informationen die Ermittlung der Netzentgelte vollständig nachzuvollziehen“. Damit ist ein gesetzlicher Maßstab für die Offenlegung der vollständigen Preiskalkulation vorgegeben. Die bisher bekanntgegebenen Zahlen genügen der Offenlegungspflicht in keinsten Weise.

Es reicht nicht, die Zahlen einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu offenbaren. Das hatte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in einem „Transparenzverfahren“ vorgeschlagen. Vielmehr müssen sich auch Gerichte und Verbraucher selbst von der Stimmigkeit und Richtigkeit der Zahlen überzeugen können. Es reicht auch nicht, nur die Zahlen für die Preiserhöhung offenzulegen. Denn auch der ursprüngliche Preis gehört auf den Prüfstand, so das Amtsgericht Heilbronn in seinem Urteil vom 15. April 2005.

Unterstützung durch den Bund der Energieverbraucher

Der Bund der Energieverbraucher stellt auf seinen Internetseiten eine Fülle von Informationen zur Verfügung:

- Alle zur Billigkeit von Preisfestsetzungen bisher bekannten Gerichtsurteile: **1497***,
- Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen (FAQ's): **1445***,
- Eine öffentliche Liste von Proteststern, in die sich jeder eintragen und Gleichgesinnte in seinem Umkreis finden kann: **1442***,
- Ein Forum mit über 1.000 registrierten Benutzern und mehr als 6.000 Beiträgen: **1210***,
- Eine Liste aller bekannten örtlichen Protestgruppen: **1568***.

Förderung durch Bund

Seit dem 1. Oktober 2005 fördert das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ein Projekt des Bundes der Energieverbraucher e.V. Ziel ist es, Verbraucher über ihre

Rechte bei der Erhöhung von Strom- und Gaspreisen zu informieren. Diese Unterstützung ermöglicht es dem Bund der Energieverbraucher, die bisherige Rechtsprechung gründlich auszuwerten und aufzuarbeiten, Informationsmaterial zu erstellen und in Expertengesprächen Verbraucherzentralen und Bürgergruppen aufzuklären.

Ohne staatliche Finanzierung arbeitet der Prozesskostenfonds des Vereins. Wer als Vereinsmitglied jährlich zehn Euro einahlt, für den übernimmt der Fonds die Prozess- und Anwaltskosten, falls der Versorger auf Zahlung klagt und der Fonds über ausreichend Mittel verfügt. Bisher haben sich 680 Vereinsmitglieder dem Fonds angeschlossen, der mittlerweile ein Guthaben von 16.800 Euro aufweist.

Preiserhöhung zulässig?

In den Formscheiben zum Zahlungsprotest bestreiten Verbraucher regelmäßig, dass der mit dem Versorger abgeschlossene Vertrag überhaupt eine Preiserhöhung zulässt. Denn bei Heizgaskunden ist eine Preissteigerung in aller Regel nicht vertraglich vereinbart worden. Ein Gutachten von Professor Clemens Arzt im Auftrag der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen untermauert diese Position. „Voraussetzung für eine Preiserhöhung ist

Gasversorgung Main-Kinzig: Versorger prosperiert

Eines, auch für Energieversorger üppigen und ungestörten Nischendaseins erfreute sich bislang die Gasversorgung Main Kinzig in Gelnhausen. Der nahezu reine Gasversorger mit fast 25.000 Kunden, beteiligt ist mit 50 Prozent die Mainova Frankfurt/M und indirekt mit gut 25 Prozent der Main Kinzig Kreis, brachte es in den vergangenen Jahren zu beachtlicher Prosperität. So wurde zuletzt (2004) eine Dividende von 25 Prozent ausgeschüttet. Weitere 15 Prozent zum Stammkapital wanderten in eine bereits prall gefüllte Gewinnrücklage. Die Investitionen wurden wieder aus dem cash flow bezahlt. Obwohl der Gasverkauf 2004 „nur“ um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr stieg, kletterte der Jahresüberschuss um 18,1 Prozent(!) – und das trotz erhöhter Investitionen und höherer Personalkosten.

Erzielt wurde dieses Ergebnis mit kräftigen Preisaufschlägen 2004 (Grundpreise bis zu 18 Prozent, Arbeitspreise bis zu 6,5 Prozent). Gegenüber seinen Kunden hat das Unternehmen die Abzocke, wie in der Branche üblich, mit den gestiegenen Gaseinstandspreisen und zwingenden betrieblichen Notwendigkeiten, begründet.

Auch für das laufende Jahr hat sich das kleine, feine Unternehmen einiges vorgenommen. Zwei Erhöhungen des Arbeitspreises von insgesamt 24,7 bis 27,4 Prozent seit Dezember 2004 sollten die Kassen klingeln lassen.

Diesmal wurde die Rechnung jedoch ohne die Kunden gemacht. Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher vor Ort organisierten einen Streik, an dem sich, wie das Unternehmen selbst einräumt, bereits mehr als 800 Kunden beteiligten.

eine vertragliche Grundlage in Form wirkamer Preisanpassungsklauseln“ (Pressemitteilung der VZ-NRW vom 27. Oktober 2005, Bezug des Gutachtens zum Preis von 25 Euro unter www.verbraucherzentrale-nrw.de/gaspreisgutachten). Enthalten Bezugsverträge Preisanpassungsklauseln, so sind diese oft gesetzwidrig und damit nichtig (vgl. Seite 22). Gegen die Preisanpassungsklausel der Dresdner DREWAG hat die Verbraucherzentrale Sachsen unlängst Klage erhoben. Der Bund der Energieverbraucher bereitet eine Klage gegen die Preisanpassungsklausel der Rheinenergie in Köln vor.

Strompreise

Zunehmend zeigt sich, dass auch die Strompreise unbillig überhöht sind. Auch die für Anfang 2006 geplanten Strompreiserhöhungen entbehren jeglicher Begründung (vgl. Seite 26). Der Bund der Energieverbraucher informiert über die Möglichkeit, auch der Strompreiserhöhung zu widersprechen und nur den bisherigen Strompreis zu zahlen. Allerdings trägt der protestierende Verbraucher ein höheres Risiko, denn er könnte zumindest theoretisch den Stromanbieter wechseln. Ob dies

den Unbilligkeitseinwand ausschließt, hat der Bundesgerichtshof noch nicht entschieden. Die behördliche Genehmigung der Strompreise spielt hingegen keine Rolle.

Die Perspektive

Zum Jahresanfang 2006 wird es weitere drastische Gaspreissteigerungen geben, die weit über die Importpreissteigerungen hinausgehen. Mehrbelastungen von über 100 Euro jährlich werden die Verbraucher kaum hinnehmen. Immer mehr werden unter Bezug auf die bereits in der Vergangenheit überhöhten Preise die Zahlung der Erhöhung verweigern. Auch werden die Versorger erklären müssen, warum sich die Bezugspreissteigerungen zum Beispiel durch Nutzung anderer Bezugsquellen nicht haben vermeiden oder vermindern lassen.

So lange Versorger sich weiterhin weigern, durch Zahlungsklagen die Gerichte zur Festlegung angemessener Preise zu veranlassen, steht jedem Verbraucher frei, welchen Gaspreis er akzeptiert und bezahlt. Viele Verbraucher werden auch in der Vergangenheit zuviel bezahlte Strom- und Gaspreise zurückklagen. ■



Bürgerprotest in Schortens

Fakten zu Gaspreisen

Wie haben sich die Gaspreise geändert? Um welchen Betrag haben sich Gasimporte verteuert?

68 Prozent überhöhter Preisanstieg

Der Durchschnittspreis für den Gasimport aus dem Ausland betrug im dritten Quartal 2005 1,61 Ct/kWh und ist gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,44 Ct/kWh oder 38 Prozent angestiegen. Der Gaspreis für Haushaltskunden betrug am 1. November 2005 5,6 Ct/kWh (Abnahme: 27.000 Kilowattstunden, einschließlich Grundpreis und Mehrwertsteuer). Er ist gegenüber November 2004 um 0,75 Ct/kWh geklettert. Damit sind die Haushaltsgaspreise im Verlauf des vergangenen Jahres um 68 Prozent stärker angestiegen, als die Gasimportpreise. Dies belegt, dass die Gas-

versorger insgesamt im vergangenen Jahr keineswegs nur ihre gestiegenen Bezugskosten weitergegeben haben.

Preisentwicklung

Da die Gaspreise meist vierteljährlich angepasst werden, hat sich eine quartalsweise Betrachtung eingebürgert. Sie ist auch übersichtlicher als eine Analyse der Monatswerte. In der Tabelle sind die Quartalswerte für die Gasimportpreise, die üblichen Bezugpreise der Stadtwerke, so genannte „Citygate-Preise“, und die Haushaltsgaspreise gegenübergestellt. Besonders interessant sind die Änderungen dieser Preise, in der Tabelle und auch in der Grafik dargestellt.

Folgende Schlussfolgerungen lassen sich ableiten:

- Die Bezugskosten der Gasversorger sind im zweiten Halbjahr 2003 gesunken, ohne dass dies an die Kunden weitergegeben wurde.
- Die Haushaltsgaspreise sind im ersten Halbjahr 2004 gestiegen, ohne dass die Gasbezugskosten der Gasversorger gestiegen sind.

Grafik zur Entwicklung von Gas- und Ölpreisen auf Seite 17, Tabelle zu Gas-, Öl- und Strompreisen in den Bundesländern auf Seite 24.

- Die Gasbezugskosten der Gasversorger stiegen im ersten Halbjahr 2005 an, ohne dass dies an die Haushaltskunden weitergegeben wurde. Ursachen waren die massiven Verbraucherproteste, eine Energiemarktuntersuchung („sector inquiry“) der EU und die bevorstehende Verabschiedung des Energiewirtschaftsgesetzes. Man wollte die Stimmung nicht zusätzlich anheizen.
- Zwischen 2003 und 2005 (jeweils 3. Quartal) sind die Importpreise um 0,39 Ct/kWh (ohne MWSt.), die Citygate-

Der Bund der Energieverbraucher veröffentlicht im Internet auf Seite 1586 monatlich die aktuellen Haushaltsgaspreise für die Bundesrepublik insgesamt und für jedes einzelne Bundesland mit den Preisen der größten Versorger im jeweiligen Bundesland.

Preise um 0,49 Ct/kWh (ohne MWSt.) und die Verbraucherpreise um 0,5 Ct/kWh (mit MWSt.) gestiegen.

- Zwischen 3. Quartal 2005 und 1. Quartal 2006 steigen – so die Prognosen – die Importpreise um 0,4 Ct/kWh, die Citygate-Preise um 0,5 Ct/kWh und der Verbraucherpreis um 0,55 Ct/kWh.
- Im Zentrum der Auseinandersetzung werden deshalb weniger die Preisteigerungen zwischen 2003 und 2005 stehen, sondern vielmehr die bereits 2003 überhöhten Preise und die überzogenen Verbraucherpreisanhebungen zum Jahreswechsel 2005/2006.

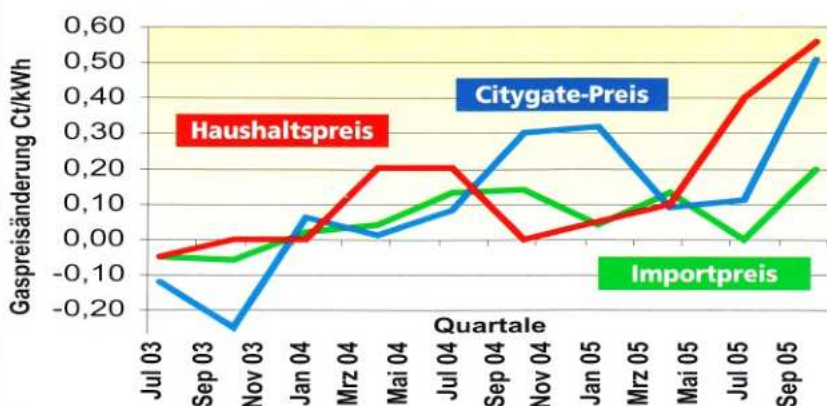
Gaspreisänderungen – alle Preise in Ct/kWh

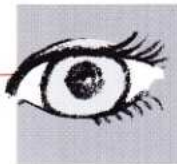
Datum	Gasimportpreis	Änderung	Citygate-Preis	Änderung	Haushaltsgas-Preis	Änderung
Jul 03	1,22	-0,05	1,67	-0,12	4,65	-0,05
Okt 03	1,17	-0,06	1,55	-0,25	4,60	0,00
Jan 04	1,11	0,02	1,30	0,06	4,60	0,00
Apr 04	1,13	0,04	1,36	0,01	4,60	0,20
Jul 04	1,17	0,13	1,37	0,08	4,80	0,20
Okt 04	1,30	0,14	1,45	0,30	5,00	0,00
Jan 05	1,44	0,04	1,75	0,32	5,00	0,05
Apr 05	1,48	0,13	2,07	0,09	5,05	0,10
Jul 05	1,61	0,19*	2,16	0,11	5,15	0,40
Okt 05	1,80*	0,20*	2,27	0,51	5,55	0,55
Jan 06	2,00*		2,78*		6,11*	

Citygate-Preis: Verkaufspreis von E.ON-Ruhrgas an örtliche Gasverteiler mit 6/3/3 Regelung (Durchschnitt 6 Monate, 3 Monate zurück, konstant für 3 Monate) einschließlich 0,55 Ct/kWh Erdgassteuer.

*Prognose

Citygate = $1,9685 + 0,08461 (H_{el} - 32,92) - 0,2812$





Die Strippenzieher

In einem neuen atemberaubenden Buch analysieren die beiden Journalisten Cerstin Gammelín und Götz Hamann den Lobbyismus in Berlin. Die Energiedepesche zitiert einige Passagen und dankt den Autoren für die freundliche Genehmigung.

„Drei Viertel der Deutschen glauben inzwischen, die Wirtschaft nehme von der Gesellschaft mehr, als sie ihr gebe. ... Wahr an diesem Befund ist, dass mehr Lobbyisten als je zuvor die Regierung bestürmen. Wahr ist, dass sich die Kräfte in der Hauptstadt zu Gunsten der Wirtschaft verschoben haben. Wahr ist auch, dass die Administration, nämlich die Ministerialverwaltung und die Mitarbeiter der Abgeordneten, den professionellen Lobbys kaum mehr gewachsen ist, dass sich Teile des politischen Apparats bereits ergeben haben und zu einer Außenstelle von Konzernen und Verbänden geworden sind. Lobbyismus ist eine Macht, an der keiner in Berlin vorbeikommt.“

Mehrere tausend Abgesandte und Dienstleister arbeiten dafür, die Interessen von Unternehmen und Verbänden durchzusetzen. Mehr als 1.886 Gruppen sind in der Lobby-Liste des Bundestags registriert. Sie haben damit offiziellen Zugang zum Bundestag – denn Hausausweise fürs Parlament sind inklusive. Sie alle verwandeln wirtschaftliche Macht in Einfluss, ohne ein politisches Mandat dafür zu besitzen.

Quick und dirty

Zu beobachten ist, dass die Interessen der Wirtschaft häufiger als in früheren Jahrzehnten mit denen der Gesellschaft gleichgesetzt werden. ... Die Bundesregierung ringt um die Vorzüge und mit den Nachteilen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie organisiert den Rückbau sozialer Sicherungssysteme und versucht die Gesundheitskosten zu senken. Wirtschafts- und sozialpolitische Themen beherrschen die Debatte. Weil umgekehrt die Erträge der Unternehmen von dem Ergebnis dieser Debatte abhängen, sucht die Wirtschaft nach Mitteln, um die Politik wirksam zu beeinflussen. Und je besser es gelingt, umso mehr verändert sich unser Land.

Der Öffentlichkeit legen die Interessenvertreter nur selten Rechenschaft über ihr Tun ab. Gerade für die Spitzenlobbyisten gilt: Gut ist, wer lautlos und effizient sein Ziel erreicht. Genial ist, wer es quick und dirty schafft, wem es egal sein kann, was die Öffentlichkeit davon hält.

TINA-Syndrom: Keine Alternativen?

Verstärkt wird dieser Eindruck durch eine geschickte, höchst erfolgreiche Medienarbeit vieler Lobbyisten. Sie schaffen es, die Interessen der Wirtschaft so flächendeckend in den Medien unterzubringen, dass bei einem Blick in die Zeitungen manchmal das TINA-Syndrom aufkommen könnte: There is no alternative – es gibt keine Alternative zu den Ansichten der Wirtschaft. Eindeutig ist nur: Kaum ein Gesetz tritt heute in Kraft, ohne dass ein Interessenvertreter daran mitgearbeitet hätte.

Der Staat wird unterwandert oder sogar offen außer Kraft gesetzt, wenn Konzerne im Bundeswirtschaftsministerium die „inhaltliche Führung“ übernehmen. Wenn Beamte und Minister vor allem dem Prinzip der Klientelpolitik folgen, egal ob davon Umweltorganisationen oder Energiekonzerne profitieren. Klientelpolitik mündet in eine nicht kontrollierbare und nicht transparente Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft. Sie begünstigt Korruption. Sie zerstört den Staat.

Kohl und Schröder

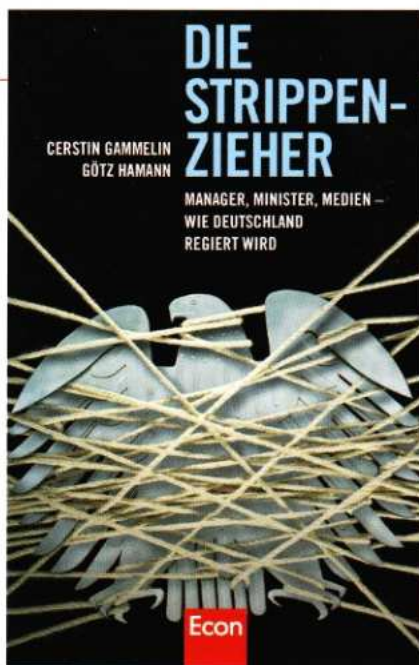
Helmut Kohl vergaß niemals, wer ihn gefördert hatte, als er noch ein junger Landespolitiker war: der Chemiekonzern BASF in Ludwigshafen. Der Kanzler habe für die Interessen von BASF als Großverbraucher von Strom immer ein offenes Ohr gehabt, erinnert sich noch heute ein Lobbyist der Energieerzeuger, der anonym bleiben will. Sein Unternehmen dagegen habe unter Helmut Kohl keinen Fuß in

die Tür des Kanzleramts bekommen. Das änderte sich nach der Bundestagswahl 1998. Schröder empfing die Energiefürsten mit offenen Armen. Schon als Ministerpräsident von Niedersachsen und Kanzlerkandidat gratulierte Schröder am 16. Mai 1998 im Hannoverschen Schloss Herrenhausen dem damaligen Preussen-Elektra-Chef und späteren E.ON-Energie-Lenker Hans-Dieter Harig zum 60. Geburtstag. Als eine neue Generation an die Spitze der Konzerne rückte, lud der Bundeskanzler die Vorstandschefs der vier großen Unternehmen zum Dinner ein. Zwecks Kennenlernen, ließ Schröder die Öffentlichkeit wissen. Dann plauderten der Kanzler, sein Büroleiter und der Wirtschaftsminister mit den Managern an einem lauen Augustabend des Jahres 2003 im Kanzleramt über Gott und die Welt. Nachgesagt wird dem SPD-Kanzler auch eine Duz-Freundschaft mit dem als öffentlichkeitsscheu bekannten Vorstandschef des größten deutschen Gasversorgers Ruhrgas, Burkhard Bergmann.

Spitzenjobs für Spitzenpolitiker

Zu einer wirklichen Gefahr für den Parlamentarismus können die Wechsel von Spitzenpolitikern auf Manager- und Vorstandsposten werden. Die hohe Schule der vorausschauenden Personalpolitik funktioniert, aus Konzernsicht und stark vereinfacht dargestellt, folgendermaßen: Diejenigen, die in der Bundes- oder Landespolitik hohe Ämter bekleideten, erfolgreich und loyal waren, haben gute Chancen auf wohl dotierte Anschlussjobs in Unternehmen.

Die gezielten Personalwechsel an den Schalthebeln von Politik und Wirtschaft zählen zu den effizientesten Formen der Beeinflussung. Verbraucherorganisationen werden solche Lobbyarbeit nicht leisten können. Dafür fehlt zweierlei: Finanzen und Einfluss.



Econ-Verlag 2005, 19,95 Euro

Eine in der Bundesrepublik in jeder Hinsicht nahezu beispiellos effiziente Personalpolitik hat der Branchenprimus E.ON hingelegt.

Auch mit der regierenden SPD ist E.ON bestens vernetzt. Wertvolle Lobbydienste leistet hier der ehemalige Energiereferent der SPD-Bundestagsfraktion: Gert von der Groeben. Als von der Groeben nach dem Regierungswechsel 1998 nicht wie geplant eine leitende Position im Regierungsapparat bekam, offerierte E.ON dem Politallent ein angemessenes Betätigungsfeld. Seitdem zieht er als Generalbevollmächtigter im Auftrag des Düsseldorfer Konzerns die Strippen, wenn es um heikle energiepolitische Vorhaben geht. Hilfreich ist ihm dabei das über Jahre gesponnene Netzwerk in die SPD-Fraktion hinein – und sein Wissen um die „Leichen“ mancher Abgeordneter, wie sich einer von ihnen ausdrückt.

Sein größter Erfolg war es, dass das rot-grüne Gesetz zur Förderung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung wesentlich entschärft wurde. Auch in der von Rotgrün inszenierten Energiemarktreform mischte von der Groeben mit. Er steht nicht nur mit dem Wirtschaftsministerium in Kontakt, sondern vertritt bei kleinen Gipfeln schon mal seinen jetzigen Vorstandschef Wulff Bernotat.

Die Hannover-Connection

Der spektakulärste Fall der jüngeren deutschen Industriegeschichte fand in den Jahren 2002 und 2003 statt: Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und sein Staatssekretär Alfred Tacke erteilten eine

Ministererlaubnis zur Fusion des größten deutschen Stromkonzerns mit dem größten deutschen Gaskonzern – und kurze Zeit später wechselten die beiden auf die Vorstandsstühle von Beteiligungen der begünstigten Konzerne.

Das Bundeskartellamt befürchtete für Deutschland „eine wettbewerbsabträgliche marktbeherrschende Stellung“ und verbot die Fusion. Selbst die vierköpfige Monopolkommission votierte dagegen. Der Widerstand hätte wohl jeden Manager dazu bewogen, sein Vorhaben aufzugeben. Nicht so Ulrich Hartmann. Lange bevor das Vorhaben an die Öffentlichkeit drang, hatte der E.ON-Chef die Chancen auf Erfolg sorgfältig abgeklopft. Er wusste: Die definitive Entscheidung lag bei der Bundesregierung. Oder, genauer gesagt, beim Wirtschaftsminister. Dieser hatte die Möglichkeit, per Ministererlaubnis alle anderen Vetos außer Kraft zu setzen – falls er übertragende Gemeinwohlinteressen feststellen sollte. Und diese Gemeinwohlinteressen wurde Hartmann nicht müde zu predigen.

Für ein symbolisches Honorar von einer Mark pro Monat beriet der spätere Wirtschaftsminister Müller den damaligen Ministerpräsidenten Schröder bei den Energiekonsens-Gesprächen. Schröders Energiepolitik werde wohl nun in der Vorstandsetage der Veba entwickelt, kommentierte Jürgen Trittin, seinerzeit Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten in Niedersachsen und später Müllers Gegenpart im Bundeskabinett Schröder.

Wirtschaftsminister Werner Müller, dem langjährigen Energiemanager eines E.ON-Vorgängerunternehmens und über-

raschenden Politik-Quereinsteiger, wurde öffentlich massive Befangenheit vorgeworfen. „Nach langem Zögern“, erinnert man sich bei E.ON, sah sich Müller gezwungen, die Ministererlaubnis an seinen Staatssekretär Alfred Tacke zu delegieren. Überzeugt, dass sie dadurch „sauberer“ wurde im Sinne politischer Hygiene, sei man bei E.ON nicht gewesen, schreibt Harig. Denn Tacke war normalerweise an des Ministers Weisungen gebunden, gehörte zu Müllers Haus und außerdem wie der Minister seit den vergangenen Hannoveraner Tagen zur Spezies der Frogs, der „Friends of Gerhard“. Damit war klar, dass auch Schröder selbst indirekt in das Verfahren involviert war. Später kolportierte die Energiewirtschaft, der Kanzler habe seinem langjährigen Vertrauten Tacke zu einem „Ja“, also zur Megafusion geraten.

Der Fall Rexrodt

Auch der inzwischen verstorbene frühere Wirtschaftsminister Günther Rexrodt ist mit von der Partie: „Ein Zusammenschluss von E.ON und Ruhrgas sei ... durchaus richtig“, schreibt er in der Welt am Sonntag am 23. Januar 2002. Fünf Tage später erscheint sein Meinungsbeitrag in der Financial Times Deutschland. Die Zeitung titelt am 28. Januar 2002: „Ex-Wirtschaftsminister Rexrodt befürwortet Übernahme von Ruhrgas durch E.ON“. Was Rexrodt damals dezent unterschlägt, ist sein persönliches Interesse an der E.ON/Ruhrgas-Lösung – als Finanzvorstand der Consulting-Firma WMP wird Rexrodt von BP dafür bezahlt, die Interessen des Konzerns durchzusetzen.



Deutscher Bundestag: Durchsetzt von Lobbyisten



„Das ist ein wirklich ärgerlicher Verstoß gegen die politische Hygiene“, wettet der damalige Chefredakteur der Financial Times Deutschland, Christoph Keese, später im Berliner Tagesspiegel. Doch der WMP schadet es nicht. Im Gegenteil. Auftraggeber BP darf am Ende das Tankstellennetz von Aral übernehmen, das mehr als 2.000 Straßentankstellen umfasste. Lord Browne war zufrieden mit der Arbeit von WMP und verlängerte damals den Vertrag.

Hilfe bei Formulierungen

Das Entstehen der Paragraphen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes dokumentiert die hohe Kunst des Lobbyismus. Unüberschaubar ist trotz höchster Diskretion der Einfluss der Konzerne und Verbände. Ein Blick hinter die Kulissen der Ministerialbürokratie vermittelt einen fast atemberaubenden Eindruck vom Spagat der Ministerialbeamten und des Ministers zwischen Unparteilichkeit und Abhängigkeit. Deutlich wird auch die Arbeitsteilung: Während der Minister mit den Konzernvorständen die Energiemarktreform grundsätzlich abstimmt, „helfen“ die Lobbyisten den Referenten im Wirtschaftsministerium bei der Formulierung wichtiger Paragraphen aus. Von den Interessen der zahlenmäßig am stärksten Betroffenen, den zig Millionen Haushalten, fehlt dort jede Spur.

So schickt der Generalbevollmächtigte von E.ON, Gert von der Groeben, bereits am 25. Juli 2003 eine 13 Seiten lange Replik zum streng geheimen Bericht an die Ministerialdirigentin Dorothee Mühl und an den energiewirtschaftlich federführenden Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch ins Wirtschaftsministerium, obwohl das „von unabhängigen Gutachtern erarbeitete Papier“, das der Bundesregierung als Grundlage für die Energiemarktreform dienen soll, offiziell erst am 31. August 2003 zugänglich ist (...).

Aber auch über ihre Verbände dringen die Unternehmen in das Ministerium. Nachzulesen ist das im Entwurf der Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen vom 20. April 2004. Dort werden die Spielregeln festgelegt, wer künftig zu welchen Konditionen die Leitungen nutzen darf. Unter „2. Abschnitt“ hat ein Ministeriumsmitarbeiter



Die Hannover-Connection und die FROG's (Friends of Gerd)

vermerkt: „Forderungen der Netzbetreiber ... bisher nicht berücksichtigt. Gespräch hierzu mit dem Verband der Netzbetreiber am 22. April 2004“. In der parallel dazu entworfenen Verordnung über die Ermittlung der Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen weist der Bearbeiter unter anderem auf die Urheber des Paragraphen 18 hin: „Vorschlag RWE“, „wörtlich RWE“, „fast wörtlich RWE“, „Zusatz RWE klären“. Besonders brisant ist daran, dass unter anderem gerade in diesem Paragraphen die künftige Ermittlung ebenjener Entgelte geregelt wird, von denen nicht nur das Bundeskartellamt annimmt, dass sie unrechtmäßig überhöht sind – und die Verbraucher bis zu 30 Prozent zu viel bezahlen.

Gewinne sprudeln

Verbraucher werden nicht zu Spitzengesprächen oder gar Rotweinrunden ins Kanzleramt geladen, obwohl sie die Zeche zahlen. Ob Ökosteuer, Ökoenergieausbau oder Emissionshandel: Immer garantiert die rotgrüne Regierung der (Groß-)Industrie finanzielle Erleichterungen, die zu Lasten privater Verbraucher, Mittelständler, Gewerbebetriebe und Dienstleister gehen, indem die gewährten Rabatte auf deren Gebühren draufgeschlagen werden.

Ist es ein Erfolg der rotgrünen Regierung, dass in ihrer Zeit die Gewinne der Energiekonzerne so sprudeln wie lange nicht? Ist es ein Erfolg des Wirtschafts- und Arbeitsministers, die Bedingungen für Energiekonzerne weiterhin so zu för-

dern, während diese Arbeitsplätze abbauen? Allein die deutschen Stromversorger strichen nach Angaben ihres Branchenverbandes zwischen 1991 und 2003 etwa 88.000 Arbeitsplätze.

Widerstand notwendig

Die in diesem Buch beschriebenen Fälle von Lobbyismus zeigen: Unternehmer und Top-Manager verändern Abläufe, sie zerstören Bestehendes, um etwas Neues, ihren Interessen Entsprechendes zu schaffen. In Berlin geht es jedoch nicht um irgendeinen Markt. Dort erobern und besetzen die Unternehmen den zentralen Marktplatz der Republik, jenen Ort, an dem wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen für 82 Millionen Menschen fallen.

Regierung, Parlament, Ministerien, Medien und Bürger müssen auf diese Entwicklung reagieren. Jenseits aller Sozialromantik braucht die Demokratie ein starkes Korrektiv zur wachsenden Ökonomisierung.

Die Lobbyisten der Zivilgesellschaft sind noch zu schwach oder einfach zu unprofessionell, im Stil der Wirtschaft vorbeugend „schädliche“ Gesetzesvorhaben zu beeinflussen und zu verhindern. Sie brauchen mehr Geld von denen, die sie vertreten: den Bürgern. Diese werden nur dann ihre Portemonnaies öffnen, wenn bei ihnen ein Bewusstsein dafür entsteht, was mächtige Interessenvertreter bewegen können. Dass jeder auch sein eigener Lobbyist ist. Erst dieser Umstand erklärt das heutige, manchmal übermächtige Gewicht der Wirtschaft in Berlin. ■



Wer ist der Gesetzgeber?

Der renommierte Energierechtler Dr. Peter Becker betitelte seinen Artikel in der „Zeitschrift für neues Energierecht“ mit der Überschrift: „Wer ist der Gesetzgeber im Energiewirtschaftsrecht“ (ZNER 2005, Heft 2, S. 108 ff). Wir zitieren wichtige Abschnitte aus dem Aufsatz.

Peter Becker beschreibt einleitend die Marktphasen nach der Liberalisierung im Jahr 1998: Nach einem kurzen Anspringen des Marktes kam es rasch wieder zu einem Einbruch, dessen Ursache die Monopolkommission in einer „wenig wettbewerbskonformen Ausgestaltung des elektrizitätswirtschaftlichen Ordnungsrahmens“ sah. Der Gesetzgeber hat versagt. Aber ist es wirklich der parlamentarische Gesetzgeber? Ist es nicht vielmehr die fehlende Distanz des Staates zur Branche, insbesondere zu den großen Energiekonzernen, die es in der Hand haben, ihr Leitungspersonal zu Ministern und Staatssekretären zu machen, es in die Parlamente entsenden, fertige Gesetzestexte einzureichen und in einem unglaublichen Ausmaß Einfluss auf den Verwaltungsvollzug nehmen – soweit noch nötig?

E.ON formuliert Ministererlaubnis

Deutlich geworden ist das bei der Erteilung der Ministererlaubnis zur Fusion E.ON/Ruhrgas, die das Bundeskartellamt zuvor untersagt hatte. Bundeswirtschaftsminister Dr. Müller musste sich wegen seiner Vergangenheit als Manager der VEBA, die im E.ON-Konzern aufgegangen ist, wegen Besorgnis der Befangenheit aus dem Verfahren zurückziehen. Sein Staatssekretär Dr. Tacke erteilte dann die Erlaubnis. Im Verfahren zeigte sich, dass E.ON massiv auf die Gestaltung der Ministererlaubnis Einfluss genommen hatte: so wurden etwa Auflagen zur Erlaubnis im Hause E.ON formuliert, ins Ministerium gebracht und dort wenig verändert in den Bescheid aufgenommen, was in den Anhörungen zur Ministererlaubnis und in den mündlichen Verhandlungen vor dem Kartellsenat des OLG Düsseldorf herauskam.

Bananenrepublik

Minister Müller wurde mit dem Vorstandsvorsitz der RAG belohnt, die zum

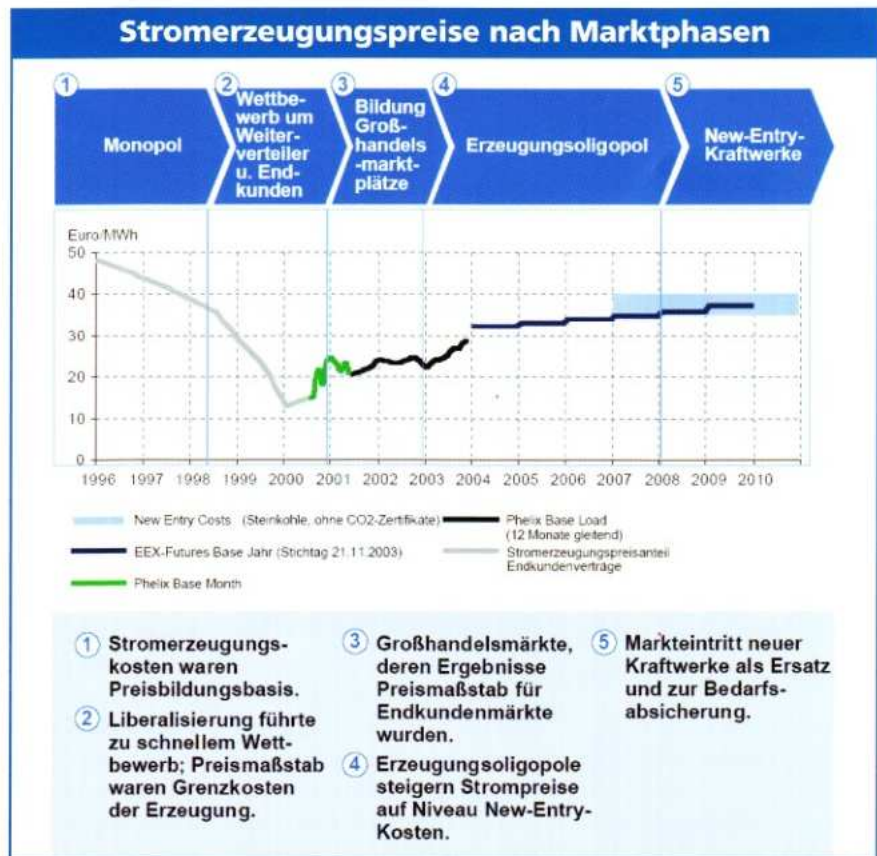
E.ON-Konzern gehört: Staatssekretär Tacke wurde Chef der STEAG. Dies prangerte der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Basedow, anlässlich der Feier zum 40. Geburtstag der Monopolkommission als „Verhältnisse wie in einer Bananenrepublik“ an. Staatssekretär Adamowitsch, der übrigens aus dem VEW kommt, war darüber so erregt, dass er seine Papiere zusammenpackte und auf die Begrüßungsansprache verzichten wollte. Er blieb aber doch und rechtfertigte die Vorgehensweise des Hauses als „Industriepolitik“.

kartellamt und Monopolkommission (und Bundesnetzagentur). Das passt irgendwie nicht (...).

E.ON-isierung des Gesetzes

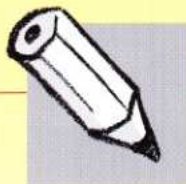
Ich versuche (...) zu zeigen, wie Gesetzgebungsprozesse so gestaltet werden, dass die Ergebnisse vor allem den Konzernen Freude machen (...).

Es muss noch viel passieren, um die Distanz des Staates zur Branche so zu fördern, dass der parlamentarische Gesetzgeber die ihm eigentlich zustehende Position wahrnehmen kann. Im Moment scheint



Hier scheint ein interessanter Dualismus auf: Das Bundeswirtschaftsministerium als Freund und Förderer der Industrie, aber auch als Hüter des Wettbewerbs, nämlich als Dienstherr für Bundes-

trotz der Erfolge der Opposition die „Eonisierung des Energiewirtschaftsgesetzes“ gelungen, wie Eingeweihte raunen. Deswegen sollte das Gesetz bald wieder angefasst werden.



**Zu ED 1/2005: Oliver Stens:
Nachtabenkung**

Meine Erfahrung in einem alten Haus – zwei Stockwerke – deckt sich mit der von Herrn Stens: mehr als 24 Stunden intensives Heizen sind nötig, um mein ausgekühltes Haus wieder normal zu erwärmen. Das kostet mehr als reduziert durchzuheizen.

Anneliese Nassuth, Amsterdam

**Zu ED 3/2005:
Kleinturbine macht Strom**

Da ich mich seit einiger Zeit mit dem Thema Kleinwindanlagen beschäftige, kann ich aus Erfahrung sagen, dass die vom Hersteller angegebene Leistung von ein kW bei zwölf m/s Windgeschwindigkeit unrealistisch ist. Das entspricht jedoch der Vermarktungs-Strategie fast aller Hersteller in diesem Segment. Die Nennlei-

Arbeit jährlich in einem Fünftel ihres Kehrbezirks alle Zentralheizungen auf die Mindestanforderungen nach EnEV. Durch diesen Synergieeffekt konnten den Bayerischen Staatsbürgern etwa 2/3 der Kosten erspart werden (ca. 34 Millionen Euro), die durch einen externen Vollzug angefallen wären. Überraschenderweise wurden an über zehn Prozent der Anlagen Mängel festgestellt, die bereits bis zum 31. Dezember 1997 nach der Heizungsanlagenverordnung abgestellt hätten sein müssen. Zukünftig bringen die 200.000 nachgerüsteten Regelungen und über 40.000 neue Heizungen eine Energieeinsparung von etwa 280.000.000 kW/h und circa 65.000 Tonnen CO₂ jährlich. Eigentlich schade, dass dieses Potenzial in den anderen 15 Bundesländern nicht ausgeschöpft wird.

Herbert Wazula, Dingolfing

Nachtstrom

Ich versuche seit einiger Zeit Informationen zu erhalten über die unverhältnismäßige Erhöhung der Preise für unseren Nachtstrom hier in Baden-Württemberg durch die SÜWAG von 204 zu 2005 von 38 Prozent. Allgemein ist das vielen überhaupt noch nicht aufgefallen. Denn es gibt überhaupt keine Reaktionen darauf.

Hans-Jürgen Nungesser

Die Firma E-DIS EON hat uns diese Woche angekündigt, dass sie für alle Kunden ab dem 1. Januar 2006 den Nachtstromtarif um 25 Prozent! erhöhen wird. Wer nicht einverstanden ist, wird gekündigt. Diese Erhöhung ist angeblich nicht genehmigungspflichtig! Das Unternehmen ist Monopolist mit

eigenem Versorgungsgebiet in Brandenburg. Das ist Kapitalismus pur!

Alexander Giese, Darmstadt

**Zu ED 2/2004:
Autogas oder Erdgas**

Angeregt durch ihre Berichte in der Energiedepesche von Juni dieses Jahres über Erd- und Flüssiggas bin ich auf für mich als Laien erstaunliche Informationen gestoßen, die mich daran zweifeln lassen, ob Erdgas wirklich ein so umweltfreund-

Dieser aufwendige Kompressionsvorgang wird durch große Kompressoren erreicht, deren Antriebsmotoren einen Energieverbrauch von 20 bis 40 Kilowattstunden haben. Um den Tankvorgang für den Autofahrer nicht unerträglich lang zu gestalten, komprimieren diese Kompressoren das Erdgas zuvor in einen Pufferspeicher sogar um das 600-fache auf 300 bar, damit beim Tankvorgang durch das Druckgefälle der Autotank schnell mit einem Druck von 200 bar gefüllt werden kann.



Ist die Umrüstung auf Erdgas wirklich sinnvoll?

licher Brennstoff zum Antrieb von Fahrzeugen ist oder nur eine entsprechend interessierte Lobby dies aus wirtschaftlichen Gründen so darstellt.

Faktenlage:

Erdgas wird durch die benötigten Leitungen mit einem Druck von 0,5 bar zum Kunden befördert. Anders als bei der Verbrennung zum Heizen von Räumen muss dieses Erdgas, wenn ein Kfz damit angetrieben werden soll, in einen Tank abgefüllt werden. Um entsprechende Gasmengen zu bevorraten und damit analoge Reichweiten zu erzielen, muss das Erdgas im Autotank um das 400-fache von 0,5 bar auf 200 bar verdichtet werden.

Die thermische Abwärme in den Kompressorstationen soll übrigens so enorm hoch sein, dass zur Kühlung der Räume und damit zur Verhinderung thermisch bedingter Ausfälle der Kompressoren zusätzlich Klimageräte mit sicherlich auch nennenswerten Energieverbräuchen eingesetzt werden.

Bernd Pfeifer, Hückelhoven

**Zu ED 3/2005:
Elektrosmog durch PV?**

Ich hatte die Gelegenheit, bei einer Mobilfunk-Veranstaltung einen Hochfrequenztechniker zu sprechen, der auch eine Ausbildung als Baubiologe hat, und bei einer größeren Firma

**AUF DIESEN SEITEN SOLLEN SIE ALS
LESER ZU WORT KOMMEN:**

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor.
Also greifen Sie gleich zur Feder.

stungen von Kleinwindanlagen sollten deshalb kritisch hinterfragt werden. Ein Link dazu: <http://kleinwindanlagen.de/html/tipps.html>

**Zu ED 3/2005:
Mehr als kehren**

Hier hat das Bayerische Staatsministerium eine Überprüfung der Anforderungen nach § 11 und 12 der EnEV angeordnet. Die bayerischen Kaminkehrer überprüfen während ihrer täglichen

für Mobilfunk zuständig ist, das Thema „Wechselrichter für PV-Anlagen“ vorzubringen. Er ist auch auf diesem Gebiet bewandert und empfahl, da alle Wechselrichter in gesundheitlicher Hinsicht nicht unbedenklich sind, einen Abstand zwischen Wechselrichter und dem Aufenthalt von Menschen von fünf Metern einzuhalten!

Ich selbst habe eine kleine PV-Anlage und bin keineswegs ein Gegner dieser umweltfreundlichen Technik. Doch erforderliche Maßnahmen sind zu berücksichtigen!

Anton Geraty, Bodnegg

Zu ED 3/2005: Neues Energiewirtschaftsgesetz

Das neue Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 gibt mir, dem Anschlussnehmer, in § 21 b das Recht, den Einbau, den Betrieb und die Wartung der Messeinrichtungen (Stromzähler) von einem Dritten (Messstellenbetreiber, Messdienstleister) durchführen zu lassen. Weiteres steht in § 18 bis 20 der Stromnetzzugangsverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2243).

Ich will von diesem Recht Gebrauch machen, konnte aber bisher keinen „Dritten“ finden. Wie und wo finde ich diesen „Dritten“? Ich habe schon im Internet gesucht.

Ich habe gestern und heute mit Dienstleistern telefoniert, welche das schon bisher im Auftrag der Stromversorger machen. Sie sind alle nicht bereit, diese Dienstleistung auch für „die andere Seite“ zu erbringen, da sie Angst haben, ihre bisherigen Kunden zu verlieren. Natürlich ist keiner bereit, mir irgendetwas Schriftliches zu geben. Nachdem die „Strommafia“ diesen Paragra-

fen nicht verhindern konnte, verhindern sie es jetzt auf diese Weise. Was nützt mir ein Recht, welches mir in einem Gesetz zugestanden wird, wenn ich es praktisch nicht ausüben kann?

Gerd Klaus Hafenbrack

Heizungspumpen

Ich habe bei mir zu Hause, bei Kollegen und kürzlich auch im Falle einer ganz neu eingebauten Gas-Etagenheizung die Beobachtung gemacht, dass Zirkulations- und Umwälzpumpen für das Heizungswasser auch dann ständig laufen, wenn die Heizung gar nicht läuft, insbesondere während des Absenkens zur Nacht oder auch während der Sommerzeit. Wie ist denn so etwas möglich angesichts ständiger Appelle zur Energieeinsparung? In den mir bekannten Fällen waren immerhin Fachfirmen für den Einbau der Heizungsanlagen verantwortlich und reagierten auf einen entsprechenden Vorhalt sogar zum Teil mit Unverständnis.

Ich vermute, dass hier hochgerechnet auf ganz Deutschland ganz erhebliche Energiemengen regelrecht für nichts verpulvert werden. Infolgedessen dürfte sich ein ganz beträchtliches Strom-Einsparpotenzial ergeben, wenn solche

Pumpen so geschaltet werden, dass sie nur laufen, wenn dies auch wirklich notwendig ist. Hier erscheint mir bei den Installateuren ein enormer Fortbildungsbedarf zu bestehen.



Installateure mit Fortbildungsbedarf

Ich kann nur die Anregung geben, diese Problematik immer wieder aufzugreifen und öffentlich zu machen, um so weitere Energie einzusparen.

Ich habe mir bei der Zirkulationspumpe so geholfen, dass ich diese über eine Wochen-Zeitschaltuhr laufen lasse und

an der Rücklaufleistung im Keller ein Rohrthermostat angelegt habe, das die Pumpe bei etwa 30 Grad Celsius wieder ausschaltet. Gerade bei Etagen-Heizungen reicht es völlig aus, wenn die Kesselpumpen nur bei Brenneraktivität laufen und in der übrigen Zeit, auch während der Absenk- und Sommerpause stillstehen.

Helmut Domann, Taunusstein

Flüssiggas fehlt

Ich finde die Beiträge in Ihrer Energiedepesche sehr wertvoll und informativ, aber bedauere sehr, dass Informationen bezüglich Flüssiggas kaum vorhanden sind, weil Sie sich fast ausschließlich mit Strom und Gas beschäftigen.

Ich bitte Sie in Zukunft auch den Informationsbedarf von Millionen von Flüssiggaskunden zu bedienen.

Dipl.-Ing. L. Nagy, Mintrachin

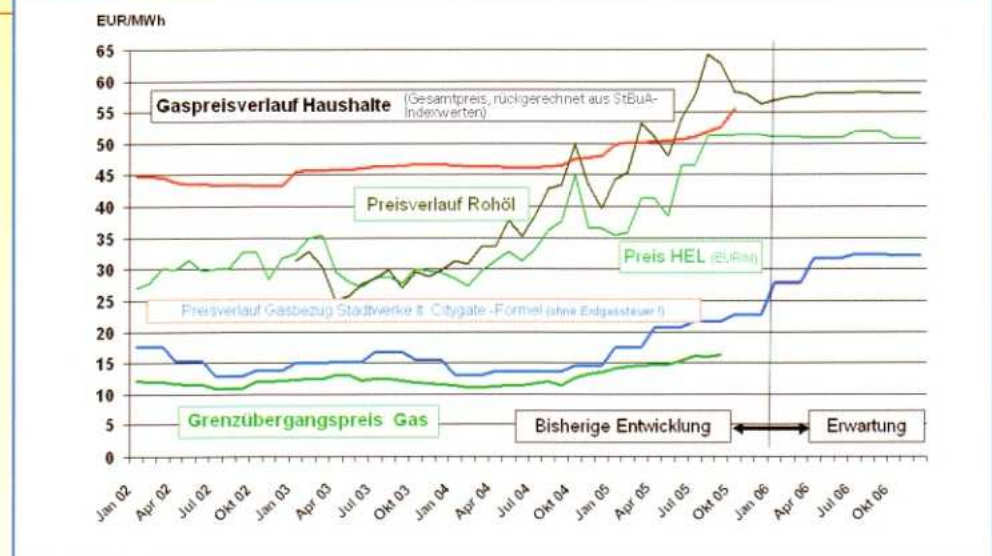
Biomasse günstiger

Könnte es sein, dass Sie etwas übersehen haben?

Mit Gas aus Biomasse lassen sich die heutigen Gaspreise mühelos unterbieten. Weil die Biomasse aus der Region kommt, sind auch Kriege um Öl überflüssig.

Karl-Heinz Tetzlaff

Öl- und Gaspreisübersicht





Waschmaschinen ans Warmwasser

Zum Waschen braucht man rund 50 Liter Wasser. Der Großteil dient zum Ausspülen der Waschlauge. Nur zehn Liter werden erwärmt. Trotzdem braucht eine Waschmaschine etwa die Hälfte des Stroms beim 30 Grad Programm für das Heizen, bei der 60 Grad-Wäsche sind es sogar drei Viertel. Will man diesen Strom sparen, muss man sein solar-, gas- oder öl-betriebenes Warmwassernetz anzapfen. Da Hausgeräte standardmäßig bisher noch keinen entsprechenden Anschluss haben, kann man sich mit etwas Geschick selbst behelfen.

Wer den Heizstab seiner Waschmaschine künftig entlasten will, muss ein paar Dinge beachten. In der Nähe der Waschmaschine (maximal fünf Meter entfernt) muss ein Warmwasseranschluss vorhanden sein. Damit fallen bereits alle Maschinen weg, die im Waschkeller aufgestellt sind.

Häufig ist ein benachbarter Anschluss auch bereits belegt. Meist kommt aus der Wand ein einfaches Eckventil und versorgt das Waschbecken oder die Spüle. Um dort die Waschmaschine zusätzlich anzuschließen, wird ein Anschluss mit zwei Abgängen benötigt.

Am einfachsten ist es, das normale Eckventil durch ein Warmwasser-Doppel-Eckventil auszutauschen. Man bekommt es für etwa 25 Euro im Baumarkt oder Sanitärhandel. Es ist leicht mit einer Wasserpumpenzange zu montieren und mit Teflonband abzudichten. Ein freundlicher Nachbar hilft bestimmt gern dabei, vor dem Umbau den Hauptwasserhahn zuzudrehen und am Ende alles auf Dichtigkeit zu prüfen.

Je seltener gewaschen wird und um so niedriger die Waschttemperaturen sind, desto weniger lohnt sich der Aufwand. Denn wer nur wöchentlich eine Maschine mit 30 Grad wäscht, müsste theoretisch

40 Jahre waschen, bis er seine Ausgaben für ein Vorschaltgerät eingespart hat.

Der Umbau lohnt sich auch nur dann, wenn beim Aufdrehen des Warmwasserhahns spätestens nach vier Litern warmes Wasser fließt. Eine Zirkulationspumpe zur Abhilfe in Betrieb zu nehmen wäre wegen Verlusten und Pumpenstromverbrauch meist kontraproduktiv.

Kosten und Aufwand	
Mischarmatur	55 Euro + 1 Std.
Selbstbau-Variante	55 Euro + 5 Std.
Profi-Vorschaltgerät	325 Euro + 1 Std.
Gießkanne	5 Euro

Sind alle Voraussetzungen erfüllt und ein Umklemmen lohnt sich, gibt es nun verschiedene Möglichkeiten:

Einfache Lösung mit Mischbatterie

Wo ein unbenutzter Warm- und Kaltwasser-Anschluss in gut bedienbarer Höhe vorhanden ist, kann eine Einhand-Mischarmatur eingesetzt werden. Beim Starten des Waschprogramms wird der Hebel für Warmwasser nach links gedreht. Einige Minuten später dann wieder zurück auf Kaltwasser nach rechts. Doch Vorsicht: Diese Variante erfordert stete Aufmerksamkeit und ein hohes Energiesparbewusstsein. Es besteht die Gefahr, dass der Hebel auf Warmwasser stehen bleibt und unbeabsichtigt alle Spülgänge mit Heißwasser erfolgen. Es gibt bekanntlich sogar Fälle, wo die Toilettenspülung jahrelang unbemerkt am Warmwasser hing.

30-Euro-Selbstbau-Gerät

Bastelfreudige Menschen können eine Umschalt-Automatik von Warm auf Kalt selbst bauen. Für einen Bekannten baute ich vor etwa einem Jahr ein einfaches Vor-

schaltgerät. Ich verwendete als Material eine Zeitschaltuhr aus einer kaputten Mikrowelle, zwei Waschmaschinenventile, ein Heißwasserschlauch, ein Gehäuse und ein wenig Verbindungsmaterial. Mit diesen Komponenten kann man ein solches Gerät in etwa vier Stunden bauen.

Profi-Vorschaltgeräte

Die oben beschriebene Lösung läuft nach dem Prinzip: Entweder warm oder kalt. Will man aber eine ganz bestimmte Einlauftemperatur haben, braucht man einen Regelkreis, in dem Kalt- und Warmwasser entsprechend gemischt werden. Dass ein Sparpotenzial vorhanden



Profi-Vorschaltgerät

ist, zeigt sich daran, dass sich diese relativ kostspieligen Profi-Geräte nach vier bis acht Jahren amortisieren. Wer also seine Samstage nicht im Bastelkeller verbringen will, ist mit einem solchen Vorschaltgerät gut beraten.

Gießkanne

Und wem all diese Vorschläge zu kompliziert, zu teuer oder nicht möglich sind, dem kann ich die Gießkannen-Methode empfehlen. Jede Gießkanne mit heißem Wasser spart vor Waschbeginn in die Maschine gefüllt immerhin zehn Cent Strom. Das sind pro Haushalt etwa 20 Euro jährlich. ■

Oliver Stens



Selbstbau-Vorschaltgerät:
Eine genaue Bauanleitung und
ein Erfahrungsbericht sind im Internet
verfügbar unter 1350*



Warmwasser marsch!

Ein Plädoyer für Anschlussfreiheit

An Spül- und Waschmaschinen sucht man meist vergeblich nach dem Hinweis, dass die Geräte ans Warmwasser angeschlossen werden dürfen. Obwohl zahllose Geräte schon jahrelang problemlos so betrieben werden, sind Hersteller oft skeptisch und schränken die Gewährleistung ein. Der Bund der Energieverbraucher hat nun alle Hausgerätehersteller aufgefordert, künftig nur noch Wasch- und Spülmaschinen auf den Markt zu bringen, die an Warmwasser angeschlossen werden dürfen und für diese Option zu werben.

Heide S. gehört zu den etwa 500.000 Haushalten in Deutschland mit einer thermischen Solaranlage auf dem Dach. Sie freut sich im Sommer über die kostenlose Warmwassererzeugung. Zwölf Jahre lang versorgte sie mit dem so erwärmten Wasser auch ihre Waschmaschine über ein Vorschaltgerät. Als die Maschine vor kurzem kaputt ging, entschied sie sich für ein neues Markengerät mit niedrigen Verbrauchswerten. Doch als sie die Maschine anschließen wollte, wurde sie durch die Angabe auf dem Zulaufschlauch „Max 25° C“ verunsichert. Sie erkundigte sich beim Hersteller, ob der Schlauch auch für solar erwärmtes Wasser geeignet sei, und wenn nicht, ob ein anderer Wasserzulaufschlauch erhältlich sei.

Für Warmwasser nicht geeignet?

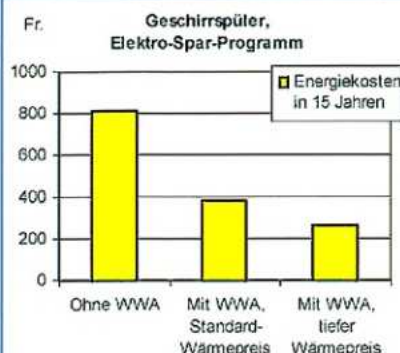
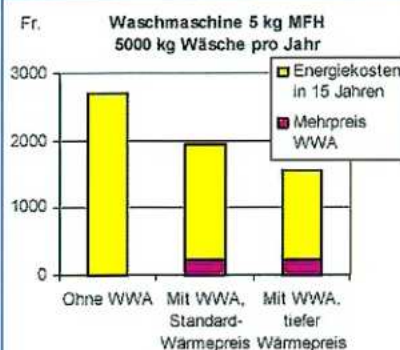
Mit Hinweis auf die Gebrauchs- und Aufstellanleitung wurde ihr mitgeteilt, dass ihr Gerät nur für den Anschluss an kaltes Trinkwasser vorgesehen sei. Bei einer hohen Zulauftemperatur könne die Steuerung aussetzen und Störungen im Programmablauf sowie Folgefehler hervorrufen (Wäscheschäden, Wäsche wird nicht sauber).

Ein weiteres Nachhaken beim Hersteller brachte keine andere Nachricht. Auch der Händler konnte nicht weiterhelfen.



Warnung auf dem Zulaufschlauch

Sinkende Energiekosten



Frau S. ärgerte sich sehr. Sie wollte nicht glauben, dass in eine Maschine, die Wasser auf 90 Grad aufheizen kann, nicht gleich warmes Wasser einlaufen darf.

Große Einsparmöglichkeiten

Einem geringen Mehraufwand beim Materialeinsatz und Fertigungsmethode stehen beachtliche Energiekosteneinsparungen gegenüber: bei Waschmaschinen zwischen 25 und 50 Prozent, bei Spülmaschinen sogar zwischen 50 und 75 Prozent Einsparungen.

„Alle Geräte unserer Marke sind für den Anschluss ans Warmwassernetz geeignet“, ein Werbeslogan, der sich gut vermarkten ließe.

Oliver Stens ■

Der Betrieb von Spül- und Waschmaschinen am Warmwassernetz ist meist günstiger als am normalen Kaltwasserhahn.
Quelle www.topten.ch

Änderung notwendig

Dem Bund der Energieverbraucher erscheint die Nutzung von Warmwasser insbesondere bei Wasch- und Spülmaschinen energieeffizient, umweltbewusst und zukunftsträchtig. Bislang gibt es kaum Hersteller, die mit der Anschlussmöglichkeit an Warmwasser werben. Dabei besteht eine große Nachfrage nach solchen Geräten. Vor dem Hintergrund großer Energiekosteneinsparungen setzt sich der Bund der Energieverbraucher für die Einführung eines neuen Standards ein und will durch Aufklärung die Nachfrage entsprechend ankurbeln. Ähnlich wie er vor 15 Jahren mit der Forderung nach verbrauchsarmen Geräten das heutige Bewusstsein geprägt hat, soll auch hier eine Initialzündung gegeben werden.

Deswegen hat der Bund der Energieverbraucher alle Hersteller aufgefordert, den Warmwasseranschluss künftig zu propagieren, statt ihn zu erschweren, und künftig alle Geräte warmwasseranschlussfähig zu bauen.

Der Verein unterbreitete den Herstellern Vorschläge, wie sich Bedenken wie Wäscheschäden, schlechteres Waschergebnis, Störungen und Materialprobleme ausräumen lassen.

Der Bund der Energieverbraucher wird in den nächsten Ausgaben über die Reaktion der Hersteller berichten.



Ihren Energie-Ausweis bitte!

*Bis zum 4. Januar 2006 muss er da sein: der Wärmepass.
Das schreibt die EU-Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz vor. Die Energiedepesche informiert über den aktuellen Stand der Diskussion.*

Wie der Energieausweis nun genau aussehen wird, weiß derzeit noch niemand ganz genau. Nicht einmal Michael Halstenberg, zuständiger Abteilungsleiter im Bundesbauministerium. Auf der 8. Jahrestagung „Energieeffizienz in Wohngebäuden“ in Berlin zeigte er, wohin die Überlegungen gehen. Die Entscheidungen trifft die neue Regierung, die erst Anfang Dezember 2005 an den Start geht.

Die EU-Kommission legt großen Wert auf eine termingerechte Umsetzung der Richtlinie und hat schon vor Ablauf der Frist bei den Regierungen der Mitgliedsländer nach dem Stand der Dinge gefragt. Man erhofft sich durch sinkende Energieverbräuche eine geringere Abhängigkeit von Energieimporten und eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung.

Trotz der Ungewissheit: Über viele wesentliche Punkte herrscht bereits Einvernehmen:

- Deutschland wird nicht über die **Mindestanforderungen** der Richtlinie hinausgehen. Diese fordert für den Energieausweis ein transparentes Verfahren, die Angabe von Referenzwerten, also Vergleichskennwerte, sowie Empfehlungen für kostengünstige Maßnahmen zur Effizienzverbesserung. Die Energieausweise müssen für alle Neubauten sowie bei Verkauf und Neuvermietung von Bestandsgebäuden beziehungsweise Wohnungen ausgestellt werden.



Michael Halstenberg, Abteilungsleiter im Bundesbauministerium

So könnte der Energiepass aussehen ...

- Der Energieausweis wird nicht von Firmen oder Institutionen, sondern stets von **Experten** ausgestellt. Mit den Bundesländern wird derzeit ein „Vier-Säulen-Modell“ diskutiert, wer die Ausweise ausstellen darf. Im Gespräch sind:
 - Bauvorlagenberechtigte Diplomingenieure,
 - nicht bauvorlagenberechtigte Diplomingenieure mit Ausbildungsschwerpunkt energiesparendes Bauen,
 - übrige Diplomingenieure mit zusätzlicher Berufserfahrung,
 - übrige Personen mit Fortbildung, die in einer Liste aufgeführt sind.
- Für **größere Mietwohngebäude** wird der Energieausweis auf Verbrauchskennwerten basieren, die ohnehin aus der Heizkostenabrechnung bekannt sind. Die Modernisierungsempfehlungen müssen ergänzt werden. Die Kosten für den Wärmepass ohne Modernisierungshinweise liegen zwischen zehn und 20 Euro. Die eingetragenen Werte sind

einfach nachvollziehbar und können Mängel im Betrieb oder ungünstiges Nutzerverhalten aufdecken.

- **Ein- und Zweifamilienhäuser** und **kleine Mehrfamilienhäuser** benötigen zusätzlich Bedarfskennwerte. Denn dort spielt das Nutzerverhalten eine größere Rolle. Die Kosten für entsprechende Gutachten liegen laut Dena-Feldversuch in 65 Prozent der Fälle unter 300 Euro. Über den wirklichen Heizenergieverbrauch erlauben die Bedarfskennwerte keine Aussage. Um überflüssigen Mehraufwand zu vermeiden, wird es ein „vereinfachtes Verfahren“ geben, in dem der Nutzer vorliegende Daten selbst eingeben kann.
- Der Energieausweis wird für alle Gebäude **gleich** aussehen. Jedoch werden nicht für jedes Gebäude alle Merkmale berechnet und eingetragen. Für größere Mietgebäude wird kein Bedarfskennwert eingetragen, für Einfamilienhäuser entfällt gegebenenfalls der Verbrauchskennwert.

Gemäß §17 Energieeinsparverordnung (EnEV) für Wohngebäude

3

kWht/(m²a)

EnEV 2006 Gebäudebestand*

Warmwasserverbrauch berücksichtigt: ☒ ja ☐ nein

Erzeuger	Abrechnungszeitraum		Brennstoffmenge	Einheit	Prozentanteil WW	Klimafaktor	Energieverbrauchskennzahl (kWh/m²a) (zeitlich bereinigt, klimabereinigt)		
	von	bis					Heizung	Warmwasser	Kennwert
						Summe			

* veröffentlicht für verschiedene Gebäudekategorien im Bundesanzeiger durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, der Wert „EnEV 2006 Gebäudebestand“ entspricht einem um 40% erhöhten Neubauwert, der Wert „Grenzwert für Energieverbrauchskennwerte“ entspricht einem um 80% erhöhten Neubauwert.

... und so

- Der Energieausweis kann eine detaillierte Untersuchung vor einer anstehenden Sanierung nicht ersetzen.
- Der Energieausweis hat nur eine informative Funktion. Der Verordnungsgeber verbindet mit dem Energieausweis keine Modernisierungs- oder Sanierungsverpflichtung. Als Information kann der Energieausweis durchaus Gegenstand privatrechtlicher Vereinbarungen zum Beispiel in Kauf- oder Mietverträgen sein.
- Der Energieausweis wird vermutlich zehn Jahre gültig sein.

Unklar ist noch, wo die Grenze zwischen großen und kleinen Gebäuden gezogen wird. Ebenso wenig steht bislang fest, wie das vereinfachte Verfahren im Detail aussehen wird.

Wie viele Pässe werden gebraucht?

In Deutschland gibt es 17,6 Millionen Wohngebäude und 38,6 Millionen Wohnungen. 21 Millionen Wohnungen sind vermietet, davon 14 Millionen von privaten Eigentümern und sieben Millionen von Wohnungsgesellschaften. Von den



Der Energiepass muss Empfehlungen zu effizienzverbessernden Maßnahmen enthalten

17 Millionen selbst genutzten Wohnungen entfallen elf Millionen Wohnungen auf selbst genutzte Einfamilienhäuser und sechs Millionen auf Eigentumswohnungen.

Gibt es genügend Experten?

Das Bremer Energieinstitut hat in einer Studie untersucht, ob es in Deutschland genügend qualifizierte Fachleute für die Umsetzung der Richtlinie gibt. Im Jahr 2006 entsteht der höchste Bedarf von 2,7 Millionen neuen Energieausweisen, da im ersten Jahr die meisten Energieausweise neu erstellt werden müssen: Jährlich werden circa 400.000 Gebäude verkauft, 2,1 Millionen Gebäude werden neu vermietet, davon 1,1 Millionen Gebäude mit drei und mehr Wohnungen, 160.000 Gebäude werden neu gebaut. Für normale Wohngebäude gibt es laut Studie keine Engpässe, wohl aber für Gebäude mit besonderer technischer Ausstattung, zum Beispiel Büro- und Fabrikgebäude. *ap* ■

SPAR-STEUERUNG
für Waschmaschinen

**WASSER, ENERGIE
UND CHEMIE SPAREN...**

MS1002

**Die ideale Ergänzung für
Ihre Solaranlage**

hilft Energie und Chemie auf intelligente
Weise zu sparen.

Bei der MS1002 führen Sie über die
SOLARANLAGE ökologisch erwärmtes
Wasser zu und minimieren so den
Energieverbrauch jeder Waschmaschine.

Martin
ELEKTROTECHNIK

Buchwaldstr. 53 • D-97769 Bad Brückenau
Tel. 09741/2555 • Fax 09741/5343
e-mail: martin@esra.de • www.ms1002.de



Triumph vor dem Bundesgerichtshof

Preisklauseln in Flüssiggasverträgen sind für die Verbraucher oft nicht nachvollziehbar und können sie durch überzogene Preisfestsetzungen benachteiligen. Deshalb ist der Bund der Energieverbraucher e.V. gegen solche Preisklauseln gerichtlich vorgegangen.

Am 21. September 2005 hat der Verbraucherverein vor dem Bundesgerichtshof gegen einen Flüssiggasanbieter gesiegt.

Der Bundesgerichtshof gab den Energieverbrauchern recht: Am 21. September 2005 wiesen die Karlsruher Richter die Revision der Scharr KG zurück (Urteil vom 21. September 2005, Az: VIII ZR 38/05).

Damit hat der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts Stuttgart (Urteil vom 13. Juli 2004, Az: 20 O 234/04) und des Oberlandesgerichts Stuttgart (Urteil vom 18. Januar 2005, Az: 2 U 134/04) bestätigt.

Der Bund der Energieverbraucher e.V. hatte gegen eine unzulässige Preisgleitklausel in den Lieferverträgen für Flüssiggas der Firma Scharr KG geklagt. Derartige Klauseln dürfen Verbraucher nicht benachteiligen. Überdies müssen sie klar und nachvollziehbar gestaltet sein (BGB § 307).

Diesen Erfordernissen entsprach die bestrittene Klausel nicht. Sie darf künftig nicht mehr verwendet werden: „Wenn sich nach Abschluss des Vertrages die Gestehungspreise für Flüssiggas, die Material-, Lohn-, Transport- und Lagerkosten



Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe gab den Energieverbrauchern recht.

Gerichtsverfahren gegen weitere Flüssiggasunternehmen laufen.
Weitere Informationen unter 1521*

oder die Mineralöl- beziehungsweise Mehrwertsteuersätze ändern, kann Scharr im Umfang der Veränderungen dieser Kostenfaktoren pro Liefereinheit den vorstehend angegebenen derzeitigen Gaspreis ändern. Wenn sich die vorgenannten Kosten ermäßigen, kann der Kunde die Neufestsetzung des Preises im Rahmen der Veränderungen der Kostenfaktoren verlangen.“

Wegen unzulässiger Preisgleitklauseln in Flüssiggasverträgen hat der Bund der Energieverbraucher e.V. bereits rechtskräftige Urteile erwirkt gegen

- die Firma Tyczka Totalgaz GmbH (Landgericht München, Urteil vom 16. Dezember 2004, Az 12 O 16429/04 und Landgericht München I Urteil vom 23. September 2004, Az: 12 O 12199/04, Landgericht Leipzig Urteil 24. Juni 2004, Az: 10 O 694/04),
- Westfalen AG, (Urteil des Landgerichts Dortmund vom 2. Oktober 2003, Az 8 O 296/03).
- Nach zweijähriger Verfahrensdauer hat der Bund der Energieverbraucher e.V. gegen die Firma Rheingas GmbH & Co KG in einer Klage vor dem Landge-

richt Köln obsiegt (Urteil vom 6. Juli 2005, Az: 26 O 25/04). Gegen das Urteil wurde Berufung beim Oberlandesgericht Köln eingelegt.

Aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs Revisionssache Scharr KG vom 21. September 2005, Az: VIII ZR 38/05:

Kostenelementeklauseln, die wie die hier in Rede stehende Klausel eine Preis-anpassung wegen und auf der Grundlage sich verändernder Kosten vorsehen, sind im Grundsatz nicht zu beanstanden. Sie sind ein geeignetes und anerkanntes Instrument zur Bewahrung des Gleichgewichts von Preis und Leistung bei langfristigen Lieferverträgen. Kostenelementeklauseln dienen dazu, einerseits dem Ver-



Aktuelle Klimadaten

Referenzstation	August 2005		September 2005		Oktober 2005	
Mitteltemperatur in °C	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre
1 Hamburg	16,6	19,1	15,8	14,8	11,8	10,1
2 Garm.-Partenkirchen	14,3	17,4	1,7	12,5	8,8	9,3
3 Ingolstadt	16,2	19,3	15,3	13,7	10,6	9,7
4 Mannheim	18,6	21,9	17,9	16,6	12,6	12,4
5 Potsdam	17,0	19,8	15,6	14,6	11,4	9,8
6 Stolberg	13,9	17,2	13,0	12,1	9,6	8,2
7 Mülheim	15,9	19,2	16,3	15,1	13,5	11,6
8 Hammelburg	16,3	19,4	15,0	13,8	10,7	9,8
9 Hof	14,4	17,1	13,6	11,7	9,5	8,0
10 Mainz	17,4	20,1	16,6	14,9	11,6	10,7
11 Wolfsburg	17,0	19,3	16,4	14,7	11,8	10,3
12 Chemnitz	15,6	18,4	15,3	13,4	11,4	9,7
13 Baltrum	16,3	18,9	15,9	15,6	13,0	11,2
14 Freiburg	17,5	20,7	16,6	15,7	12,1	12,2
15 Juliusruh	17,1	18,9	16,4	15,5	12,4	10,6
Durchschnitt	16,3	19,1	15,6	14,3	11,4	10,2



Wetterschaden?



Eine Auskunft klärt's.

wetter'Service

gutachten@meteocontrol.de
www.meteocontrol.de

mc meteo control
Energie&WetterService

meteocontrol GmbH | Städterstraße 11 | D-86152 Augsburg |

phone +49 (0) 821 / 346 66-0

fax +49 (0) 821 / 346 66-11

e-mail info@meteocontrol.de

web www.meteocontrol.de

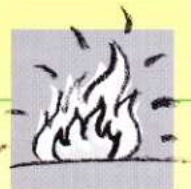
wender das Risiko langfristiger Kalkulation abzunehmen und ihm seine Gewinnspanne trotz nachträglicher, ihn belastender Kostensteigerung zu sichern, und andererseits den Vertragspartner davor zu bewahren, dass der Verwender mögliche künftige Kostenerhöhungen vorsorglich schon bei Vertragsschluss durch Risikozuschläge aufzufangen versucht (Senat, Urteil vom 12. Juli 1989 – VIII ZR 297/88, WM 1989, 1729 = NJW 1990, 115 unter II 2 b).

Wird die Preisanpassung auf der Grundlage der Entwicklung von Kostenelementen herbeigeführt, so darf die Regelung andererseits aber – bei Meidung ihrer Unwirksamkeit nach § 307 BGB – nicht zu einer ausschließlichen oder überwiegenden Wahrung der Verwenderinteressen führen. Die Schranke des § 307 BGB wird nicht eingehalten, wenn die Preisanpassungsklausel es dem Verwender ermöglicht, über die Abwälzung konkreter Kostensteigerungen hinaus den zunächst vereinbarten Preis ohne jede Begrenzung

anzuheben und so nicht nur eine Gewinnschmälerung zu vermeiden, sondern einen zusätzlichen Gewinn zu erzielen (Senat aaO m.w.Nachw.).

Diesen Anforderungen an den Inhalt einer zulässigen Kostenelementeklausel hält die von der Beklagten verwendete Preisänderungsklausel nicht stand.

- Die Klausel koppelt die Preisänderung an die Entwicklung bestimmter Betriebskosten, die die Kunden der Beklagten nicht kennen und nicht in Erfahrung bringen können.
- Ferner fehlt es an einer Gewichtung der einzelnen Kostenelemente im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Kalkulation des Gaspreises.
- Schließlich erlaubt die Klausel der Beklagten eine Preiserhöhung auch dann, wenn nur einer der aufgeführten Kostenfaktoren sich nach oben verändert hat, die Gesamtkosten wegen eines Kostenrückgangs in anderen Bereichen aber nicht gestiegen sind.



Österreich

Anbieterwechsel möglich

Würde Margret Putz nicht in Hamburg, sondern in Wien wohnen, könnte sie viel Geld sparen – rund 148 Euro im Jahr. Anders als in Deutschland, ist der Gasmarkt in der Alpenrepublik nämlich auch für Haushaltskunden seit zweieinhalb Jahren völlig liberalisiert, wie es ein EU-Beschluss vorschreibt. Christian Schönbauer aus Nussdorf bei Wien zum Beispiel kann deshalb frei wählen, von welchem Anbieter er sein Gas bezieht. Noch wichtiger: Er kann diesen jederzeit auch wechseln. Vor acht Monaten hat der Wiener Christian Schönbauer einen Gas-Anbieter gewechselt, nachdem sein bisheriger Versorger

seine Preise erhöht hatte. Durch den Wechsel spart Christian Schönbauer immerhin rund 160 Euro im Jahr.

Neben der freien Wahl des Anbieters ist in Österreich auch die Preisbildung deutlich transparenter. Die Anbieter müssen auf ihren Gasrechnungen getrennt ausweisen, welcher Anteil auf die reinen Energiekosten entfällt, auf welche Höhe sich das so genannte Netzentgelt beläuft und wie hoch der Anteil für Steuern ist (Erdgasabgabe und Mehrwertsteuer).

Schließlich überwacht die Regulierungsbehörde „E-Controll“ den Teil der Preisfestsetzung, der auf das Netzentgelt entfällt. Es wird vermutet, dass in Deutschland auf dieser Stufe mitunter erheblich abkassiert wird, weil das Gasleitungssystem eine Art natürliches Monopol darstellt.

Nicht die regionalen Gasversorger, sondern die Regulierungsbehörde bestimmt in Österreich, wie hoch das Netzentgelt sein darf. 2004 etwa hat das zu einer durchschnittlichen Preissenkung für diesen Teil des Gesamtpreises von rund sieben Prozent geführt. Bereinigt um die in Deutschland und Österreich unterschiedlich hohen Steuern und Abgaben liegt der Preis für eine Kilowattstunde Gas etwa in Hamburg zur Zeit bei 3,67 Cent, beim billigsten Anbieter in Wien dagegen sind es nur 2,97 Cent – ein Unterschied von rund 25 Prozent.

• Quelle: www.aktienboard.com/vb/showthread.php?t=85189&page=3&pp=10

Biogas

Ins Erdgasnetz

Die Stadtwerke Aachen planen in Kerpen den Bau eines Biomassekraftwerks. Ab Ende 2006 will man so Biogas ins RWE-Erdgasnetz einspeisen. Die Anlage hat eine Leistung von zwei Megawatt und erzeugt stündlich 1.000 Kubikmeter Gas. Vor der Einspeisung wird das Gas gereinigt und aufbereitet.

Ölkonzerne

Druck wegen hoher Profite

Der weltgrößte Ölkonzern ExxonMobil meldete Ende Oktober einen Anstieg des Quartalsgewinns um 75 Prozent auf fast zehn Milliarden Dollar. Die Verbraucher reagierten mit einem Aufschrei der Empörung. Sogar Mitglieder der Republikanischen Partei von Präsident George W. Bush, die traditionell enge Verbindungen zur Ölindustrie pflegt, äußerten sich besorgt über die Rekordgewinne von

Exxon Mobil oder Conoco-Phillips. Der US-Senat hat die Chefs der großen Öl- und Gaskonzerne geladen zu einer Anhörung über die enorm gestiegenen Energiepreise und Konzerngewinne.

Die oppositionellen Demokraten versuchen, aus dieser Situation Kapital zu schlagen, und verlangen eine Sondersteuer auf die hohen Gewinne („windfall tax“). Sie möchten aus diesen Einnahmen allen US-Bürgern eine Summe zahlen, um ihnen bei den Benzin- und Heizkosten zu helfen. Einige Republikaner denken ebenfalls an eine „windfall tax“. Sie wollen mit den erwarteten Einnahmen angesichts des herannahenden Winters ein Heizkostenprogramm vor allem für ältere Bürger mit geringem Einkommen finanzieren. Auch die deutsche Bundesregierung stellt dazu erste Überlegungen an.

Der republikanische Senator Chuck Grassley, Vorsitzender des mächtigen Finanzausschusses, schlug vor, die Ölgesellschaften sollten freiwillig ihre Gewinne mit den Armen teilen. „Sie haben die Verantwortung, den weniger glücklichen Amerikanern zu helfen, mit den hohen Heizölkosten fertig zu werden“, schrieb Grassley an die Industrie. Es sei nicht unvernünftig zu erwarten, dass Unternehmen mit 50, 75 oder 100 Prozent Gewinnwachstum zehn Prozent dieser Gelder für Heizölprogramme hergeben. Zudem sollten die Ölkonzerne ihre Gewinne in die Erschließung neuer Erdöl- und Gasvorkommen, in die Produktion und in Raffinerien investieren, statt die Summen zu horten.

Viele Republikaner und Konzernchefs argumentieren, die hohen Gewinne zeigten nur, dass der Markt funktionierte. Das stimme nicht, erwiderte der demokratische Sena-

Gas-, Öl- und Strompreise in den Bundesländern

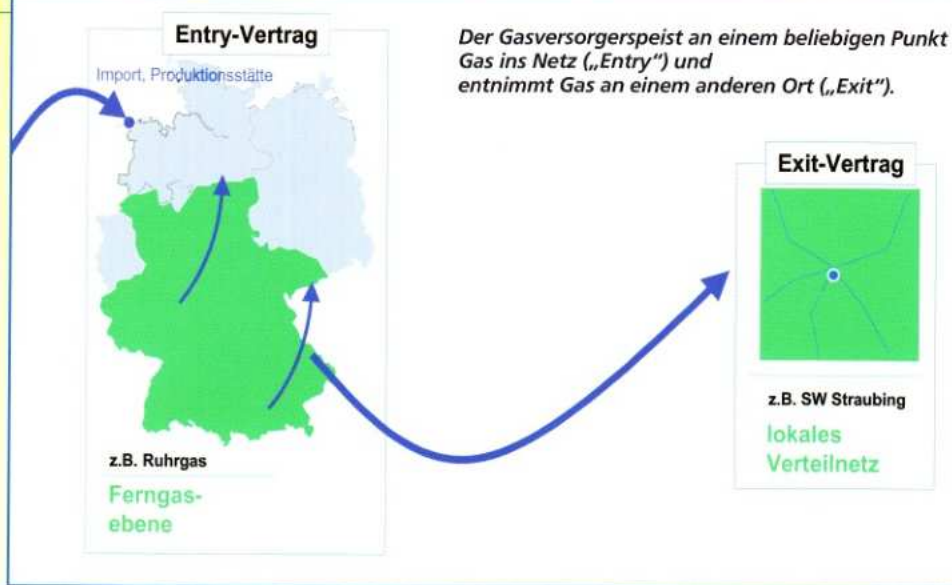
Stand 1. November 2005, einschließlich MWSt und Grundpreis

Bundesland	Gaspreis	Ölpreis	Strompreis
Baden-Württemberg	5,55	5,28	20,45
Bayern	5,48	5,25	18,16
Berlin	5,37	5,28	19,70
Brandenburg	5,65	5,25	19,37
Bremen	5,68	5,25	19,69
Hamburg	5,42	5,25	19,72
Hessen	5,54	5,25	18,46
Mecklenburg-Vorp.	5,53	5,25	19,00
Niedersachsen	5,36	5,25	17,67
Nordrhein-Westfalen	5,55	5,25	18,39
Rheinland-Pfalz	5,38	5,25	19,05
Saarland	5,16	5,25	19,96
Schleswig-Holstein	5,38	5,25	19,03
Sachsen	5,97	5,25	19,55
Sachsen-Anhalt	5,85	5,25	18,73
Thüringen	5,90	5,25	20,05
Bundesrepublik	5,55	5,25	19,1

Die höchsten Strompreise zahlen Haushalte in Baden-Württemberg, wo die Preisaufsicht vor Jahren abgeschafft wurde. Der langjährige wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dietrich Birk war Generalbevollmächtigter des Stromkonzerns EnBW.

Das arithmetische Mittel der Erdgaspreise auf Bundesebene basiert auf den Einzelwerten von 134 Versorgern. Pro Bundesland wurden zehn Erdgasversorger ausgewählt. Berechnungsgrundlage sind die jeweils günstigsten Tarife bei einem jährlichen Gasverbrauch von 27.000 Kilowattstunden.

Das Entry-Exit-Modell



tor Byron Dorgan unter Hinweis auf die staatlichen Subsidien und fehlende Konkurrenz in der Ölindustrie. „Der Ölpreis verhält sich zum freien Markt wie das Schlammrögen zu den darstellenden Künsten“, meinte Dorgan ironisch.

Netzzugang

Gasmarkt, öffne dich

Der Bund der Energieverbraucher fordert von der Gaswirtschaft, bis zum 1. Februar 2006 die Gasmärkte entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu öffnen. Bislang verweigert die Gaswirtschaft faktisch die Durchleitung durch die Gasnetze.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz (§ 20 1b und § 118 Abs. 1a) verpflichtet nun die Gaswirtschaft zur Öffnung der Gasnetze nach dem Entry-Exit-Modell bis zum 1. Februar 2006. Dieser Paragraph war buchstäblich erst in letzter Minute durch den Vermittlungsausschuss in das Gesetz gelangt. Nach dem Gesetz müssen die Gasnetzbetreiber jeden Transportkunden an jedem Punkt des Netzes die Einspeisung (Entry) und an jedem gewünschten Punkt die Ausspeisung (Exit) auf der Grundlage von je einem Einspeise- und

einem Ausspeisevertrag gestatten. Das Gesetz verpflichtet alle Gasnetzbetreiber zu einer Zusammenarbeit, um dieses Ziel zu erreichen.

Zur Umsetzung dieser Gesetzesregelung hat die Bundesnetzagentur einen „Konsultationskreis Gasnetzzugang“ eingerichtet. An der ersten Sitzung am 26. Oktober 2005 in Bonn nahm für den Bund der Energieverbraucher e.V. der Hamburger Rechtsanwalt Andreas Grigoleit teil. Der Bund der Energieverbraucher hat Protestaktionen für den Fall angekündigt, dass der Dachverband der Gaswirtschaft BGW die gesetzlichen Vorgaben nicht fristgerecht umsetzt.

natGas

Haushalte subventionieren Industrie

Ungereimtheiten bei den Gaspreisen moniert die Potsdamer natGAS Aktiengesellschaft, die seit 2001 bundesweit Industrieunternehmen mit Erdgas beliefert: Die Preisgestaltung etablierter Erdgasversorger für Industriekunden widerspreche klar der Verteuerung für Haushaltskunden.

Im norddeutschen Raum würden die allgemeinen Preissteigerungen vom Regionalver-

sorger ignoriert beziehungsweise gewähre er sogar Preisnachlässe.

Dort, wo Wettbewerb herrsche, wie eben bei den Industriekunden, müssten die Anbieter steigende Energiekosten offensichtlich nicht zwangsläufig weitergeben. Das lasse unter Umständen eine Quersubventionierung zwischen einzelnen Kundensegmenten vermuten, so natGAS.

Nach dem Unbundling finde eine solche Quersubventionierung zwischen Haushalts- und Industriekunden leider weniger Aufmerksamkeit.

So lange Haushalte aber keine reale Möglichkeit hätten, zu wechseln und die Preise örtlicher Lieferanten hinnehmen müssten, sollten sie schärfer auf die Preisentwicklung bei der Industrie blicken, so natGas vor allem mit Blick auf die E.ON Hanse.

Festpreise

Zweifelhaftes Angebot

Die Fix-Gas-Preisangebote der Gasversorger seien ein weiterer Versuch, Verbraucherproteste auszuhebeln, warnt die Verbraucherzentrale Hessen. In den Festpreisen mit einem Jahr Gültigkeit seien die Erhöhungen zum 1. Oktober bereits eingerechnet.

Schließe man einen Vertrag ab, akzeptiere man nicht nur die Verteuerungen der letzten zwölf Monate, sondern auch einen weiteren Aufschlag, denn nach Ablauf der Vertragsdauer müsse man in jedem Fall die dann geltenden Preise akzeptieren.

Der Festpreiskunde zahle somit bereits ab dem ersten Tag deutlich mehr als ein Tarifkunde und leiste der zweifelhaften Preisgestaltung der Energieversorger Vorschub, so die Verbraucherzentrale. Gaskunden, die mehr Transparenz forderten, würden durch Festpreisverträge im Zweifel ihre Verbraucherrechte vollständig aufgeben.

Ein Protest sei nach Vertragsschluss rechtlich nicht mehr möglich, schließlich habe man den Preis per Unterschrift ausdrücklich akzeptiert.



Tel 0 36 43 - 77 70 44
Fax 0 36 43 - 77 70 45
info@envisys.de
www.envisys.de



EVEBI

Die EnergieVerbrauchsBilanz

Software für anspruchsvolle und rationelle Energieberatung

Energieberatung -
individuelle Vor-Ort-Berichte -
Energiepässe/Nachweise -
Planung/Sanierung/EnEV -
Wärme-/Feuchteschutz -
EnergieManagement -



Bundesnetzagentur

Großverbraucher zahlen weniger

Großverbraucher von Strom können eine Herabsetzung der Netznutzungsentgelt nach § 19 Abs. 2 der Stromnetzentgeltverordnung StromNEV beantragen. Voraussetzung ist ein Stromverbrauch von über zehn Gigawattstunden jährlich. Die Netznutzungsentgelte aller übrigen Netznutzer dürfen sich dadurch „nicht wesentlich“ erhöhen. 1608*

Das Kleingedruckte

Neue Verordnungsentwürfe

Die Rechte und Pflichten von Strom- und Gaskunden sind in einer Verordnung, den Allgemeinen Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden, kurz AVBELT festgelegt. Gleich lautende Verordnungen gibt es auch für Gas und Fernwärme. Kürzlich hat das Bundeswirtschaftsministerium den Entwurf einer neuen Verordnung fertig gestellt. Künftig soll es zwei Verordnungen geben:

- Eine Verordnung soll den Anschluss an das Strombeziehungsweise Gasnetz regeln, die Niederspannungsanschlussverordnung (AVBELTAV) und
- eine zweite Verordnung soll die Geschäftsbedingungen für die Grundversorgung regeln, die Stromgrundversorgungsverordnung (AVBELTGV).
- Analoge Verordnungsentwürfe gibt es für die Gasversorgung.

Diese Verordnungen müssen nun zwischen den beteiligten Bundesministerien abgestimmt, vom Bundeskabinett

beschlossen und dann vom Bundesrat genehmigt werden. Der Bund der Energieverbraucher hat die Verordnungsentwürfe ins Internet gestellt, um eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen. In der Vergangenheit waren die Verordnungsentwürfe stark von den Interessen der Versorgungswirtschaft geprägt, obwohl das Energiewirtschaftsgesetz (§ 39) eine angemessene Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen vorschreibt. Insbesondere die weitgehende Haftungsfreistellung der Versorgungswirtschaft wurde kritisiert (vgl. Seite 5). 340*

Billiganbieter

Strom nicht im Voraus bezahlen

Der Bund der Energieverbraucher warnt vor Billigstromanbietern. „Aus der Vergangenheit wissen wir, dass die günstigsten Anbieter Verluste des laufenden Geschäfts oft durch Zahlungen von Neukunden abdecken. Man erinnert sich noch an die Pleitefirmen Zeus, Abos, Ares, Vossnet, ticenergie und Zweitausend Stromvertrieb. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.“

„Gerade die billigsten Anbieter ohne eigenes Stromnetz haben in der Vergangenheit Pleite gemacht. Wer dann seinen Strom im Voraus bezahlt hatte, der ist am Ende betrogen worden“, warnt Dr. Aribert Peters. Die Stromversorgung ist zwar nicht gefährdet. Der Strom muss jedoch nach einem Konkurs des Billigversorgers doppelt bezahlt werden. Denn der Netzbetreiber, der nach einem Konkurs die Versorgung übernimmt, muss auch bezahlt werden. Deshalb rät der Bund der Energieverbraucher zur Vorsicht.

Wer das billigste Angebot wählt, sollte auch die Risiken kennen. Ein vermeintlich billiges Schnäppchen kann am Ende teuer werden. Aufgrund zahlreicher schlechter Erfahrungen mit Billigstromanbietern empfiehlt der Bund der Energieverbraucher, Strom nicht im Voraus zu bezahlen.

Schweiz

Strom wird billiger

Private Haushalte sowie Industrie- und Gewerbebetriebe im Kanton Schaffhausen kommen in den Genuss einer Strompreissenkung um durchschnittlich 3,6 Prozent. Der Preisvorteil wird für die Kunden insgesamt 1,3 Millionen Franken pro Jahr ausmachen. Diese Preissenkung wird möglich, da die Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen letztes Jahr ein positives finanzielles Ergebnis erzielten. Die EKS will mit der Strompreissenkung gezielt Unternehmen entlasten und deren Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, meldet die Agentur schaffhausen.ch.

OLG Düsseldorf

Kartellsenat neu besetzt

Das neue Energiewirtschaftsgesetz überträgt erstaunlich viele Entscheidungsbefugnisse dem Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf. Möglicherweise fühlte sich die Versorgungswirtschaft dort bislang besonders gut aufgehoben. Dort hatte Jörg-Winfried Belker den unabhängigen Richter Jäger abgelöst. Vor seiner Pensionierung hatte dieser zum Beispiel die Fusion von E.ON und Ruhrgas untersagt – ein Urteil, das allerdings nie

rechtskräftig wurde, da am Tag der Urteilsverkündung die Kläger ausgekauft wurden. Belker machte sich bei den Versorgern beliebt, da er zum Beispiel die TEAG-Entscheidung des Bundeskartellamtes aufhob. Doch nun weht wieder ein anderer Wind in Düsseldorf: Der unabhängige Richter Heinz-Peter Dicks (2. Vorsitzender im Kartellsenat) löste den umstrittenen Belker ab.

Stromwirtschaft

Abhören verboten

Zum Herrschaftswissen der vier Stromgiganten gehören die aktuellen Netzlasten und die Einsatzplanung der Kraftwerke. Was an anderen Strombörsen selbstverständlich ist, das ist in Deutschland streng verboten: Alle Börsenteilnehmer aktuell und gut über die relevanten Daten zu informieren. Die Energiemarkt GmbH wollte die elektromagnetischen Felder der Höchstspannungstrassen messen und daraus die stündlichen Kraftwerksleistungen rückrechnen und veröffentlichen. Das wollte ihm die EnBW verbieten, denn die elektromagnetischen Felder sind EnBW-Eigentum, so wie der Rauch aus einem Schornstein Eigentum des Erzeugers bleibt.

Strompreiserhöhungen

Begründung bleibt aus

Der Bund der Energieverbraucher hat am 4. Oktober 2005 von den Vorsitzenden von RWE und E.ON, Roels und Bernotat, eine nachvollziehbare Begründung für die angekündigten Strompreiserhöhungen gefordert.



2004 wurden bundesweit nur 1,7 Milliarden Euro in Stromnetze investiert.

Aus den Schreiben des Vereins: „... Bereits in den zurückliegenden Jahren haben Sie jeweils die Strompreise erhöht. Die jeweiligen Jahresergebnisse haben dann gezeigt, dass Ihre Gewinne deutlich gestiegen sind. Sie haben mit anderen Worten die Verbraucher hinter Licht geführt und mit den Preiserhöhungen Ihre Gewinne finanziert.

Dies werden die Verbraucher sich nun nicht länger gefallen lassen.

Bevor wir Stellung zu Ihren Strompreiserhöhungen beziehen und Verbrauchern zu einer Verweigerung überhöhter Strompreisforderungen raten, möchte ich Ihnen mit diesem Schreiben Gelegenheit geben, die angekündigte Strompreissteigerung plausibel und nachvollziehbar zu begründen.

Die Erhöhung der Preise an der Strombörse wird von uns nicht als Begründung akzeptiert, da Sie dort keinen Strom einkaufen sondern vielmehr dort Strom verkaufen und somit höhere Erlöse erzielen. Die Reaktion von Verbrauchern, Politik und Öffentlichkeit sollte Ihnen signalisieren, dass Sie die Forderungen nach Transparenz nicht länger wie in der Vergangenheit ignorieren können.

Uns ist bekannt, dass Ihr persönliches Gehalt und das Ihrer Top-Manager sich um mehrere Millionen Euro erhöht, wenn der Aktienkurs

steigt. Wir möchten Sie bitten, darüber auch die langfristige Entwicklung Ihres Unternehmens und der Volkswirtschaft nicht aus dem Auge zu verlieren und Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.“

Antwort von RWE:

Wie Sie wissen, haben wir vor kurzem bei den zuständigen Behörden eine Erhöhung der Strompreise zum Jahresanfang 2006 beantragt. (...) Der Respekt vor der zuständigen Genehmigungsinstanz verbietet es, dass wir dem förmlichen Verfahren vorgreifen, indem wir zum jetzigen Zeitpunkt Einzelheiten daraus öffentlich diskutieren. (...)

Berthold A. Bonekamp, Vorsitzender des Vorstandes.

Von E.ON ging bislang keine Antwort ein.

Netztarife

Milliardenbetrug am Verbraucher

Zum 1. November 2005 mussten alle Stromnetzbetreiber bei der Bundesnetzagentur Anträge auf die Genehmigung ihrer Netzentgelte stellen und dafür einen umfangreichen Fragen- und Datenkatalog beantworten (vgl. Seite 4).

E.ON und RWE haben genau zu diesem Zeitpunkt eine

Senkung ihrer Netzentgelte um bis zu 50 Prozent angekündigt. Das wurde mit den neuen Kalkulationsvorschriften begründet. Geschäfts- und kleinere Industriekunden würden in höherem Maße davon profitieren, so E.ON.

Nach Ansicht des Bundes der Energieverbraucher offenbaren die Versorger damit, dass die bisherigen Netzentgelte deutlich überhöht waren. Mit der „freiwilligen“ Senkung ihrer Netzentgelte gestehen die Stromversorger das jetzt ein. Den Verbrauchern gegenüber wurde behauptet, dass die hohen Netzentgelte notwendig und gerechtfertigt seien. Damit sind die Verbraucher bewusst getäuscht worden. Die Stromversorger haben sich dadurch Vermögensvorteile in zweistelliger Milliardenhöhe verschafft. Damit könnte es sich um einen der größten Betrugsfälle der deutschen Wirtschaftsgeschichte handeln.

Netzqualität

Zweifelhafte Spitze

Die deutschen Stromnetze sind nach Angaben des Verbands der Netzbetreiber (VDN) die sichersten in Europa. „Im Jahr 2004 lag die durchschnittliche Ausfallzeit pro Stromkunde bei etwa 23 Minuten“, sagte VDN-Geschäftsführer Konstantin Staschus in

Berlin. Damit liege Deutschland deutlich vor Frankreich (59 Minuten) oder Italien (91 Minuten). Den zweiten Platz nehmen die Niederlande mit einer Ausfallzeit von 34 Minuten ein.

Nach Ansicht des Bundes der Energieverbraucher hat die Qualität der Stromversorgung allerdings in den vergangenen Jahren abgenommen. Seit 1998 sind die Kosten für die Netznutzung um das Dreifache gestiegen, die Investitionen in die Stromversorgung sind jedoch drastisch zurückgegangen (vgl. Seite 33).

Mehrstündige regionale Stromausfälle (Region Trier am 2. September 2004) sind möglich, ohne dass der Netzbetreiber (RWE) selbst nach monatelangen Untersuchungen die Ursache dafür finden kann. Zudem erreiche Deutschland leider auch einen Rekord bei den Versorgungskosten. Die deutschen Strompreise sind im europaweiten Vergleich mit am höchsten.

Kundenzufriedenheit

Mangelhaft

Bei der Benchmarking-Studie „Kundenmonitor“ belegten die Stromversorgungsunternehmen den vorletzten Platz, vor den Fondsgesellschaften. Auf einer Skala von eins bis fünf bekamen die Versorger die Note 2,68 und mussten im Jahresvergleich die größten Einbußen hinnehmen. Die Kunden kritisieren vor allem das Preis-Leistungsverhältnis. Zudem sind sie mit der Aufmachung und der Verständlichkeit der Rechnungen unzufrieden. Der „Kundenmonitor Deutschland 2005“ der Münchener ServiceBarometer AG nimmt Unternehmen aus 19 Branchen unter die Lupe.



Mietersolaranlage

Können auch Mieter Solaranlagen kaufen und betreiben? „Im Prinzip ja!“, lautet die Antwort. Bei einer Befragung haben über 60 Prozent der befragten Mieter den Wunsch nach einer Solaranlage geäußert.

Errichtung

Eine Solaranlage wird außen am Gebäude angebracht und muss daher immer vom Vermieter genehmigt werden. Der Mieter hat keinen Rechtsanspruch auf die Zustimmung des Vermieters. In Wohnungseigentümergemeinschaften muss die Zustimmung aller eingeholt werden, weil es sich um einen Eingriff in die Bausubstanz handelt.

Betrieb

Bei einer Sonnenstrom-Anlage wirft der Betrieb keine Probleme auf, weil der Mieter einen eigenen Einspeisezähler installieren kann. Bei einer Sonnenwärme-Anlage kann die Wärme in eine Etagenheizung eingespeist werden. Doch ist die Leitungsführung dafür recht aufwändig. Wird die Wärme in eine Zentralheizung eingespeist und wohnen noch weitere Mieter im Haus, dann muss eine Vereinbarung über die Vergütung der eingespeisten Wärme getroffen werden. Handelt es sich um ein vermietetes Einfamilienhaus, dann betreibt der Mieter meist auch die Heizung und die Sache ist deshalb einfach.

Auszug

Eine Solaranlage hat eine Lebensdauer von mindestens 25 Jahren. Demgegenüber leben immer mehr Mieter nicht einmal ein Jahr lang in derselben Wohnung. Die Solaranlage lebt also länger als die meisten Mietverhältnisse. Deshalb ist es wichtig, dass Mieter und Vermieter gemeinsam darüber reden, was nach dem Auszug mit der Solaranlage geschieht. Ohne eine Regelung geht die Solaranlage nach dem Auszug des Mieters als Bestandteil des Hauses in das Eigentum des Vermieters über. Man kann zum Beispiel eine Abschreibung über 20 Jahre vereinbaren. Zieht der Mieter vorher aus, dann bekommt er vom Vermieter den Restwert ausbezahlt. Möglich ist auch, dass der



Auch Mieter können Solaranlagen kaufen und nutzen

Mieter die Anlage abwohnt, also seine Monatsmiete um einen bestimmten Betrag herabsetzt.

Vereinbarung

Mieter und Vermieter sollten gemeinsam nach einer Lösung suchen, die beide Seiten zufrieden stellt. Diese Lösung sollte dann auch schriftlich fixiert werden. Die Vereinbarung sollte die Genehmigung für den Anlagenbau festlegen, den Aufstellungsort der Anlage, die Verantwortung für die Wartung, die Haftungsfrage im Schadensfall und die Regelung beim Auszug des Mieters umfassen.

Vermieteranlage

Wenn der Vermieter eine Sonnenwärmeanlage installiert, kann er die jährliche Miete um elf Prozent der Investitionssumme erhöhen. Denn weil Energie eingespart wird, handelt es sich um eine Modernisierungsmaßnahme (vgl. Börstinghaus in: Schmidt-Futterer, Mietrecht, 7. Auflage, § 3 MHG, RdNr. 77, S. 1795 und Frank-Georg Pfeiffer: Umsetzung solarer Versorgungssysteme aus rechtlicher Sicht).

Angesichts der gegenwärtigen Brennstoffpreise macht die Mieterhöhung meist

immer noch mehr aus, als an Heizkosten eingespart wird. Bei weiter steigenden Energiepreisen kann jedoch die Solaranlage schon bald zu einem guten Geschäft auch für den Mieter werden. Der Mieter muss sowohl den Bau der Solaranlage dulden, als auch die elfprozentige Mieterhöhung, wenn die entsprechenden Formvorschriften eingehalten werden. Nur wenn die Mieterhöhung eine unzumutbare Härte für den Mieter oder seine Familie bedeuten würde, kann die Duldungspflicht entfallen.

Die von der Solaranlage gelieferte Wärme darf dem Mieter natürlich nicht berechnet werden. Er hat ja die Solaranlage schon durch die höhere Miete finanziert. Die Betriebskosten der Solaranlage (Strom, Reinigung) können nach der Heizkostenverordnung auf die Mieter umgelegt werden.

Im sozialen Wohnungsbau muss die Mieterhöhung von der Bewilligungsstelle genehmigt werden und darf die festgelegte Höchstmiete nicht überschreiten.

Baut der Vermieter eine Sonnenstrom-Anlage auf sein Dach, so ist der Mieter wirtschaftlich davon nicht betroffen und kann zu den Kosten nicht herangezogen werden.

ap



Strom aus Wärme

Unterentwickelt ist die Forschung in Deutschland auf den Gebieten Thermophotovoltaik und Thermoelektrik. Darauf weist der Grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell hin.

Die thermoelektrische Stromerzeugung wandelt Sonnenstrahlung in Wärme um, zum Beispiel durch konzentrierende Spiegel oder besonders geformte Linsen (Fresnel-Linsen). Aus dem so erzeugten Wasserdampf wird in einer Turbine Strom erzeugt. Am bekanntesten sind die Parabol-Rinnenkollektoren in Kalifornien. 412*

Auf gänzlich andere Weise erzeugt die Sonne Strom bei der Thermoelektrik (TE).

Man nutzt dabei einen vom estnisch-deutschen Physiker Thomas Seebeck entdeckten und nach ihm benannten Effekt. Seebeck beobachtete, dass an den Enden einer Metallstange eine elektrische Spannung entsteht, wenn in ihr ein Temperaturgefälle herrscht. Werden beide Enden verbunden, fließt ein elektrischer Strom. 1821 nutzte Seebeck diesen Effekt erstmalig aus. Er ist auch bei hohen Umgebungstemperaturen nutzbar.

In Japan und Korea nutzt man bereits Thermoelektrizität, berichtet Dieter Planco aus Mühlheim. Seine Firma entwickelt und vermarktet thermoelektrisch betriebene Geräte.

Energierücklaufzeiten

Eine neue Studie belegt, dass Photovoltaikanlagen nach 2,6 bis 4,4 Jahren so viel Strom erzeugt haben, wie zu ihrer Herstellung erforderlich war. Die Studie „Lebenszyklusanalysen ausgewählter Strom-

erzeugungstechniken“ führten Wissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft München durch. Kritisiert wird die Studie, weil realitätsfern angenommen wurde, dass Wechselrichter alle fünf Jahre ausgetauscht werden. Wechselrichter erfordern deshalb rund ein Drittel des gesamten Energieaufwandes. Betrachtet man nur die Module, so liegen einige Typen bereits heute bei Energierücklaufzeiten von einem Jahr (Photon Sept. 2005, S. 66).

Boom im Verborgenen

Die Zahl der neuen Photovoltaik-Anlagen in Deutschland ist doppelt so hoch, wie bisher angenommen. Das hat die Zeitschrift Photon recherchiert (Ausgabe Nov. 2005). Bisher ging man von einem Zubau von 360 Megawatt Leistung aus. In Wirklichkeit wurden jedoch 770 Megawatt im Jahr 2004 neu installiert. Photon hat alle Stromversorger befragt und die Ergebnisse sorgfältig hochgerechnet. Insgesamt waren danach in Deutschland Ende 2004 1.364 Megawatt an PV-Leistung in-



Im Prinzip sehr einfach: Sonne erwärmt Wasser

stalliert. Zwischen 2003 und 2004 hat sich der Neubau mehr als verdreifacht. Auch im Jahr 2005 ging das Wachstum unvermindert weiter.

Es gilt daher als sicher, dass Ende 2005 die Leistung der Photovoltaik-Anlagen in Deutschland die 2.000-Megawatt-Marke überspringt. Damit sind in Deutschland Sonnenstrom-Anlagen mit der Leistung von zwei Atomkraftwerken am Netz. Deren Stromproduktion liegt wegen des zeitlich beschränkten Sonnenangebots naturgemäß deutlich unter der von Atomkraftwerken mit gleicher Leistung.

Die installierte Leistung der Sonnenkraftwerke hat sich zwischen dem Jahr 2000 und 2004 um den Faktor 17 erhöht. Eine weitere Steigerung in diesem Tempo für weitere acht Jahre würde zu einer Kapazität von 400.000 Megawatt führen und könnte den gesamten deutschen Strombedarf decken.

Nach den neuen Schätzungen über die Solaranlagen in Deutschland erhält Deutschland im internationalen Vergleich einen höheren Rang, denn hierzulande ist danach mehr als die Hälfte der weltweit neu gebauten Anlagen installiert.

Solarrennen in Australien

3.021 Kilometer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 103 Stundenkilometern:

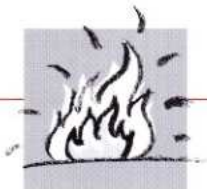
Das gelang einem solarbetriebenen Fahrzeug auf der Fahrt quer durch Australien.

Bei der dritten World Solar Challenge siegte das holländische Nuon-Team zum dritten Mal in Folge.

Das Auto kam gut vier Tage vor dem offiziellen Ende der Wettfahrt im Zielort Adelaide an.



3.000 Kilometer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 103 Stundenkilometern.



Wärmedämmung als Altersvorsorge

Millionen alter Häuser dienen ihren Bewohnern seit Jahrzehnten als Heim und Zentrum für die Familie. Sie wurden in einer Zeit gebaut, als Energieverbrauch und Umweltschutz noch kein Thema waren. Sie verursachen hohe Heizkosten; zudem ist ihr Raumklima oft unbehaglich. Während die Autos aus jener Zeit schon längst ihren Weg ins Museum gefunden haben, warten Bausubstanz und Heizungsanlagen noch auf ihre Modernisierung. Ihre Besitzer ahnen meistens nicht, wie einfach und rentabel sie mit den heutigen Möglichkeiten das Wohnklima optimieren und enorm Heizkosten sparen könnten.

Am Anfang steht die Aufklärung: Der Bund der Energieverbraucher hat einen Film produziert, um Hausbesitzern auf unterhaltsame Weise zu zeigen, wie sie ihre Bausubstanz effizient auf den neuesten Stand bringen können. Der Film „Abenteuer Energieeinsparen 2“ erklärt, wie man in Ein- und Mehrfamilienhäusern Energie spart. Denn die richtige Kombination von bekannter Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen ermöglicht es, Heizkosten und Energieverbrauch um 60



Der Filmautor Frank Lischka (l.) und Oliver Thon (Schalke 04)

bis 70 Prozent zu senken. Die Dokumentation veranschaulicht diverse Energiespartetechniken, die Handlungsvielfalt des Bauherrn und mögliche Sanierungsstrategien rund ums Haus. Besonders schön gelingt der Rückblick auf die Bauzeit in der 50er- und 60er- Jahre und die Verbindung zu heute: Jetzt gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die langjährigen Mängel durch technisch einwandfreie Modernisierung zu beseitigen.



Die DVD kann zum Preis von 19,90 Euro bestellt werden beim Bund der Energieverbraucher (für Vereinsmitglieder 15,00 Euro).

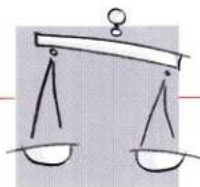
Alle bauphysikalischen Gesetze und Zusammenhänge werden ganz bewusst ohne fachsprachliche Unverständlichkeiten erklärt.

Die Thematik wird an praktischen Beispielen klar und einfach dargestellt, damit der Bauherr versteht, warum er welche Maßnahmen treffen sollte.

Die Frage nach der Amortisierung zeigt, dass der Bauherr sich bei der Investition in

Energiesparmaßnahmen durch die Heizkostenentlastung über eine eingebaute „Geld-zurück-Garantie“ freuen kann.

Praktische Lösungen wie die Energieeinsparung durch Reduzierung der Takt Häufigkeit von Heizkesseln oder durch richtiges Lüften in Verbindung mit einer komfortablen Lüftungsanlage werden sicher bei vielen Betrachtern einen „Aha“-Effekt auslösen. ■



Wärmecontracting: Mieter muss zustimmen



Eine lang umstrittene Frage hat der Bundesgerichtshof nun eindeutig entschieden: Will der Vermieter den Betrieb der Heizungsanlage einer Firma übertragen (Wärmecontracting), so muss der Mieter dem zustimmen, wenn im Mietvertrag dafür eine Regelung fehlt und dem Mieter dadurch zusätzliche Kosten auferlegt werden sollen (BGH Urteil vom 6. April 2005, Aktenzeichen VIII ZR 54/04).

Netznutzungsentgelte: BGH besteht auf Billigkeit



Netznutzungsentgelte unterliegen der Billigkeitskontrolle, hat der BGH geurteilt (Urteil vom 18. Oktober 2005, Az. KZR 36/04) und damit ein anders lautendes Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe aufgehoben. Der Stromanbieter Lichtblick hatte die Netznutzungsentgelte des Mannheimer Versorgers MVV als 30 Prozent zu hoch kritisiert und eine gerichtliche Prüfung eingeleitet.

Die Gebühren für die Nutzung fremder Stromnetze waren in der Vergangenheit von den Stromversorgern willkürlich drastisch erhöht worden, um den Wettbewerb zu bremsen und die Gewinne zu sichern. Grundlage war eine Vereinbarung der Dachverbände der Stromwirtschaft mit den großen Stromverbrauchern, die so genannte Verbändevereinbarung. Dieser hatte der Bundestag als „gute fachliche Praxis“ Gesetzeskraft verliehen.

Der BGH hat entschieden, dass ungeachtet der energierechtlichen Geltung der überhöhten Netznutzungsentgelte die zivilrechtliche Billigkeitskontrolle greift. Der Netzbetreiber muss die Billigkeit seiner Netznutzungsentgelte darlegen. Das gilt auch für Stromtarife, die behördlich genehmigt worden sind. Denn die Genehmigung sagt nichts darüber aus, ob die Tarife auch der Billigkeit entsprechen.

Der Vertreter des Bundeskartellamtes begrüßte, dass die zivilrechtliche Billigkeitskontrolle vom Bundesgerichtshof ge-



Schlecht gedämmte Häuser verschleudern Geld

stärkt worden ist. Das gelte, so das Bundeskartellamt, für Gastarife in gleicher Weise. Verbraucher könnten dadurch künftig ihre Rechte selbst durchsetzen und das Kartellamt entlasten.

Andreas Grigoleit, der Rechtsanwalt des klagenden Stromversorgers Lichtblick freut sich: „Zahlreiche derzeit noch in den unteren Instanzen hängende Verfahren bekommen durch das Urteil eine klare Richtung“.

Bereits am 5. Juli 2005 hatte der Bundesgerichtshof in einem Urteil (X ZR 60/04) das Recht der Kunden auf eine zivilrechtliche Kontrolle von Strom- und Gaspreisen betont: „Erst die vom Gericht neu festgesetzten niedrigeren Tarife sind für den Kunden verbindlich und erst mit der Rechtskraft dieses Gestaltungsurteils wird die Forderung des Versorgers fällig und kann der Kunde in Verzug geraten“, so das Urteil wörtlich. **1497***

Stromversorgungssperre unzulässig



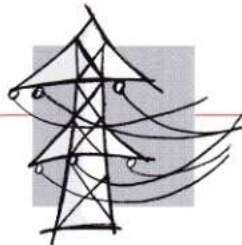
Ein Stromkonzern ist nicht berechtigt, die künftige Lieferung von Strom von der Begleichung aller offenen Stromschulden aus der Vergangenheit abhängig zu machen. Der Landkreis Aachen als Eigentümer des Stromversorgers ist daher dazu verpflich-

tet, eine unverhältnismäßige Stromsperre aufzuheben und dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft mildere Mittel, zum Beispiel Münzzähler eingesetzt werden. Der Stromversorger darf die in der Vergangenheit durch einen Sozialhilfeempfänger verursachten Stromschulden nicht auf den Steuerzahler abwälzen. Die Stromwirtschaft sei vielmehr wie alle anderen Gläubiger von zahlungsschwachen Kunden zu behandeln und müsse das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit selber tragen (Urteil des Landessozialgerichts NRW vom 15. Juli 2005, Az L 1 B 7/05 SO ER).

Vermieter müssen differenzieren



Vermieter müssen gemäß § 12 Abs.1 S.1 HeizKV einen so genannten Strafabbzug bei der Abrechnung der Heizkosten vornehmen, wenn sie zur Erfassung des Wärmeverbrauchs keine Messgeräte installiert haben. Der Strafabbzug betrifft allerdings nur die jeweilige Verbrauchsart. Sind beispielsweise Messgeräte für die Raumheizung vorhanden, nicht aber für die Warmwasserversorgung, muss der Vermieter lediglich bei der Berechnung der Kosten für die Warmwasserversorgung den Strafabbzug vornehmen (Bundesgerichtshof Urteil vom 14. September 2005, VIII ZR 195/04).



Stromnetze neutralisieren!

Wettbewerb setzt eine Trennung von Netzbetrieb, Erzeugung und Verkauf voraus. Nur eine eigentumsrechtliche Entflechtung verspricht Erfolg. Die Hälfte der EU-Staaten verfahren bereits in dieser Weise. Ein Plädoyer von Prof. Uwe Leprich.

Das Stromnetz ist und bleibt auch in einem liberalisierten Strommarkt ein natürliches Monopol. Dies darf den Wettbewerb bei der Stromerzeugung und dem Strombetrieb nicht behindern. Deshalb haben Stromnetzbetreiber in einem liberalisierten Strommarkt eine Schlüsselfunktion: sie schließen die Erzeuger/ Einspeiser, Händler und Endkunden an, sie gewähren Netzzugang zu definierten Bedingungen, und sie stellen ihr Netz all jenen zur Verfügung, die bereit sind, eine festzulegende Nutzungsgebühr dafür zu entrichten. Darüber hinaus sorgen sie für die Stabilität des Systems, indem sie insbesondere die Frequenz- und Spannungshaltung kontrollieren und Abweichungen ausgleichen.

Die Netzbetreiber sind gegenüber allen Wettbewerbsteilnehmern zur strikten Neutralität verpflichtet: sie müssen alle Akteure gleich behandeln. Sie dürfen als Bindeglied zwischen den wettbewerblichen Teilmärkten dort keine eigenen kommerziellen Interessen verfolgen, und sie müssen dafür sorgen, dass die Netze aktuellen und künftigen Nutzern zuverlässig zur Verfügung stehen.

Theorie und Praxis

Soweit die Theorie. In der Praxis befinden sich in Deutschland die großen Übertragungsnetze im Konzerneigentum der vier Großstromerzeuger E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe. Dieses Erzeugeroligopol kontrolliert rund 90 Prozent der Kraftwerke und über 70 Prozent des Absatzes an die Letztverbraucher in

Deutschland. Darin enthalten sind die Beteiligungen an sämtlichen Regionalversorgern und an einer Vielzahl von Stadtwerken. Allein die beiden Riesen E.ON und RWE vereinigen zwei Drittel der Erzeugungskapazitäten auf sich und sind zusammen an mehr als 250 Stadtwerken beteiligt, was das Bundeskartellamt bereits im Jahre 2002 dazu veranlasste, von einem „marktherrschenden Duopol“ zu sprechen.

Der strategische Wert insbesondere der Übertragungsnetzkontrolle in den Händen der vier Großen kann gar nicht überschätzt werden. Weit reichende Marktverzerrungspotenziale reichen vom Kraftwerksabruf über Netzanschlusschikanen bis hin zur Abschottung des Regelenenergiemarktes im Interesse der eigenen Kraftwerke. Hinzu kommt, dass vor allem ausländische Akteure den Übertragungsnetzbetreibern keine Neutralität zutrauen und daher den deutschen Erzeugungsmarkt weitgehend meiden. Auf diese Weise wirkt die fehlende eigentumsrechtliche Trennung von Übertragungsnetz und Großstromerzeugung wie eine Bestandsgarantie für das enge deutsche Erzeugeroligopol.

Gestufte Interessenentflechtung durch Unbundling

Um diese in einem einzigen Unternehmen verflochtenen Interessen zum Wohle des Wettbewerbs zu trennen, schreiben die Europäischen Binnenmarktrichtlinien eine Entflechtung vor, auch „unbundling“ genannt. Das Unbundling zielt auf eine strikte Trennung der in einem Unterneh-

men befindlichen Bereiche Erzeugung, Transport und Vertrieb, so als wenn es sich um Bereiche verschiedener Firmen handeln würde. Dabei sind folgende Entflechtungsstufen zu unterscheiden:

- **Buchhalterische Entflechtung – getrennte Buchführung.**

Für Erzeugung, Transport und Vertrieb wird eine getrennte Buchhaltung vorgeschrieben. So kann kontrolliert werden, ob die Netznutzung allen Wettbewerbern zu gleichen Preisen berechnet wurde. Diese Art der Entflechtung führt zu mehr Transparenz.

- **Informationelle Entflechtung**

Das betroffene Unternehmen hat nachzuweisen, dass der Informationsfluss zwischen den einzelnen Wertschöpfungsstufen unterbunden wird, um Informationsvorsprünge gegenüber außen stehenden Dritten zu verhindern.

- **Organisatorische / Operationelle Entflechtung**

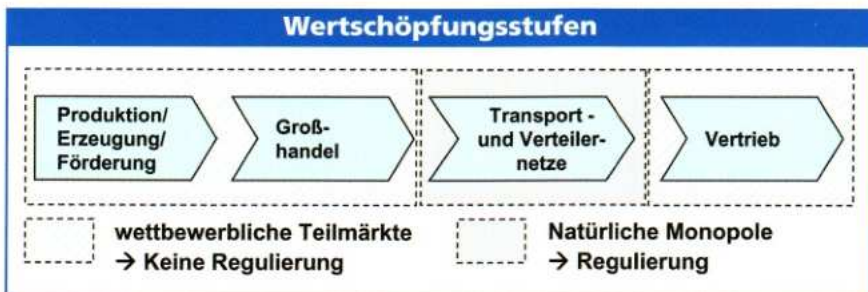
Das Unternehmen richtet für die einzelnen Wertschöpfungsstufen ein eigenes Management, eine eigene Verwaltung ein.

- **Gesellschaftsrechtliche Entflechtung**

Der Netzbereich wird in ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgelagert. Das gemeinsame Holding-Dach und damit die Interessenverflechtung zwischen Netz und den anderen Wertschöpfungsstufen bleibt allerdings bestehen.

- **Eigentumsrechtliche Entflechtung**

Hier veräußert das Unternehmen entweder das Netz oder alle anderen Wertschöpfungsstufen mit Ausnahme des Netzes.



Quelle: Bundesnetzagentur

Die erste EU-Richtlinie von 1997 schrieb nur eine buchhalterische Entflechtung vor. Die zweite verschärfte Richtlinie von 2003 sieht eine informationelle Entflechtung und auch eine organisatorische und operationelle Entflechtung vor. Für Versorger mit über 100.000 Kunden ist

Rendite eines führenden deutschen Stromversorgers nach Sektoren



Das meiste Geld verdienen die Stromkonzerne trotz sinkender Investitionen derzeit mit ihren Stromnetzen.

Das behindert wirksamen Wettbewerb.

auch eine gesellschaftsrechtliche Entflechtung verpflichtend. Das schreibt auch das neue deutsche Energiewirtschaftsgesetz vor und dies ist bis 1. Juli 2007 von den Firmen umzusetzen.

Verstaatlichung der Übertragungsnetze

Es ist unmittelbar einsichtig, dass nur eine strikte eigentumsrechtliche Trennung der Netze von den übrigen Wertschöpfungsstufen ihre tatsächliche Neutralisierung gewährleisten kann. Auch in der EU-Kommission ist dieses Problem längst erkannt und intern schon einmal eine eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Stromerzeugung gefordert worden.

Auf der Prioritätenskala für eine wirkliche Liberalisierung des deutschen Stromsektors steht diese Trennung ganz oben. Es spricht sehr viel dafür, das Übertragungsnetz in die öffentliche Hand zu überführen:

- Die öffentliche Hand hat geringere Renditeansprüche als private Anteilseigner und würde daher mit niedrigeren Netzerlösen auskommen.
- Das Spannungsfeld zwischen effizientem Netzbetrieb und Aufrechterhaltung einer angemessenen Versorgungssicherheit lässt sich in öffentlichen Unternehmen besser auflösen als in privaten renditegetriebenen, da eine Vernachlässigung der Qualität hohe politische Risiken in sich birgt.
- Öffentliches Eigentum an lebenswichtiger Infrastruktur stärkt in der Regel die nationale Wertschöpfung, da keine

Geldströme mehr an das Ausland abfließen.

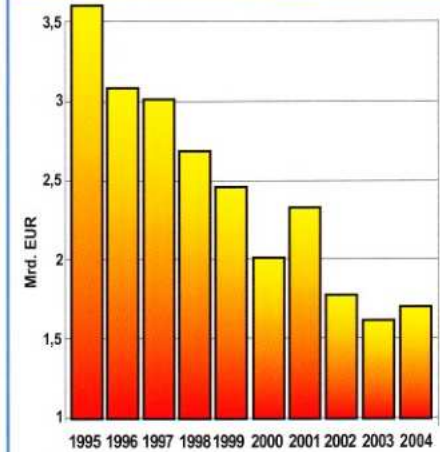
- Die öffentliche Hand kann energiepolitische Zielsetzungen schneller und konfliktfrei durchsetzen als private renditegetriebene Netzbetreiber. Denkbar sind etwa künftige Netzoptimierungen für eine stärkere Dezentralisierung der Stromerzeugung oder Netzausbaunotwendigkeiten für eine umfassenden Offshore-Windnutzung.

Verstaatlichung liegt im Trend

Mit der Forderung nach einer Verstaatlichung der Stromübertragungsnetze befindet man sich aktuell durchaus in guter Gesellschaft:

- In zahlreichen EU-Ländern gibt es bereits eine eigentumsrechtliche Entflechtung: Dänemark, Finnland, Italien, Niederlande, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich, Norwegen, Litauen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien (Quelle: Fortschrittsbericht der EU-Komm. 2005).
- Im Herbst fand in Dänemark rückwirkend zum 1. Januar eine Verschmelzung der Transportnetzunternehmen Elkraft System, Elkraft Transmission, Eltra und Gastra zu einem gemeinsamen Unternehmen statt – der Energinet Danmark. Es handelt sich dabei um ein staatliches Unternehmen, das nicht nur Eigentümer des Netzes ist, sondern auch die Aufgaben eines neutralen Systemoperators wahrnimmt. Sämtliche netzbezogenen Aktiva und Passiva der zu verschmelzenden Unternehmen wurden in staatliches Eigentum überführt, ohne dass dem Staat dadurch Kosten entstanden. Im Gegenzug erhielten die Unternehmen unbeschränkten Zugriff auf ihr Eigenkapital, was vorher nicht der Fall war.
- In den Niederlanden bereitet die Regierung derzeit gegen den Widerstand der großen Stromkonzerne eine weit reichende Gesetzgebung für eine generelle eigentumsrechtliche Entflechtung aller Netzbetreiber vor. Als Auflage sieht die Regierung vor, dass die Mehrheit an den Netzgesellschaften stets in öffentlicher Hand bleiben muss. Bis Ende 2007 sollen alle Stromproduzenten ihre Netze an Städte, Gemeinden und Provinzen abgeben.

Jährliche (Re-)Investitionen in deutsche Stromnetze



... dennoch sind die Investitionen in den deutschen Netzbereich kontinuierlich zurück gegangen und betragen nur ca. 10% der Netzerlöse.

- In Deutschland kommt ein von BDI und DIHK in Auftrag gegebenes Gutachten zur Privatisierung des Schienennetzes der Deutschen Bundesbahn zu dem Ergebnis, dass davon dringend abzuraten sei, da „der Renditedruck von Investoren mit kurzfristigen Erfolgserwartungen ... in permanentem Widerspruch zum ‚langen Atem‘ (stehe), der jedem Infrastrukturbetreiber bei der Entwicklung seines Geschäftes abverlangt wird.“ Politisch hat der SPD-Energieexperte Hermann Scheer diesen Gedanken aufgegriffen und vertritt dezidiert die Meinung, dass „Stromnetze in öffentliche Hände“ gehören.

Rechtlich gesehen könnte eine Verstaatlichung der Stromübertragungsnetze als Enteignung im Sinne des Art. 14 III Grundgesetz erfolgen. Das ist grundsätzlich unproblematisch, da das Netzeigentum nach den Ausführungen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Hans-Jürgen Papier „in ganz wesentlicher Hinsicht auf dem ... Enteignungsrecht der Energieversorgungsunternehmen gründet“ und daher ohnehin einer „gesteigerten Sozialbindung“ unterliegt (Die Regelung von Durchleitungsrechten, H.-J. Papier, Carl Heymanns Verlag 1997).

Praktisch könnte der Staat beispielsweise durch eine konsequente Netzregulierung mit einer zugestandenen durchschnittlichen Eigenkapitalrendite darauf hinwirken, dass die renditemaximierenden Großstromerzeuger sich freiwillig von ihren Netzen trennen und damit den Weg freimachen für die umfassende wettbewerbliche Umgestaltung des Stromsystems zum Wohle der Verbraucher. ■



Ein komplettes Dorf heizt mit Gülle

Jühnde bei Göttingen ist der erste Ort in Deutschland, der seinen gesamten Energiebedarf aus Biomasse deckt. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern angesichts der hohen Energiepreise auch die Geldbörsen der Einwohner. Von Walter Willems

„Konichi wa“ sagt August Brandenburg und neigt den Oberkörper leicht nach vorn. Es ist nun schon die vierte japanische Delegation in Jühnde. Und der 75-jährige Bürgermeister des niedersächsischen Dorfes hat Routine darin, die Gäste in ihrer Landessprache zu begrüßen. Aus Südkorea und Kanada, Russland und Chile pilgern seit Monaten Besucher her. Es ist nicht die Gastfreundschaft und auch nicht die reizvolle Lage des Dorfes am Hang eines Vulkans, die Fremde lockt: Jühnde ist der erste Ort in Deutschland, der seinen gesamten Energiebedarf aus Biomasse deckt.

Als Pioniere mit historischem Verdienst sind die Bewohner daher gelobt worden, als Rebellen oder als unbeugsame Gallier, die den großen Energiekonzernen entschlossen die Stirn bieten.

Die Biogasanlage

Die Biogasanlage macht die Bewohner des 750-Seelen-Ortes unabhängig von den steigenden Öl- und Gaspreisen. Zudem produziert sie mit etwa vier Millionen Kilowatt-Stunden etwa das Doppelte der Elektrizität, die das Dorf selbst verbraucht. Die Kohlendioxid-Emissionen werden pro Bewohner um 60 Prozent gesenkt. Und: Das Geld für Wärme und Strom bleibt in der Region und bietet damit auch Landwirten langfristig eine Perspektive. „Das Projekt wird über Generationen Bestand haben“, sagt Eckhard Fangmeier, Sprecher der genossenschaftlichen Betreibergesellschaft.

15 Prozent der Äcker für Energiepflanzen

Sechs der neun Jühnder Landwirte bauen auf etwa 15 Prozent der Agrarflächen des Dorfes „Energiepflanzen“ wie Raps, Mais oder Sonnenblumen an. Weil die

Pflanzen schon im Grünstadium genutzt werden, können die Bauern zweimal im Jahr ernten. Düngemittel und Pestizide sind weitgehend überflüssig. Die Pflanzenmasse wird durch Vergären konserviert. Die Silage wird dann mit der Gülle des Viehs in die Biogasanlage eingespeist. Dort zersetzen Bakterien den Brei zu dem Biogas Methan, das dann im Blockheizkraftwerk verbrannt wird.

Die dabei entstehende Elektrizität fließt in das Netz des regionalen Energieversorgers. Die frei werdende Wärme geht über ein unterirdisches Leitungssystem direkt in die Häuser. Weil das allein im Winter nicht ausreicht, sorgt ein Holzhackschnitzel-Heizwerk dafür, dass die Jühnder nicht frieren. Bei einem Verbrauch von 3.000 Litern Heizöl im Jahr spart ein Jühnder Haushalt bei einem Ölpreis von 65 Cent pro Liter 900 Euro.

Start im Jahr 2000

Dabei fing alles ganz unscheinbar an. Im September 2000 bekam Brandenburg ungewöhnlichen Besuch. Der Agrarwissenschaftler Professor Konrad Scheffer fragte im Namen des Interdisziplinären Zentrums für nachhaltige Entwicklung der Uni Göttingen an, ob Jühnde daran interessiert sei, auf Energie aus Biomasse umzustellen. Der Bürgermeister reagierte zunächst skeptisch. Als er das Anliegen im Januar 2001 auf einer Dorfversammlung vorstellte, war jedoch das Votum der 150 Zuhörer einstimmig. Nicht zuletzt die Begeisterung im Ort sorgte – neben der bürgerlichen Infrastruktur – dafür, dass Jühnde 2001 von insgesamt 17 Kandidaten für das Projekt ausgewählt wurde. Für eine tragfähige Finanzierung mussten 70 Prozent der Haushalte Vorverträge abschließen, und ganz unumstritten war das Vorhaben



Zweimal im Jahr wird in Jühnde Energie geerntet



Die Biogasanlage erzeugt Methan

anfangs nicht. Familien im Neubaugebiet, die gerade erst eine neue Heizung installiert hatten, betrachteten das finanziell riskante Fünf-Millionen-Euro-Projekt mit Skepsis. Auch einige Landwirte mussten erst dafür gewonnen werden, auf die Produktion von Biomasse umzuschwenken.

EEG brachte den Durchbruch

Das Verbraucherschutz-Ministerium für Planung, Forschung und Bau gewährte insgesamt 2,3 Millionen Euro an Zuschüssen. Von der EU erhoffte Fördermittel fielen jedoch weg und konnten nur teilweise durch Gelder vom Land und dem Landkreis kompensiert werden. Die Restfinanzierung wurde schließlich über Kredite gesichert, den Durchbruch brachte das Erneuerbare-Energien-Gesetz: Es garantiert Jühnde für die nächsten 20 Jahre pro eingespeister Kilowattstunde Strom 17 Cent, also pro Jahr 680.000 Euro.

2.500 Euro Startkosten – 900 Euro jährlich gespart

Jeder Haushalt zahlt eine Einlage von 1.500 Euro für die Mitgliedschaft in der Bioenergiedorf-Genossenschaft und 1.000 Euro für den Anschluss an das Nahwärmenetz. Mit den Bauern hat die Betreibergesellschaft Fünf-Jahres-Verträge abgeschlossen, die sich an den Weltmarkt-

preisen für Weizen orientieren. Letztlich hängt die Vergütung aber vom jeweiligen Ertrag ab. Lukrativ sei das (kurzfristig) nicht unbedingt, sagt die Landwirtin Britta Syring: „Mit dem Anbau von Weizen hätten wir in diesem Jahr wohl mehr verdient.“ Zudem haben die Landwirte mehr Arbeit: Sie holen die Gülle nach dem Gärprozess von der Biogasanlage ab, um sie als Dünger auf die Felder zu bringen. Die Anwohner atmen auf: Denn nach der Gärung stinkt die Gülle nicht mehr. ■



Die Silage wird verarbeitet

Impressum Nr. 4 · 2005

Die **Energiedepesche** erscheint einmal vierteljährlich.

Einzelheft:

4,00 Euro inkl. MWSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten: 18 Euro

Für Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e.V.,
Grabenstraße 17,
53619 Rheinbreitbach,
E-Mail:
redaktion@energiedepesche.de,
Tel.: 0 22 24 / 92 27-0,
Fax: 0 22 24 / 10 32 1,
www.energieverbraucher.de

Postgiro Köln, Kto 17573-508,
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss:

20. November 2005

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Peter Becker, Cerstin Gammelin,
Götz Hamann, Uwe Leprich,
Klaus Michael, Aribert Peters,
Oliver Stens, Walter Willems

Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln,
E-Mail: mail@bluemlingdesign.de

Anzeigenleitung:

Erwin Bidder, Im Sand 56,
53619 Rheinbreitbach,
Tel.: 0 22 24 / 76 48 2,
E-Mail: Erwin.Bidder@t-online.de

Druck:

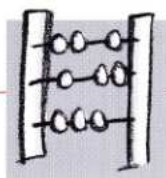
Krahe Druck GmbH, 53572 Unkel,
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
E-Mail: krahe@krahe-druck.de

Papier:

100% chlorfrei gebleicht,
ISSN 0933-8055,
Vertriebskz Z 2045 F

Nachdruck oder
Vervielfältigung,
auch auszugsweise, nur mit
ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers.





Heizkosten senken – aber wie?

Der Bund der Energieverbraucher beantwortet häufig gestellte Fragen

Die Ölpreise klettern, die Gaspreise steigen und auch die Strompreise erhöhen sich ständig. Sparsam heizen ist das Gebot der Stunde, heute mehr als je zuvor. Welche Heizungen sind am sparsamsten? Und was können Verbraucher noch tun, um Energie zu sparen?

Gute Dämmung und eine moderne Heizung auf der Basis von Holz und Solarenergie helfen beim Abschied von Öl und Gas.

Für die meisten Verbraucher stehen die Heizkosten im Vordergrund. Bei welcher Heizungsart sind die Heizkosten am niedrigsten?

Für Haushalte ist der Brennstoff Öl günstiger als Gas. Der Unterschied betrug stets 20 bis 30 Prozent, ist aber in den letzten Monaten deutlich geringer geworden. Weil alle Preise derzeit nach oben in Bewegung sind, ist ein aktueller Vergleich schwierig. Ein aktueller Preisvergleich findet sich auf Seite 24.

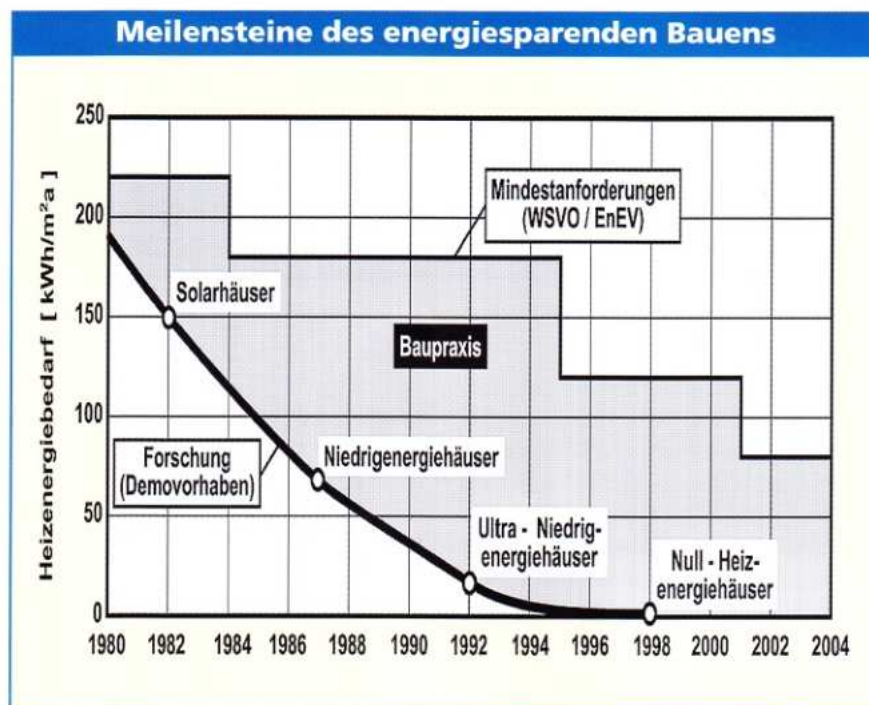
Wie kann ich den Verbrauch meiner Heizung bewerten?

Grundlage einer Bewertung ist der Heizenergieverbrauch in Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche. Diesen Wert kann man selbst leicht berechnen. Wie sich diese Werte verändert haben, sieht man im Bild. Der Verbrauch wird aber nicht nur bestimmt durch die Heizung, sondern ebenso stark durch die Wärmedämmung der Wände und durch die Heizgewohnheiten. Auch die Witterung spielt natürlich eine Rolle. Einen kostenlosen Heizenergie-Check kann man unter co2-online.de machen lassen. Vergleichsdaten für die Heizkosten je Quadratmeter Wohnfläche findet man im bundesweiten Heizspiegel. **1226***

Lohnt sich die Anschaffung einer neuen Heizung?

Der Kauf einer neuen Heizung kann sich durchaus lohnen. Jedoch sollte man vor einer solchen Investition folgendes unbedingt beachten:

Dämmen ist besser als Heizen! Was man einmal in die Dämmung investiert, spart man für alle Zukunft an Energiekosten. Man kann heute schon Häuser bau-



en, die gar keine Heizung mehr brauchen. Und selbst Altbauern kann man so gut dämmen, dass sie nur noch einen Bruchteil an Heizenergie brauchen (siehe Grafik).

Die entscheidende Beurteilungsgröße ist der Energiebedarf pro Jahr und beheizter Wohnfläche. Man kann diesen Wert einfach selbst berechnen.

Arbeitet meine Heizung optimal?

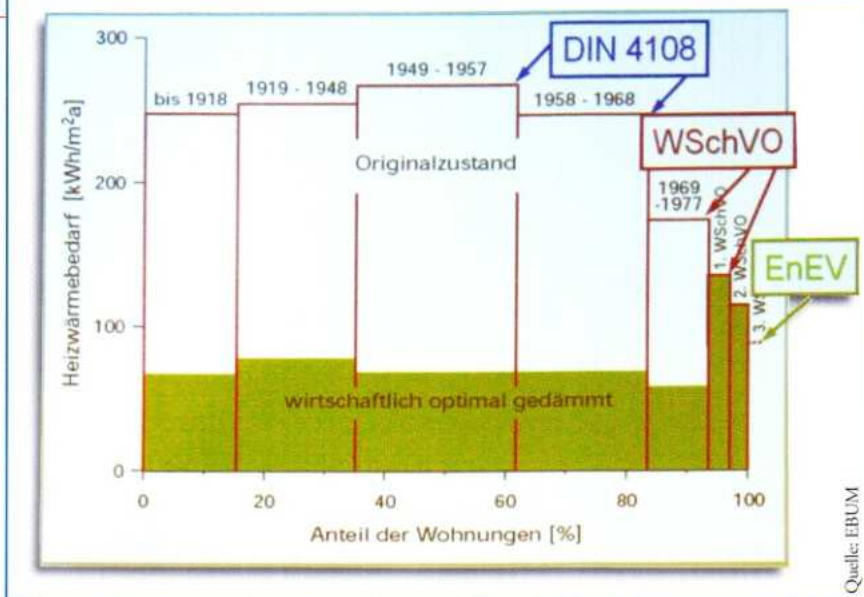
Mit sehr geringen Kosten kann man aus einer alten Heizung gut 20 Prozent mehr Energie herauskitzeln. Die Regelung muss richtig eingestellt werden. Die Thermostatventile und Pumpen müssen aufeinander abgestimmt werden. Heizungen, die vor 1979 eingebaut wurden, müssen ohnehin bis zum Jahr 2006 erneuert werden. Nur in selbstbewohntem Hauseigentum gilt das nicht. **1549 und 1562***

Was kann man als Mieter tun, um die Heizkosten zu senken?

Durch vernünftiges Heizen und Lüften kann man den Verbrauch deutlich beeinflussen. **159***

Wenn man nicht in der Wohnung ist, sollte man die Thermostatventile schließen. Es gibt auch programmierbare Thermostatventile, die das automatisch tun. Weitere Tipps: Temperatur absenken spart je Grad zwischen acht und 20 Prozent an Heizkosten, je nach Wärmedämmung. Nicht alle Räume gleich behaglich warm machen, sondern nur die Wohnräume. Die übrigen Räume können kühler bleiben, vorausgesetzt, die Türen bleiben zu. Heizkörper sollten nicht mit Möbeln zugebaut werden, die Heizungsluft muss frei zirkulieren können.

Wohngebäude einer Großstadt



Die meisten Häuser haben einen veralteten Standard

Lohnt sich eine Holz- oder Pelletheizung?

Holz ist derzeit nach der Solarenergie der günstigste Brennstoff – deutlich preiswerter als Öl oder Gas. Pellets sind kleine Presslinge aus Sägespänen. Pelletheizungen arbeiten vollautomatisch wie Öl- oder Gasheizungen. Die Anschaffungskosten sind jedoch noch deutlich höher als die einer Öl- oder Gasheizung. Dafür sind Pelletheizungen sehr umweltfreundlich und zukunftssicher: Das Holz wächst nach. Und es gibt staatliche Zuschüsse für den Kauf. Die Entscheidung zwischen Brennwert- und Pelletkessel fällt schwer. **564***

Wie sieht es mit Wärmepumpen aus?

Wärmepumpen gewinnen aus einer Einheit eingesetzter Energie drei bis vier Einheiten Wärme aus der Umgebung. Das hört sich nach einem guten Geschäft und nach erheblicher Energieeinsparung an. Jedoch:

Weil Dämmen besser als Heizen ist, sollte man vor oder sogar statt Einbau einer Wärmepumpe die Dämmung verbessern.

Eine Wärmepumpe ist teuer. Für einen Altbau ist von einer Wärmepumpe unbedingt abzuraten. Für einen Neubau sollte man genau rechnen und die Rechnungen der Wärmepumpenverkäufer kritisch hinterfragen. **293***

Wärmepumpen werden mit Strom angetrieben. Dieser Strom wird mit hohen Energieverlusten hergestellt, die den Energiegewinn der Wärmepumpe ganz oder teilweise wieder aufheben können.

Der Strom für Wärmepumpen ist zwar günstiger als üblicher Strom. Diese Sondertarife sind aber bereits in der Vergangenheit deutlich angehoben worden. Wenn schlussendlich der Wärmepumpenstrom so teuer ist wie üblicher Strom, dann spätestens ist auch der Kostenvorteil dahin.

Empfehlen Sie eine Solaranlage?

Man unterscheidet zwischen Solaranlagen zur Stromerzeugung und zur Wassererwärmung. Mit Warmwasseranlagen kann man in der Übergangszeit die Heizung unterstützen und mindestens ein Drittel des Jahresverbrauchs von Öl oder Gas einsparen. Dafür braucht man relativ

große Flächen auf dem Dach. Diese Anlagen werden staatlich bezuschusst. Und der Warmwasserspeicher der Solaranlage ermöglicht auch eine wirtschaftlichere Betriebsweise der Heizung. Denn die vielen Tausend Brennerstarts eines Jahres werden auf ein Minimum reduziert. **954***

Welche Förderprogramme gibt es?

Für die Anschaffung einer neuen Heizung oder für eine bessere Wärmedämmung gibt es keine staatlichen Zuschüsse. Jedoch vergibt die bundeseigene KfW-Bank zinsgünstige Darlehen bis zu 1,6 Prozent Effektivzins. Unter bestimmten Umständen werden 15 Prozent des Darlehens erlassen. Dabei werden unterschiedliche Maßnahmebündel finanziert. Ferner gibt es zahlreiche Förderprogramme von Ländern, Kommunen und Energieversorgern. Genauere Informationen und weiterführende Links findet man auf Seite 43 in diesem Heft.

Wer kann mich neutral beraten?

Es gibt zahlreiche Energieberater. Für Privathäuser, die vor 1984 gebaut wurden, gibt es sogar einen staatlichen Zuschuss zur Energieberatung. Details und Listen zugelassener Berater findet man auf Seite 42. ■



Dämmen ist besser als Heizen!



Neue Hausgeräte kritisch betrachtet

In Deutschland werden derzeit etwa 2.000 unterschiedliche Kühl- und Gefrierschränke, 500 Waschmaschinen, 540 Spülmaschinen, 200 Wäschetrockner und 50 Waschtrockner angeboten. Einige Modelle sind besonders sparsam, andere verbrauchen viel Strom- und Wasser.

Ein neues Faltblatt des Bundes der Energieverbraucher bringt Verbrauchern Orientierung beim Kauf. Dort sind die jeweils sparsamsten Geräte aufgeführt. Berücksichtigt sind alle 2005/06 in Deutschland am Markt erhältlichen Geräte. Kühlschränke sollten mindestens „A+“-Klasse haben. Von Klaus Michael

Analysiert man die aktuelle Marktentwicklung, gibt es Erfreuliches und Unterfreuliches zu berichten. Erfreulich ist, dass es auch 2005 wieder noch sparsamere Geräte gibt, als 2004 für möglich gehalten. Überdies gibt es sogar einige richtige Überraschungen. Ein Lob an Entwickler, Hersteller und Handelspartner.

A-Kühlschränke drittklassig

Ein Highlight dieses Herbstes ist die Tatsache, dass es inzwischen 90 A++ Kühl- und Gefriergeräte gibt neben 485 immerhin A+ Modellen und 1.147 Nur A- Modellen. In den Klassen B, C, D, E, F oder G gibt es überhaupt nur noch 13 Kühl- und Gefriergeräte in der ganzen NEI-Datenbank, also fast gar keine mehr. Wer also heute einen A- Kühlschrank kauft, kauft nur noch drittklassig, A+ ist immerhin zweitklassig und A++ ist Stand der Technik. Wer zu Geräten der Klasse B oder niedriger greift, muss dagegen b...scheuert sein. Leider führt aber das veraltete A-G-Eurolabel noch manchen braven Zeitgenossen in die Irre, der ganz naiv B für immerhin akzeptabel hält. Und ärgerlicherweise verführt die höhere Handelsspanne mancher Billiggeräte auch viele Einzelhändler zu einer deutlich suboptimalen Sortimentsgestaltung, um es höflich zu formulieren.

Wäschetrockner mit A: Gut!

Ein anderes Highlight ist, dass es inzwischen schon sechs A-Wäschetrockner in üblicher Haushaltsgröße gibt und immerhin einen B-Trockner neben den sonst nie besser als C eingestuft Stromverzehrern.

Sparsame Haushaltgeräte

Kürzlich erschien die neue Broschüre „Besonders sparsame Haushaltgeräte 2005/2006“ des Detmolder Niedrig-Energie-Instituts, die auch in diesem Jahr wieder vom Bund der Energieverbraucher finanziell unterstützt wurde. Sie enthält auf 16 Seiten Hitlisten der sparsamsten, aktuell lieferbaren Kühl- und Gefriergeräte, Wasch- und Spülmaschinen sowie Waschtrockner und Wäschetrockner. Datenquelle ist die schon seit 1989 bestehende ständig aktualisierte Hausgeräte-Datenbank des NEI, die unter www.spargeräte.de online eingesehen werden kann. Die Broschüre ist im PDF-Format von mehr als 100 deutschen Homepages downloadbar, die man über die Eingabe des Titels bei Google schnell findet. Gedruckte Einzelexemplare versendet der Bund der Energieverbraucher gegen Voreinsendung von zwei Briefmarken à 1,44 Euro. Paketweise kann man sie beim NEI bestellen (www.nei.de). Mehrere hundert Kommunen, Versorgungsunternehmen und Verbraucherberatungen verteilen sie bereits kostenlos.

Zur A-Klasse der Wasserentzieher zählen neben den zwei schon im Vorjahr angebotenen Erdgas-Modellen von Miele und Crosslee jetzt neu vier Wärmepumpen-Trockner von Blomberg, AEG, Quelle und Zanker. Sie benötigen für fünf Kiloschrantrockene Baumwollwäsche ein

Drittel weniger Strom als normale C-Ablufttrockner. Interessant ist auch der einzige B-Ablufttrockner von Miele, der den Sprung über die Klippe von C nach B vor allem durch bessere Wärmedämmung des Bottichs und einen besonders sparsamen Elektromotor erreicht. Also durch preiswerte Minimierung der Verluste statt teure Maximierung der Technik. Mit Spannung erwarte ich nächstes Jahr endlich auch Trockner, die ihre Wärme aus der Zentralheizung beziehungsweise im Sommer aus der Solaranlage beziehen. Sicherlich wird dies wieder zu langen Methodendisputen in bestimmten Kreisen über deren korrekte ökologische Würdigung führen. Jedenfalls hätten diese Geräte deutlich niedrigeren End- und Primärenergieverbrauch.

Waschmaschinen: Billig-Geräte werden verramscht

Bei Waschmaschinen nimmt die Qualität vieler Spitzen- und Mittelklassengeräte weiter zu, siehe dazu auch aktuelle Stiftung Warentest-Tests. Zugleich wird für Haushalte mit kleinem Budget aber bei mehreren Herstellern auch gezielt ein Niedrigpreis-Sortiment entwickelt, bei dem nicht nur verzichtbare Luxus- und Zusatzausstattungen entfällt, sondern teils auch offensichtlich veraltete Technik verramscht wird. Geräte mit überhöhten Verbräuchen jungen Familien als hoffnungsvolles Starterset anzudrehen, ist selbst unter reinen Marketingaspekten mehr als unpassend. Gerade junge Familien mit viel Wäsche benötigen sparsame und robuste Geräte.

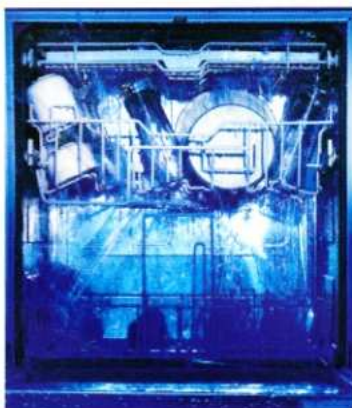
Viele Kataloge mangelhaft

Unerfreulich fiel bei der Herbst-Marktanalyse auch auf, dass ein zunehmender Anteil der Prospekte nicht mehr den gesetzlichen Mindestanforderungen entspricht, was die technischen Daten betrifft. Bei Kühl- und Gefriergeräten fehlen häufig Angaben zur Gefrierleistung und zur Lagerzeit von Gefriergut bei Stromausfall sowie die Klimaklasse. Einige Importeure weniger effizienter Großgeräte publizieren sogar ungestraft Kataloge ganz ohne belastbare Verbrauchsangaben und mit eher vagen Volumen- und Leistungsdaten. Ob noch atmosphärischschädliches FKW im Kältemittel enthalten ist, wird bei solchen Exoten auch oft verschwiegen. Vermutlich soll die Käuferklientel begehrter Wohnkühl(t)räume mit Fernseher, Milchpegeldigitalanzeige und Eiswürfelwurfmaschine nicht über die Folgekosten ihrer Irrwege aufgeklärt werden. Genau dies wäre hier aber oft nötig.

Bei Trocknern wird auch von namhaften Herstellern nicht immer der für Vergleichszwecke vorgeschriebene Stromverbrauch für mit 800 Schleudertouren vor-entwässerte Wäsche genannt, sondern nur der niedrigere Wert für mit 1.200 oder 1.400 U/min geschleuderte Wäsche. Das klingt dann sparsam, ist aber vielleicht gar nicht vorteilhafter als das ehrlich deklarierte Konkurrenzmodell und damit eigentlich unlauter.

Falsch deklarierte Spülmaschinen

Bei Spülmaschinen führen bei einigen Marken Verbrauchsangaben „ab xx kWh und ab yy Liter“ in die Irre, die bei genauer Nachfrage nur für Teilbeladung oder für



Doch lieber von Hand spülen?



Der Stromverbrauch von Trocknern muss für Wäsche angegeben werden, die mit 800 U/Min geschleudert wurde.

Geschirr mit geringer Verschmutzung gelten, ohne dass man dies sofort erkennt. Dieser Lesefehler hat sich sogar in die erste Auflage der neu gedruckten Broschüren 2005/06 bei den 12-Gedecke-Spülmaschinen eingeschlichen. Dort sind irrtümlich Spülmaschinen der Marken Küppersbusch, Neff und Siemens auf vorderste Effizienz-Plätze gerückt, die in ihrem für das Eurolabel deklarierten A/A/A-Spülprogramm bei voller Beladung tatsächlich aber nicht 0,9 kWh und zehn Liter, sondern 1,05 kWh und 14 Liter Wasser verbrauchen.

Eurolabel muss überarbeitet werden

Das Eurolabel mit seiner A-G Skala bedarf jedenfalls weiterhin dringend der Überarbeitung. Bei den Kühlgeräten muss die heutige, inzwischen zehn Jahre alte A++ bis G-Skala nach A...E (neu) transponiert werden. Dabei müssen die Grenzen so gezogen werden, dass die weiter zu erwartende Entwicklung zu noch geringeren Verbräuchen als A++ nicht gleich wieder zu einer wenig hilfreichen A-Ballung führt. Bei den Waschmaschinen sollte als erster Schritt die Energieeffizienz A nur noch für Geräte mit nicht mehr als 0,17 kWh/kg Stromverbrauch vergeben werden, um die heutige A-Ballung aufzulösen. 508 der 537 aktuell erfassten Waschmaschine haben heute eine Energieeffizienz von A. Was nützt diese Angabe also heute überhaupt noch, wenn sie als Auswahlkriterium nicht mehr taugt? Als zweiter Schritt sollte eine Messmethode ein-

geführt werden, die nicht nur das 60° C Baumwolle-Buntwäsche-Programm, sondern auch die inzwischen häufigeren 30° C und 40° C Fein- und Buntwäscheprogramme heranzieht. Viele Waschmaschinen, die bei 60° C Buntwäsche sehr sparsam sind, sind dies nämlich in anderen Programmen durchaus nicht in gleicher Weise. Und bei Waschmaschinen sollte künftig auch die Spülwirkung gewürdigt werden, indem sie in die Bewertung der Waschwirkungsklasse einbezogen werden. Statt eines zusätzlichen Kriteriums wäre dann ein A für Waschwirkung nur noch bei einer auch sehr guten Spülwirkung möglich. ■

ALFA MIX

Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX

Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

WARM- WASSER

KALT- WASSER

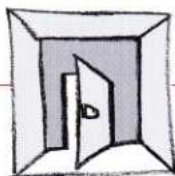
MISCHWASSER zur Waschmaschine

Netzkabel mit Steckernetzgerät

ALFA MIX ermöglicht die Einspeisung von Warmwasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Heizsystemen in die Waschmaschine. Ein 4-Personen-Haushalt kann dabei mehr als 300 kWh Strom im Jahr einsparen.

Umweltschonende Technik
OLFS & RINGEN
 Richtweg 4 · 27412 Kirchtimke

T (0 42 89) 92 66 92 · F (0 42 89) 92 66 93
 e-Mail: alfamix@nwn.de · www.olfs-ringens.de



Bin sehr stolz Mitglied der Energieverbraucher e.V. zu sein.

Karin Danzen,
90766 Fürth

300.000 Besucher monatlich

Internet

Energienachrichten sind stark gefragt. Die Internetseiten des Bundes der Energieverbraucher (energieverbraucher.de) haben täglich nahezu 10.000 Besucher, monatlich sind es etwa 300.000 Besucher. Zwischen 1,2 und 2,5 Millionen Seiten werden von den Besuchern monatlich aufgerufen. [Energieverbraucher.de](http://energieverbraucher.de) gehört damit zu den erfolgreichsten und beliebtesten Seiten für Umwelt- und Energiethemen.

Eine Vergleichszahl: Der Dachverband der Stromwirtschaft VDEW verzeichnet im Internet nach eigenen Angaben 11.000 Besucher monatlich.

Die Informationen sind wie in einem Buch nach Themen mit eindeutigen Seitenzahlen geordnet. Das Inhaltsverzeichnis kann man sich ausdrucken lassen. Im Inhaltsverzeichnis findet man leicht die gewünschte Seitenzahl. Diese Seitenzahl kann man im Internet eingeben und direkt auf diese Seite springen. Ein Rundgang führt in die Benutzung der Seiten ein. Ein wöchentlicher Newsletter „energieNEWS“ ist kostenlos zu beziehen. Der Rundgang und der Newsletter können auf der Startseite aktiviert werden. Im Forum haben die über 1.000 angemeldeten Benutzer über 6.000 Beiträge geschrieben.



Die Paderborner Bürgerinitiative gegen Gaspreiserhöhungen feierte am 19. November das einjährige Bestehen.

Wanted! Email-Adresse

Der Bund der Energieverbraucher möchte seine Mitglieder künftig gerne auch per E-Mail ansprechen. Ohne Zusatzkosten könnten wir Ihnen unsere aktuellen Pressemitteilungen übersenden. Leider haben wir von den meisten unserer Mitglieder keine Email-Adresse.

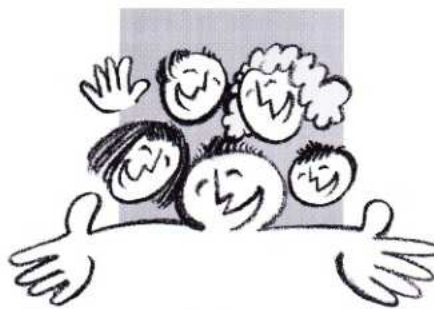
Bitte mailen Sie uns Ihre Email-Adresse unter service@energieverbraucher.de

Mitgliedern, deren Mail-Adresse wir kennen, senden wir seit einiger Zeit unsere Pressemitteilungen. Sollten Sie das nicht wünschen, so genügt ein kurzer Hinweis an obige Email-Adresse.

Vereinsinterna

Die Bundesgeschäftsstelle des Vereins in Rheinbreitbach hat drei Email-Adressen:

- Service@energieverbraucher.de: Mitgliederverwaltung, Service für Mitglieder
- Info@energieverbraucher.de: Inhaltliche Anliegen
- Redaktion@energiedepesche.de: Energiedepesche



Bald 10.000 Mitglieder

Die Mitgliederzahl entwickelt sich weiter sehr positiv. Allein im Oktober traten 336 Verbraucher dem Verein neu bei, es gab auch 17 Austritte. Ende November wird die Mitgliederzahl bei 9.400 liegen mit freudig steigender Tendenz. Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe das Mitglied Nr. 10.000 begrüßen zu können.

Gasuhr im Blick: Verbrauchsprognose



Wollen Sie den Verlauf Ihres Gasverbrauchs laufend kontrollieren? Und wissen, ob Sie am Ende nachbezahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Schreiben Sie darauf, wie viele Personen im Haushalt leben und ob Sie auch mit Gas Warmwasser erzeugen oder kochen. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Falls vorhanden, sind auch der aktuelle Zählerstand sowie weitere Zwischenablesungen mit Datumsangabe hilfreich. Für Mitglieder zehn Euro Kostenbeitrag, für Nichtmitglieder 20 Euro.



Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch durch Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung

Mo. 20.00 - 21.00 040 / 39 02 93 9 Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser

Mo. 19.00 - 21.00 052 31 / 39 07 47 Klaus Michael

Schornsteinfragen

Fr. 09.00 - 10.00 06 81 / 97 64 91 0 Hans-Joachim Ternig

Flüssiggas - Technische Fragen

Do. 20.00 - 21.00 026 44 / 808 174 (nur für Mitglieder)

Rechtsberatung – direkt vom zugelassenen Anwalt

Tgl. 08.00 - 20.00 01908 / 732 41 29 1,86 Euro/Min.

Flüssiggas-Anwalts hotline

Mo 10.00 - 12.00 0900 / 123 33 80 1,86 Euro/Min.

Di - Fr 16.00 - 18.00

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto _____

BLZ _____

Kreditinstitut _____

Informationsgutschein

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,88 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> Schönauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> EnergieEinsparverordnung (sieben Euro) |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Solarschulen |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> EnWG (fünf Euro) | |

Energie-Einspar-Paket

Informationen zum Energiesparen:

Acht Ausgaben Energiedepesche + Schönauer Energiespartipps + aktuelle Liste sparsamer Hausgeräte

Alles zusammen für 18,50 Euro inklusive sieben Prozent Mehrwertsteuer.

Auf Wunsch dazu ohne Mehrpreis:

Abenteuer Energiesparen

DVD oder VHS-Band

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach, Fax 02 22 4 - 10 32 1

E-Mail

service@energieverbraucher.de

Internetadresse

www.energieverbraucher.de

Überprüfungsangebote

So helfen wir Ihnen:

Bitte gewünschte Überprüfung ankreuzen!

☐ Gas-Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie den Verlauf Ihres Gasverbrauchs laufend kontrollieren? Und wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder zehn Euro Kostenbeitrag, für Nichtmitglieder 20 Euro.

☐ Heizkostenabrechnung

Jede zweite Heizkostenabrechnung ist fehlerhaft. Ist Ihre Abrechnung richtig? Unser Gutachten sagt es Ihnen. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers und gegebenenfalls einen Scheck über 50 Euro.

☐ Fernwärmeabrechnung

Ist Ihr Anschlusswert zu hoch und zahlen Sie deshalb zu viel für Fernwärme? Wir lassen Ihre Rechnung überprüfen. Nur für Mitglieder und Abonnenten. Wenn Sie mehr als 50 Euro jährlich einsparen können, wird für 25 Euro ein Gutachten erstellt, andernfalls entstehen Ihnen keine Kosten. Schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, Ihre letzte Fernwärmerechnung und einen Scheck über 25 Euro.

☐ Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag.

☐ Flüssiggas-Lieferverträge

Wollen Sie aus Ihrem langfristigen Liefervertrag heraus? Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro. Schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, eine Kopie Ihres Liefervertrags, eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas – und einen Scheck über 25 beziehungsweise 50 Euro.

☐ Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir rechnen Ihnen aus, wie viel Sie sparen können. Für Mitglieder einmal jährlich umsonst, Nichtmitglieder zehn Euro (bitte Verrechnungsscheck beifügen).

Nennen Sie uns Ihren letzten Stromverbrauch (letzte Jahresabrechnung, Kilowattstunden), die Höhe Ihrer letzten Stromjahresabrechnung, den Namen Ihres derzeitigen Versorgers und den Namen Ihres Stromnetzbetreibers.



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energiediagnose von Wohngebäuden, die vor 1984 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro. Darüber hinaus gehende Kosten, mindestens 222 Euro, trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll ratsuchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Fax: 061 96 495 394, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/ebf-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 10000 • **10178 Berlin** SDU Architekten, Franco Dubbers, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Rosenthaler Str. 51, Tel.: 030/28099390 • **10829 Berlin (Schöneberg)** AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460 • **14163 Berlin** Ing.-Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Peter Fedkenhauer, Eschershauser Weg 25 e, Tel.: 030/84721161 • **14195 Berlin** GMW Ing.-Büro, Dipl.-Ing. Harald Richter, Ladenberg Str. 20, Tel.: 030/841767-0 • **19069 Lüstorf** Rudi Peters, Am Hegehof 6 A, Tel.: 03867/530184

Leitzone 20000 • **20259 Hamburg** Thomas Nickel, Energieberatung, Fachingenieure Hochbau, Architektur, Bausanierung, Henriettenstr. 42, Tel.: 040/497645 • **22145 Braak/Hamburg** Ingenieurbüro für Energieberatung und Management, Andrea Wahl-Waldmann, Achterhoff 27, Tel.: 040/67589180 • **22147 Hamburg** sparWatt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • **22765 Hamburg** H.-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • **24629 Kisdorf/ Kisdorfer Wohld** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, Tel.: 04194/9881883 • **26123 Oldenburg** Planet-Planungsgruppe Energie und Technik, Donnerschweer Str. 89/91, Tel.: 0441/85051 • **26316 Varel** TARA Ing.-Büro, Susanne Korhammer, Lange Str. 6, Tel.: 04451/81331 • **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • **30161 Hannover** Eva Ibrügger, Büro Planen mit Energie, Gretchenstr. 31, Tel.: 0511/1623175 • **30952 Ronnenberg** Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, Tel.: 0511/435350 • **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, Tel.: 05181/280068 • **31860 Emmerthal** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Hohler Weg 8, Tel.: 05157/952220 • **35614 Asslar** Matthias Muchel, Loher Str. 6, Tel.: 06441/679030 • **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • **46244 Bottrop** Ecoteam GmbH, Auf der Kämpfe 8, Tel.: 02045/412880 • **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637

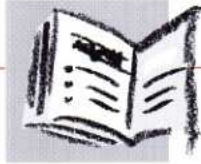
Leitzone 50000 • **51069 Köln** Ing.-Büro Wagner, Dipl.-Ing. Lothar Wagner, Schilfweg 2a, Tel.: 0221/6809774 • **51702 Bergneustadt** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/949464 • **53225 Bonn** Pro Telus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, Tel.: 0228/464219 • **53229 Bonn** Dipl.-Ing. Volker Butzbach, Ingenieurbüro für Energieberatung, Helene-Weber-Str. 42, Tel.: 0228/9768032 • **53489 Sinzig-Westum** Ingenieurbüro für Energie/Wärmel Bauphysik, Dipl.-Ing. (FH) Holger Schomer, unabhängiger Energieberater, Krehelheimer Str. 16, Tel.: 02642/9046-60 • **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • **56299 Ochtendung** Heinrich Wingenbach, Planungs- und Sachverständigenbüro für Brandschutz- und Umweltmanagement, Im Linnerich 5, Tel.: 02625/956412 • **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, Tel.: 02664/99789-10 • **57572 Niederrhein** Dipl.-Ing. Matthias Simon, Eicherweg 5, Tel.: 02734/571557 • **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821

Leitzone 60000 • **63924 Kleinherbach** ADS-Architekturbüro, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Im Schloßpark 6, Tel.: 09371/97950 • **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, Tel.: 06126/9577-60 • **65527 Niedernhausen** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Bertholt-Brecht-Str. 7, Tel.: 06127/993870 • **65599 Dornburg** Harald Mohr, Akazienweg 7, Tel.: 06436/2357 • **66280 Sulzbach** Energieberatung Wunsch, Schlachthofstr. 11a, Tel.: 06897/ 7789317 • **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996 • **67454 Haßloch** Dipl.-Ing. Christina Fraude, Gebäude-Energieberaterin, Neumühle, Tel.: 06324/ 925883 • **67677 Enkenbach** Ing.-Büro für energieeffiziente Gebäude, Dipl.-Ing. Peter Schaumlöffel, Auf dem Hahn 8, Tel.: 06303/800999 oder 800980

Leitzone 70000 • **70193 Stuttgart** Energiebüro Fröhner, Gaußstr. 39, Tel.: 0711/6363585 • **72074 Tübingen** SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/8884118 • **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, Tel.: 0721/377896 • **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Sträßlerweg 117, Tel.: 0721/9415868 • **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • **78224 Singen** Ing.-Büro Rainer Behn, Görresstr. 20, Tel.: 07731/94033 • **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • **81375 München** Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • **82057 Icking** Archilux Ingenieur-Service, Dipl.-Ing. Andrea Huss, Irschenhauser Str. 10, Tel.: 08178/906388 • **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, Tel.: 08152/7113 • **82282 Unterschleißbach** Energieberatung Bramberger, Dipl.-Ing. (FH) Hubert Bramberger, Alpenstr. 19, Tel.: 08145/1813 • **84152 Mengkofen** W. Suttor, Steinbach 2, Tel.: 08774/1342 • **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • **86159 Augsburg** H.D. Pluszynski, Reisinger Str. 23, Tel.: 0821/576177 • **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupfertal 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • **91504 Ansbach** IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • **92224 Amberg** Planungs- und Ingenieurbüro, Dipl.-Ing. Josef Simon, Untere Angerstr. 6, Tel.: 09621/673932 • **95119 Naila** Energie-Spar-Beratung Wenzel, Stengelstr. 13, Tel.: 0175/8011884 • **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Emergent AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/50708450 • **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • **96479 Weitraamsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, Tel.: 09561/420644 • **97225 Zelligen** H. Endrich, Billingshäuser Str. 51, Tel.: 09364/9319 • **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469



Staatliche Zuschüsse für Energiesparen und Erneuerbare: Übersicht

(genaue Förderbedingungen beachten, ohne Gewähr)

	Zuschuss	Stromabnahme
Dämmung	Für Naturdämmstoffe: 30 bis 40 Euro pro m ³	
Fenstererneuerung	nein	
Heizungserneuerung	nein	
Pellet/Holzheizung	1.700 Euro*	
Sonnenwärme	135 Euro/m ² Heizungsunterstützung, 105 Euro/m ² Warmwasseranlage	
Sonnenstrom	nein	54,53 Cent pro kWh
Blockheizkraftwerk	nein	5,5 Cent pro kWh

KfW-Darlehen

gilt für alle Maßnahmen,
über Hausbank beantragbar

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

- Gebäude vor 1979
- 1,96 Prozent effektiv
- 15 Prozent Schulderrlass bei umfangreichen Maßnahmen

Wohnraum modernisieren

- bis 2,83 Prozent effektiv

Ökologisches Bauen

- bis 2,63 Prozent effektiv

Solarstrom erzeugen

- 3,61 Prozent effektiv

Zusätzliche Förderung gibt es oft auf Landesebene, von Kreisen, Gemeinden oder Versorgungsunternehmen.

Bitte nutzen Sie auch die Fördermittelrechner im Internet:
www.energieverbraucher.de/seite982.html

* zzgl. 1.500 Euro Landesförderung in NRW (Forstämter)

Literatur

Energiemarkt Deutschland

Hans-Wilhelm Schiffer

9. Völlig überarbeitete Auflage,
TÜV-Verlag GmbH, Köln 2005,
ISBN 3-8249-0969-3

50 einfache Dinge, die Sie tun können, um die Welt zu retten

Andreas Schlumberger

2. Auflage 2005, Westend-Verlag
Frankfurt/Main, ISBN 3-938060-01-8, 9,90 Euro



Barbara Eder · Franz Eder

Pflanzenöl als Kraftstoff

Autos und Verbrennungsmotoren
mit Bioenergie antreiben

ökobuch
FAKTUM

Pflanzenöl als Kraftstoff

**Barbara Eder,
Franz Eder**

Ökobuch-Verlag GmbH,
2004,
ISBN 3-936896-05-4,
11,90 Euro

Veranstaltungen

Clean Energy Power

18.-19. Januar 2006

Berlin, Messe rund um
Erneuerbare Energien,
Tel: 07121 30160

Deubau 2006

1.-22. Januar 2006

Essen, Fachmesse Ausbau und Fassade.

Der Energiepass für Wohngebäude

18. Januar 2006

Kassel, Zentrum für
umweltbewußtes Bauen,
Tel: 0561 804 31 89

Termine 2005

SolarSCHULE

des Bundes der Energieverbraucher e.V.
Koordination DGS-Landesgruppe Berlin

Einzelheiten im Internet unter energieverbraucher.de/seite247.html



Der Verein für gerechte Energiepreise!



Jedes neue Mitglied stärkt den Verein und seinen Einfluss

Der Bund der Energieverbraucher kämpft für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Energiezukunft.

Zu den Gründungsmitgliedern und Förderern zählen: Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Kurt Biedenkopf und Dr. Hermann Scheer.

Hinter dem Verein steht die starke Gemeinschaft von über 9.000 Mitgliedern.

Rufen Sie an und werden Sie Mitglied!

Hotline 0800-2333-800

www.energieverbraucher.de



**bund der
energie
verbraucher**